Opfer rechtsextremistischer Gewalt seit Oktober 1990

Andrzej Fratczak
Amadeu Antonio Kiowa
Klaus-Dieter Reichert
Nihad Yusufoglu
Obdachloser
Alexander Selchow
Jorge Gomondai
Matthias Knabe
Helmut Leja
Agostinho Comboio
Samuel Kofi Yeboah
Belaid Baylal
Gerd Himmstädt
Timo Kählke
Dreiköpfige Familie aus Sri Lanka
Willi W.
Dragomir Christinel
Gustav Schneeclaus
Ingo Finnern
Erich Bosse
Mahmud Azhar
Nguyen Van Tu
Thorsten Lamprecht
Emil Wendtland
Sadri Berisha
Dieter Klaus Klein
Ireneusz Szyderski
Günter Schwannecke
Waltraud Scheffler
Rolf Schulze
Karl-Hans Rohn
Silvio Meier
Bahide Arslan
Ayse Yilmaz
Yeliz Arslan
Hans-Jochen Lommatsch
Sahin Calisir
Karl Sidon
Mike Zerna

Mario Jödecke
Mustafa Demiral
Sven Beuter
Matthias Lüders
Gürsün Inçe
Hatice Genç
Hülya Genç
Saime Genç
Horst Hennersdorf
Obdachloser
Hans-Georg Jakobson
Kolong Jamba
43-jähriger Mieter
Beate Fischer
Jan W.
Gunter Marx
Erich Fisk
Michael Gäbler
Horst Pulter
Peter T.
Dagmar Kohlmann
Klaus-Peter Beer
Maiamba Bunga
Nsuzana Bunga
Françoise Makodila
Christine Makodila
Miya Makodila
Christelle Makodila
Legrand Makodila
Jean-Daniel Makodila
Rabia El Omari
Sylvio Amoussou
Patricia Wright
Bernd G.
Werner Weickum
Boris Morawek
Andreas Götz
Achmed Bachir
Phan Van Toau

Frank Böttcher
Antonio Melis
Stefan Grage
Horst Gens
Augustin Blotzki
Piotr Kania
Matthias S.
Georg V.
Josef Anton Gera
Jana Georgi
Dieter Manzke
Nuno Lourenco
Farid Guendoul (alias Omar Ben Noui)
Egon Efferts
Obdachloser
Carlos Fernando
Martin Kemming
Kurt Schneider
Daniela Peyerl
Karl-Heinz Lietz
Horst Zillenbiller
Ruth Zillenbiller
Dieter Eich
Falko Lüdtke
Klaus-Dieter Gerecke
Jürgen S.
Norbert Plath
Frank Bönisch
Alberto Adriano
Gülüstan Öztürk
Eckhardt Rütz
Malte Lerch
Helmut Sackers
Arthur Lampel
Klaus-Dieter H.
Frank Hackert
Mohammed Belhadj
Patrick Thürmer

Antifaschistisches info Blatt

Nr. 55 | Frühjahr 2002 | 3,10 Euro

Schwerpunkt

Der Nazis neue Kleider

Zwischen Mainstream und politischem Bekenntnis



NS-Szene

Zwischen Wahn und Wirklichkeit - Die NPD vor dem Verbot

Geschichte

Veit Harlan - Die Auseinandersetzung um den »Jud Süß«-Regisseur



Inhalt

AIB 55 1 · 2002



Rubriken

Titel

Rassismus

Gesellschaft

Antifa

NS Szene

Geschichte

International

Braunzone



6 links im Netz

Antifaschistisches Info Blatt

Gneisenaustraße 2a
10961 Berlin

aib@mail.nadir.org

www.nadir.org/nadir/periodika/aib

Editorial

Liebe Antifas, FreundInnen und GenossInnen, liebe LeserInnen

Zum dritten Mal innerhalb von fünf Jahren wurde auf den jüdischen Friedhof in Berlin-Charlottenburg ein Sprengstoffanschlag verübt. Das Attentat ist Ausdruck eines eliminatorischen Antisemitismus und der Existenz von neonazistischen Terrorstrukturen, die nach wie vor von den Sicherheitsbehörden geleugnet werden. Dementsprechend sieht die Bilanz bei der Aufklärung aus. Bislang wurden weder die »Nationale Bewegung«, die in den Jahren 2000 und 2001 für zwölf antisemitische und rassistische Anschläge in Brandenburg verantwortlich war, noch die Täter der beiden Sprengstoffanschläge auf das Grab von Heinz Galinksi, dem ehemaligen Vorsitzenden der Jüdischen Gemeinde in Berlin, im Jahr 1998, oder die Verantwortlichen für den Brandanschlag auf die Ausstellung »Jüdisches Leben in Berlin« 1999 gefunden. Dies verwundert umso mehr, da seit den 70er Jahren eine »Berliner Schule« von Neonaziterroristen um Ekkehard Weil sowie das Ehepaar Pia und Günther Bernburg für antisemitische Anschläge und entsprechende »Nachwuchsschulungen« bekannt ist. Angesichts einer erneut zunehmenden Salonfähigkeit von Antisemitismus und unzähligen Schändungen jüdischer Friedhöfe ist es umso wichtiger, dass AntifaschistInnen ihrer Solidarität mit den jüdischen Gemeinden Ausdruck verleihen.

In den nächsten Monaten will die Bundesregierung eine Bilanz über ihre Maßnahmen gegen Rechtsextremismus vorlegen. Man muss nicht hellsehen können, um das Ergebnis vorauszusagen: Zufriedenes Schulterklopfen, ein paar mahnende Worte und dann zum Alltag übergehen. Der sieht aus antifaschistischer und antirassistischer Perspektive kaum anders aus als vor dem »Sommer der Aufständigen«. Im Vorwahlkampf profilieren sich PolitikerInnen aller Parteien mit rassistischer Hetze. Gleichzeitig verweisen sie auf die staatliche Förderung von Alibi-Projekten à la »Multikulti-Kochen«, während in den Kommunen die Hetze gegen diejenigen zunimmt, die darauf beharren, dass rechte Hegemonie und Rassismus aus der Mitte der Gesellschaft einander bedingen und entsprechend dagegen aktiv werden.

Begünstigt wird diese Entwicklung durch ein Phänomen, das AntifaschistInnen seit einiger Zeit beobachten. Dort, wo rechte Gewalttaten scheinbar abnehmen, die Naziskins ihre Haare 5 cm wachsen lassen und ihre Springerstiefel mit Turnschuhen tauschen, erklären politisch Verantwortliche das »Problem« für erledigt. Angesichts der zunehmenden Stilveränderungen in der extremen Rechten und ihres gleichzeitigen Vordringens in bis vor kurzem scheinbar gegen rechte Einflüsse resistente Jugendkulturen haben wir uns entschieden, dieses Thema auf den Seiten 14 - 24 zum Schwerpunkt zu machen. Eines zumindest müsste auch denjenigen, die der »Aufstand der Anständigen« in Verwirrung und Sinnkrisen gestürzt hat, inzwischen klar sein: Wer staatliche Maßnahmen gegen Rechtsextremismus mit antifaschistischem Engagement verwechselt, macht den Bock zum Gärtner. Das, was wir wollen – eine gleichberechtigte, solidarische und offene Gesellschaft – werden wir nur im Widerstand gegen die herrschende Politik durchsetzen können. In diesem Sinne wünschen wie Euch ein erfolgreiches Frühjahr. ■

Euer AIB-Redaktionskollektiv

In eigener Sache

wir haben einige Probleme, Euch das AIB zuverlässig zukommen zu lassen. Zum Beispiel kommen Lieferungen an c/o-Adressen wieder zurück, auch wenn die Adressen dazu stimmen. Dazu kommt, dass keine Pakete und Päckchen an Postfächer verschickt werden können. Überlegt Euch bitte, wohin Ihr Eure AIB-Bestellungen geschickt haben möchtet - und schickt uns dann eine e-mail oder Postkarte.

Ausserdem haben wir noch eine Bitte: Wir erhalten immer mehr Anfragen nach kostenlosen Knastabos und von Projekten, die unter akutem Geldmangel leiden. Wir können uns Freiabos aber nur leisten, wenn Ihr uns helft. Wir benötigen Förderabos. Ein Förderabo für 5 Ausgaben kostet 31 Euro anstelle des normalen Abopreises von 15,50 Euro und finanziert ein Freiabo mit. Bis zum Jahresende 2002 brauchen wir 100 Förderabos, um die Nachfrage nach Freiabos tragen zu können. Als FörderabonnentInnen erhaltet Ihr als Geschenk ein AIB-Paket mit zehn von Euch nach Wunsch ausgewählten alten Ausgaben ab AIB Nr. 23. Das gleiche Angebot gilt auch für AbonnentInnen, die eineN neueN AbonnentIn werben. Unsere politische und finanzielle Unabhängigkeit ist ein Teil unserer Stärke, aber manchmal setzt sie uns auch Grenzen. Deshalb hoffen wir auf Eure Spenden.

PS: Die nächste AIB-Ausgabe Nr. 56 erscheint als Jubiläumsausgabe zum 15. Geburtstag des Projekts. Geburtstagsgeschenke und -grüsse sind hochwillkommen.

› Prozess nach brutaler Mißhandlung

In Berlin läuft derzeit ein Prozess gegen eine Gruppe Nazi-Skins, die eine geistig behinderte Frau gequält und vergewaltigt haben. Hans-Dieter Ockenfeldt, Daniel Böduel, David Koster, Mandy Weiss und Marcel Kühnert drangen am 12. August 1999 in das Zimmer der damals 35jährigen Desdemona A. ein, um 300 D-Mark Schulden einzutreiben. Desdemona A. lebte in einem Heim für betreutes Wohnen in Berlin-Adlershof, da sie ihr Leben nicht allein bestreiten kann. Die rechten Skins durchwühlten das Zimmer der Frau, schrieen sie an, schlugen, beschimpften und bespuckten sie. Da sie im Zimmer kein Geld fanden, begann die Gruppe ihr Opfer zu quälen. Mit einem Messer schnitt Ockenfeldt der Frau in die Brust. David Koster nötigte Desdemona A. zum Oralverkehr, während diese von Kühnert geschlagen wurde. Danach versuchte Koster sein Opfer zu vergewaltigten. Doch die Mißhandlungen waren damit noch nicht zuende: Ockenfeldt verbrannte Desdemona A. den Bauch mit einer brennenden Spraydose und streute Salz in ihre Wunden.

Vor Gericht behaupteten die Beteiligten, sich von der rechten Szene getrennt zu haben. Hans-Dieter Ockenfeldt bot dem Gericht sogar an, sich sein »Hass«- und sein »Klansman«-Tattoo entfernen zu lassen. Seine Haare würde er nur noch kurz tragen, da ihm lange Haare einfach nicht stünden. Die Verfahren gegen Mandy Weiß und Daniel Böduel wegen unterlassener Hilfeleistung wurden vorläufig unter Auflagen eingestellt. Sie müsssen sich unter die Aufsicht eines Betreuungshelfers stellen und Geldbußen zahlen. Die Urteile gegen den Rest der Gruppe stehen noch aus. ■

› Neue Anti-Antifa-Broschüre in Brandenburg

Mit einer neuen Broschüre macht die »Anti-Antifa Berlin« von sich reden. Veröffentlicht werden vor allem Steckbriefe von aktiven AntifaschistInnen aus dem brandenburgischen Angermünde, die für den alternativen Verein »Pfeffer und Salz« aufgetreten sind. Der Verein vermutet, dass er Ziel der »Anti-Antifa-Kampagne« geworden ist, weil er zwei Mal als Herausgeber für eine antifaschistische Recherchebroschüre aufgetreten ist (s. Rezensionen auf S. 38). Das schlecht recherchierte Material haben sich die Neonazis offensichtlich durch einen Überläufer verschafft.

Als V.i.S.d.P der Neonazibroschüre agiert der Berliner NPD-Bundesgeschäftsführer Frank Schwerdt, die Bestelladresse für das 2 Euro teure Machwerk läuft über die »Anti-Antifa-Berlin«. Verteilt wurde die Broschüre bislang an Schulen in der Region, bestellt werden kann sie auch im Internet auf den Seiten der Freien Kameradschaften. In Angermünde war es in der Vergangenheit immer wieder zu Angriffen gegen das mittlerweile geschlossene alternative Literaturcafé und gegen bekannte Linke gekommen. Die Region Angermünde, Prenzlau und Schwedt ist einer der Schwerpunkte von Neonazis in Brandenburg. Sowohl die NPD als auch Freie Kameradschaften haben ihre Aktivitäten hier in der letzten Zeit wieder verstärkt. Mehrfach »besuchten« Neonazis nicht-rechte öffentliche Veranstaltungen, um zu stören und durch ihre Präsenz einzuschüchtern. Die führenden Köpfe, vor allem der von Eberswalde nach Prenzlau umgezogene ex-JN-Aktivist Gordon Reinholz - der gleichzeitig auch im »Kameradschaftsbunds Barnim« den Ton angibt - versuchen derzeit, durch die Neugründung eines vorgeblich parteiungebundenen »Märkischen Heimatschutzes«, ihre Strukturen verbotsresistent zu machen und eine Plattform für Kommunalwahlen zu schaffen. Auch im neugegründeten Nazizeitungsprojekt »Mitteldeutsche Jugendzeitung« sitzt Reinholz in der Schriftleitung. Gordon Reinholz ist in der Vergangenheit u.a. als Anti-Antifa-Aktivist aufgefallen; ein Ermittlungsverfahren nach § 129a wegen einer mehrere hundert »politische Gegner« umfassenden »Feinddatei« wurde u.a. gegen ihn im vergangenen Jahr wieder eingestellt (s. AIB Nr. 50/2000). Gordon Reinholz und seine »rechte Hand«, der Organisationsdienstleiter des NPD-Kreisverbandes Barnim-Uckermark, Danny Dahlig aus Angermünde, werden als eigentliche Drahtzieher hinter der Anti-Antifa-Broschüre vermutet. ■



Gordon Reinholz lässig mit Zigarette und Fotoapparat am Rande des NPD-Parteitag in Mulda 1999

› Bewährungsstrafe für CD-Händler Grönwald

Mit einem blauen Auge davon gekommen ist der rechte Musikhändler Ingo Grönwald aus Weimar. Der ehemalige Betreiber des Ladens »Way of Life« in Halle und des »Phönix US Shops« in Weimar wurde Ende November 2001 wegen Volksverhetzung und Verwendung verfassungswidriger Kennzeichen zu 14 Monaten Haft auf drei Jahre Bewährung und 4.000 D-Mark Geldstrafe verurteilt. Die Staatsanwaltschaft hatte ursprünglich eine Geldstrafe von 10.000 D-Mark gefordert, das Schöffengericht in Weimar liess sich aber von Grönwalds Betteln erweichen und blieb deutlich darunter. Bei einer Durchsuchung im »Way of Life« und im »Phönix US Shop« waren im September 2000 über 6.000 CDs, eine Adressdatei mit 1.500 Namen aus Deutschland, Finnland, Norwegen, Österreich, der Schweiz und den Niederlanden, 30.000 CD-Cover sowie Hakenkreuzdarstellungen und Videos beschlagnahmt worden[1]. Zu den Bewährungsauflagen für den 31jährigen , der auch das Patent für die Marke Walhalla angemeldet hat,[2] gehört, dass er jeglichen Handel mit Tonträgern einstellen muss. Auf Grönwald wartet jetzt noch ein weiteres Verfahren bei der Staatsanwaltschaft Halle.[3] ■

1| Spiegel Online vom 05.09.2001
2| Monitor Nr. 4, März 2002
3| Thüringer Allgemeine vom 22.11.2001

› Neonazi-Musik-Produzent in Untersuchungshaft

Seit dem 7. Februar 2002 sitzt der einschlägig bekannte Neonazimusik-Produzent Adrian Preißinger aus Kronach in Untersuchungshaft. Das LKA Sachsen und die Dresdener Staatsanwaltschaft hatte über Monate ein Ermittlungsverfahren gegen den 37jährigen wegen »Volksverhetzung« geführt. Bei der Durchsuchung Anfang Februar 2002 beschlagnahmten die Beamten dann bei Preißingers deutscher Adresse in Kronach rund 3.000 rechtsextreme CDs. Am Geschäftssitz von Preißingers »Agentur für Kommunikation« (AFK) in der slowakischen Stadt Banská Bystrica beschlagnahmte die Polizei in Amtshilfe für die deutschen Behörden einen Computer und Geschäftsunterlagen der Agentur. Preißinger gehört zu den »alten Hasen« im Geschäft mit der Herstellung und dem Vertrieb von indiziierter Neonazimusik. Schon 1992 wurde er wegen Volksverhetzung zu sechs Monaten Freiheitsstrafe auf Bewährung und einer Geldbuße verurteilt.[1] Danach kündigte er an, sich in ein »verfolgungssicheres Land« zurückzuziehen und zog mit der AFK nach Banská Bystrica in die Slowakei. Ende der 90er Jahre kooperierte Preißinger u.a. mit der Gramofonové Závody in Lodenice und dem Presswerk CDC in Celákovice bei Prag. In Italien arbeitete Preißinger mit dem Presswerk Phonocomp aus Triviano südlich von Mailand zusammen - u.a. bei der Erstellung des CD-Projekts von »Macht und Ehre« namens »Schwarzer Orden«. Preißingers Agentur vermittelte für deutsche Neonazibands, die ihre Erzeugnisse wegen ihres strafbaren Inhalts nicht in Deutschland produzieren lassen konnten, die Pressung von CDs in tausendfachen Auflagen. Er hatte enge Kontakte zu Neonaziversänden wie dem mittlerweile eingegangenen »Nibelungen-Versand« von Jens Hessler aus Lingen. In jüngster Zeit hatte Preißinger offenbar CD-Presswerke in Ungarn, Thailand, Taiwan und Skandinavien genutzt. Die Verschickung der fertigen Produkte nach Deutschland soll dann wiederum über das AFK-Büro in der Slowakei abgewickelt worden sein.[2] ■

1| Der Spiegel, 21.07.1997, »Die sind total gestört«
2| vgl. u.a. Pressemitteilung von LKA Sachsen und Staatsanwaltschaft Dresden vom 7. Februar 2002

› Brandanschlag in Magdeburg

In der Nacht des 28. Januar gab es einen Brandanschlag auf das alternative Café und Wohnprojekt Thiembuktu. Die Täter schlugen die Scheiben ein und warfen Brandflaschen. Es entstand ein Schaden von rund 50.000 Euro. Da NachbarInnen Feuerwehr und Polizei alarmierten, konnte ein Übergreifen des Feuers auf Wohnungen von 14 Menschen über dem Café verhindert werden. Solche Angriffe auf Linke haben in Magdeburg Tradition. Im Januar 1998 wurde ein Besucher der Wohngemeinschaft von Peter Böttcher, Bruder des 1997 von einem Jungnazi erstochenen Frank Böttcher, bei einem Überfall einer Neonazigruppe lebensgefährlich verletzt. Im Frühsommer 2000 überfielen Neonazis zwei linke Jugendliche in ihrer Wohnung.

In Magdeburg kursieren seit dem Brandanschlag auf das Thiembuktu unterschiedliche Erklärungen. Die Polizei behauptet, es werde versucht, Konflikte zwischen Neonazis und linken Jugendlichen zu schüren. In der selben Nacht gab es einen Schwelbrand in der Kneipe »Zum Reinheitsgebot« des Magdeburger NPD-Kreisvorsitzenden Matthias Güttler, der erst am nächsten Morgen entdeckt wurde. Die Kneipe gilt als Zuschussgeschäft, da die wesentlichen Einnahmen nur bei Szeneveranstaltungen erzielt werden. Dort fanden seit der Eröffnung am 30. März 2001 mehrere Nazitreffen statt. So gab es am 20. April 2001 eine »Hitlergeburtstagsfeier«, am 16. Juni 2001 kamen zu einem »Kameradengeburtstag« rund 100 Neonazis und am 30. Juni fand eine Schulungsveranstaltung statt.[1] ■

1| Kleine Anfrage des Abgeordneten Matthias Gärtner und der PDS-Fraktion im Landtag von Sachsen-Anhalt, Drucksache 3/4879 vom 30.08.2001

› 1. Mai -Nazifrei!

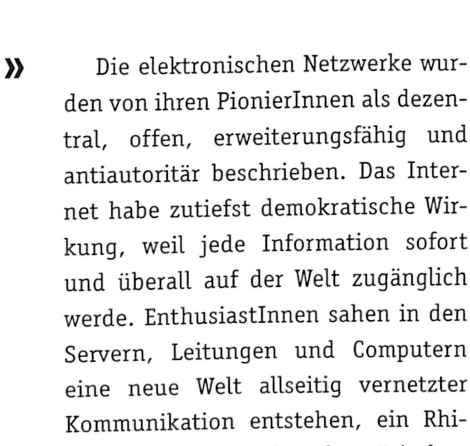
AntifaschistInnen mobilisieren gegen die Aufmärsche von Neonazis am 1. Mai. Bislang will die NPD in Berlin, Dresden, Göttingen, Ludwigshafen und Nürnberg aufmarschieren. Die Freien Kameradschaften wollen es zum zweiten Mal in Frankfurt a.M. probieren. Nähere Infos findet Ihr bei Antifas vor Ort. ■



links im Netz

von Sven Maier

Online-Demonstrationen, Mailinglists und Indymedia: nach Jahren des Argwohns entdecken Linke in Deutschland die Möglichkeiten der Neuen Medien.



» Die elektronischen Netzwerke wurden von ihren PionierInnen als dezentral, offen, erweiterungsfähig und antiautoritär beschrieben. Das Internet habe zutiefst demokratische Wirkung, weil jede Information sofort und überall auf der Welt zugänglich werde. EnthusiastInnen sahen in den Servern, Leitungen und Computern eine neue Welt allseitig vernetzter Kommunikation entstehen, ein Rhizom[1] im Sinne der französischen Philosophen Deleuze/Guattari. Naheliegend also, dass sich Linke im Internet bewegen wie die Fische im Wasser. Fragt man die Suchmaschine google.com nach »revolution«, so erhält man beeindruckende 3.860.000 Hinweise, wo sie im world wide web zu finden sei, und revolution AND internet ist die mit Abstand häufigste Wortkombination. Die Mehrheit der Texte, auf die hier hingewiesen wird, handelt aber nicht von Autonomen und ZapatistInnen, sondern davon wie NASA, Apple und Max-Planck-Institut »den Bürgern überall auf der Welt die Wohltaten der technologischen Revolution« (Bill Clinton) bringen.

Schöne neue Welt ?

Die Linke steht jener Revolution der Technologie zwiespältig oder feindlich gegenüber. Wenig erstaunlich, entsprechen manche der Errungenschaften doch exakt den Visionen, die einst VolkszählungsgegnerInnen bewegte. Heute ist alles, was gestern Sinnbilder moderner Paranoia waren, online zu ordern, von den omnipräsenten Kameras bis zum Sender im Kopf: Das Kamerasystem »FaceIt!«[2] scannt in Londoner Fussgängerzonen die Gesichter und meldet LadendiebInnen an den Sicherheitsdienst. Der »Digital Angel«[3] , ein mit Körperwärme betriebener GPS-Sender, kann in die Körper von Sexualverbrechern, Kindern, GlobalisierungsgegnerInnen und SoldatInnen implantiert werden, um Aufenthaltsorte und biologische Daten per Satellit zu übermitteln. 50 Jahre brauchte Orwells »1984« von der Niederschrift bis zur technischen Möglichkeit seiner Realisierung. Huxleys »Schöne neue Welt« ist zwar immer noch Science Fiction, aber auch das Zeitalter der technischen Reproduzierbarkeit des Menschen kündigt sich an: noch bevor das Human Genome Project[4] die Sequenzierung der menschlichen DNS bekanntgab, entwarfen der Philosoph Sloterdijk und der Schriftsteller Michel Houellebecq »Regeln für den Menschenpark« [5].

Normalität statt Widerstand

Um solche Entwicklung zu verhindern, zerschmetterten linksradikale Militante vor fünfzehn Jahren an der Freien Universität Berlin die Prototypen der Computer, ohne die heute kein Flugblatt entsteht. Vor zehn

1| Utopien der Vernetzung: http://www.ruhr-uni-bochum.de/www.public/niehaabp

2| Visionics Corporation FaceIt! Face Recognition http://www.visionics.com/faceit/software/cctv.html

3| Digital Angel: http://www.digitalangel.net

4| Human Genome Project: http://www.ornl.gov/TechResources/Human_Genome>

5| »Regeln für den Menschenpark«: http://www.information-philosophie.de/philosophie/sloterdijk00.html

Jahre noch wurden Kartentelefone mit Sekundenkleber attackiert, heute hat jede zweite Demonstrantin ein Mobiltelefon in der Tasche. Gentechnologie und pränatale Diagnostik, die neben der Mikroelektronik als »anschlagsrelevante Themen« galten, gehören heute als Insulin oder Schirmbild zur vorgefundenen Normalität auch von Linken und Feministinnen. Der überrollte Widerstand gegen Neue Technologien war nicht technophob. Die Erkenntnis, dass Wissenschaft nicht neutral und die Entwicklung der Produktivkräfte keine Einbahnstrasse ins kommunistische Paradies ist, schuf nicht nur Neue Innerlichkeit, sondern auch avantgardistische Alternativen. Solarenergie etwa, ursprünglich als Bedrohung der Wohlstandsgesellschaft stigmatisiert, wurde zur Entwicklungsbranche ebenso wie Hacker als Neo-Terroristen galten, um schliesslich als Sicherheitsberater Wertschätzung zu finden.

Dem Hype um das von US-Militär und Atomforschungszentren entwickelte Internet begegnete die Linke zunächst mit Ambivalenz oder Abstinenz. Die Vision vom globalen Netz informierter Citoyens wurde als Internationale weisser Mittelstandsjungs entlarvt, die ihre isolierte Existenz mit Kriegsspielen und Pornos fristen. Grundsätzlicher Kritik fehlt es nicht an Grundlage. Mehr als die Hälfte der in Deutschland aufgerufenen Internetseiten sind pornographisch, während nur ein Prozent aller Seiten politischen Inhalts im klassischen Sinn ist. Die Mehrheit der User ist jung, weiss und männlich, erdrückende 88 Prozent gehören einer vergleichsweise abgesicherten und gebildeten Schicht von IndustriemetropolenbewohnerInnen an. Das Internet, ein Medium der globalen Elite?

Man sollte nicht vergessen, dass dies auch auf das Telefon, das gleichermassen die Welt verändert hat, zutrifft. Die Tatsache, dass 65 Prozent der Menschheit noch nie einen Hörer in der Hand hatte, rechtfertigt wohl kaum die Dämonisierung der Gerätschaft.

Kommerz für Alle?!

»Access for all!«, die erste netzpolitische Forderung der Linken, reflektierte die Exklusivität des Mediums. Die Bekämpfung des »digital divide« geniesst heute breite Unterstützung und wird von Weltbank, Sony und auch der deutschen Bundesregierung auf die Tagesordnung, zum Beispiel der G8-Gipfel[6], gesetzt. Für die global players ist das Internet interessant als Vertriebsweg, der noch zu subventionieren und mit Attributen der KonsumentInnendemokratie aufzuladen ist. Im Ergebnis fraglos zu begrüssen, ist die Mühe um Modems für die Armen allerdings wenig kitschig - geht es doch um die Erschliessung des künftigen Kunden, dem sich nach der Hardware-Gerechtigkeit Zahlungsfähigkeit als das Zugangskriterium auf den Markt der Möglichkeiten erschliessen wird.

Die Grenze verläuft nicht nur zwischen online und offline, sie findet auch im Netz als elektronische Reproduktion des entfesselten Globalkapitalismus statt. Wie sonst nur in mittelamerikanischen Freihandelszonen zu haben, gestalten Medienmultis und Aufsichtsbehörden ungetrübt von Datenschutz und Grundrechten die virtuelle Welt nach ihren Bedürfnissen. Die Einverleibung der Tauschbörse Napster durch die Musikindustrie und das US-amerikanische Überwachungssystem Echelon[7] sind dafür nur bekanntere Beispiele. Und das Internet von AOL und Amazon ist mit Sicherheit kein Deleuze'sches Rhizom – man kann der Sache mit Abkürzungen wie B2C vielleicht den Flair ultimativer Hipness verleihen, aber die »business to consumer«-Struktur bleibt so banal wie der Otto-Versand.

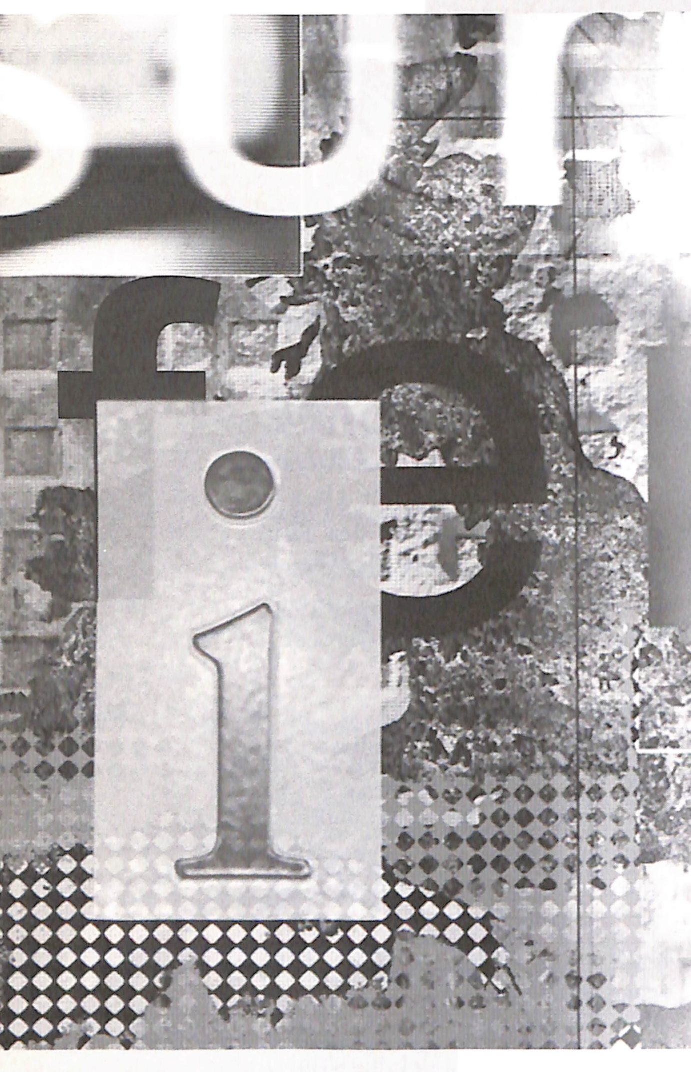
Kontrolle und Widerstand

Die neuen Einkaufsparadiese und ihre politische Umgebung wollen abgesichert sein. Neben der digitalen Signatur stehen da Cybercrime-Convention[8], Zensurfilter[9] und Internet Task Force[10] auf der Agenda. Das klingt nicht nach Demokratie. Eher schon erinnert die Kombination aus Wirtschaftswunder (»dotcomania!«) und Massenkonsum (»Ich bin drin!«) mit Aufrüstung (»Cyberwar!«), Angst vor Infiltration (»Virenwarnung!«) und Verfolgung abweichenden Verhaltens (»Hacker!«) an die Finsternis der McCarthy-Ära. Die ApologetInnen von eCommerce und eGovernment rüsten nicht grundlos für schwerwiegende Auseinandersetzungen im Netz - sind in dem Raum, der sich hinter den Bildschirmen aufgetan hat, Kontrolle und Kommerz doch so wenig notwendige Eigenschaften wie in jeder anderen gesellschaftlichen Sphäre.

Die umfassende Kontrolle der Kommunikation wird durch anonyme Remailer[11], Verschlüsselungssoftware[12] wie PGP und Steganografie, die in den USA juristisch als Kriegswaffen gelten, deutlich erschwert. Das Echelon-System, mit dem der US-Geheimdienst NSA Emails pauschal nach Schlüsselbegriffen wie »US-imperia-

6| Digital Opportunity Task Force: http://www.dotforce.org
7| Echelon Watch: http://www.echelon-watch.org
8| Council of Europe, Cybercrime Convention (draft): http://conventions.coe.int/Treaty/EN/cadreprojets.htm
9| Siemens Smartfilter: http://www.smartfilter.de
10| Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik http://www.bsi.de





→ lism« scannt, wird von NetzaktivistInnen an »Jam Echelon«[13]-Aktionstagen regelmässig und massenhaft mit Reizwörtern zugeschüttet. Der Zensur geht es nicht besser: Als die Genueser Polizei nach den Demonstrationen gegen den G8-Gipfel die von linken NetzaktivistInnen betriebene Website netstrike.it[13] beschlagnahmte, veröffentlichten solidarische Gruppierungen die kriminalisierten Seiten auf ihren Servern. Das massenhafte mirroring erwies sich nicht zum ersten Mal als erfolgreiche Waffe gegen die selektive Repression. Auch die allgemeinere Unterdrückung von Information durch Zensurfilter lässt sich umgehen, etwa mit der FreeBird[15] - Software: Wenn der Zugriff von einem Rechner auf eine Seite gesperrt ist, wird die Anfrage automatisch über die Rechner anderer FreeBird-AnwenderInnen geleitet und die angefragte Seite verschlüsselt zurückgesandt.

Im elektronischen Netzwerk kann man auf Daten von überall zugreifen, sie kopieren, verändern und wieder zugänglich machen. Die vagabundierenden Daten sind den einen freie Kommunikation und kollektiver Textfluss. Wer sie dagegen kapitalistischer Verwertung unterwerfen will, muss den Strom unterbrechen und einhegen. Das Rhizom widerspricht einem Pfeiler der Privatwirtschaft, dessen tragende Bedeutung mit der Zunahme immaterieller Arbeit noch wächst: der Figur des Autors und seinem geistigen Eigentum. Texte, Musik, Programme - an keinem Ort der Welt wird soviel eingebrochen und geraubt wie im Internet. Jedes password wird geknackt und Leute, die immer anständig ihre U-Bahn-Karte lösen, klauen Programme, die zehntausende Euro kosten würden. Während Microsoft seinen Quellcode hütet wie CocaCola ihr Rezept, ermöglicht Open Source Software wie Linux[16] den AnwenderInnen, den Code weiterzuentwickeln. Die Free Software Foundation hat sogar ein CopyLeft-Zertifikat[17] entwickelt, mit dem Text gegen seine kapitalistische Verwertung geschützt werden kann.

Online protestieren

Die Verbindung aller mit allen taugt zu mehr als KundInnenverkehr. Ein Gespenst geht um im Cyberspace. Mit der Frequenz von dotcom-Neugründungen nimmt auch ein Phänomen zu, dessen typisch kryptische Abkürzung zum blanken Schrecken von ManagerInnen und PolizistInnen avanciert ist: DDoS. »Distributed Denial of Service Attack« bezeichnet die Technik, einen Webserver durch die Erzeugung eines Vielfachen der vorgesehenen NutzerInnenanfragen in kurzer Zeit so zu belasten, dass das System abstürzt. Im Februar 2000 waren auf diese Weise grosse kommerzielle Websites wie e-Bay und CNN lahmgelegt worden. Die Attacken auf die blinkende Oberfläche des eCommerce, für die sich niemand verantwortlich zeigte, wirkten semantisch wie Steinwürfe auf die Fensterscheiben einer Bank.

Auf dem gleichen technischen Prinzip fusst eine Praxis, die seit 1995 existiert und in der Linken in Deutschland breiter bekannt geworden ist, seitdem am 20. Juni 2001 AbschiebegegnerInnen die Internetpräsenz der Deutschen Lufthansa AG angriffen: Online-Demonstrationen mit öffentlich formulierten Forderungen, bei denen nicht anonyme Cracker mit fremden Grossrechnern, sondern tausende User mithilfe von Online Protest Software[18] zeitgleich auf bestimmte Internetseiten zugreifen. Solche virtuellen Sit-In's modifizieren DDoS-Techniken zu Adaptionen des Strassenprotestes. Ähnliches trifft auch auf das Hacken von Websites zu. Die Zahl politischer Graffiti steigt; so war Jörg Haider beispielsweise im Juli 2001 mit Hitlerschnauzer auf der FPÖ-Homepage zu sehen.

Dass die Universalität und Verknüpfbarkeit von html linken Medienprojekten und Archiven ungeahnte Reichweite verschaffen kann, hatten PionierInnen wie nadir[19] schon erkannt, bevor die ersten grafischen Browser verfügbar waren. Wie das Spinnennetz, das die Möglichkeiten von Mailinglisten und Newsboards propagierte, litt das Projekt lange daran, dass die prinzipielle Verfügbarkeit von Information wenig Wirkung zeitigt, solange sie nicht genutzt und

11| Anonymous Remailer: http://www.no-id.com
12| c't Krypto Kampagne: http://www.heise.de/ct/pgpCA
13| Jam Echelon Day 21.10.2001: http://cipherwar.com/echelon
14| netstrike.it mirrorlist: http://www.netstrike.it
15| FreeBird Anticensorship System: http://www.photonosoftware.de/FreeBird
16| Linux online: http://www.linux.org
17| Free Software Foundation CopyLeft: http://www.gnu.org/copyleft/copyleft.html
18| Online Protest Software: http://go.to/online-demo
19|http://www.nadir.org

auf die eine oder andere Weise in politische Diskussion und Aktion übersetzt wird – im Netz, aber vor allem auf der Strasse.

Nadir gehörte zu den InitiatorInnen des Independent Media Center Germany[20], eine von weltweit 55 solcher Initiativen, die in den letzten zwei Jahren entstanden sind und dieses Dilemma aufgehoben haben. Die Websites von Indymedia stellen nicht nur Information zur Verfügung, sondern leben durch Beiträge, die AktivistInnen und JournalistInnen direkt über Formulare hochladen können. Das »open posting« kann nicht für die Qualität der Beiträge bürgen, ermöglicht aber eine Aktualität wie sie kein anderes linkes Medium leisten kann. Bei Mobilisierungen wie jener gegen den G8-Gipfel in Genua hat Indymedia seine Bedeutung für die Kommunikation unter den AktivistInnen wie für die Information einer breiteren Öffentlichkeit unter Beweis gestellt – was auch die Polizei erkannte, die das IMC Genova stürmte, JournalistInnen verprügelte und die gesamte Infrastruktur zertrümmerte.

Grenzenloser Widerstand

Funkgeräte sind bei grösseren linken Veranstaltungen und Demonstrationen schon seit den 80er Jahren gang und gebe. Inzwischen werden zur schnellen und mobilen Kommunikation auch Notebooks, Digitalkameras, Mobiltelefone und Palm Tops eingesetzt, deren Datenformate sich mit dem Internet verknüpfen lassen. So wurden die antirassistischen Grenzcamps in verschiedenen Ländern im Sommer 2001 per Video-Livestream simultan ins Netz übertragen. Bei den Demonstrationen gegen die Amtseinführung von US-Präsident George Bush im Januar 2001 informierten die OrganisatorInnen mithilfe eines dem SMS ähnlichen UPOC-Pagers[21] die in Washington verteilten DemonstrantInnen auf den Displays ihrer Mobiltelefone, während der Mitschnitt des Polizeifunks nicht nur einer kleinen Gruppe, sondern live im Internet zugänglich war – ob dies den DemonstrantInnen tatsächlich Vorteile verschaffte, ist leider nicht bekannt.



Als George Bush ein Jahr zuvor auf dem Parteitag der Republikanischen Partei nominiert worden war, hatte es ebenfalls massive Proteste gegeben. Damals waren zwei Männer wegen des Besitzes gefährlicher Waffen festgenommen worden – es handelte sich um Mobiltelefone. Die beiden gehörten wohl nicht zufällig der Ruckus Society an, einer Organisation, die »Tech Toolbox Action Camps«[22] organisiert, bei denen AktivistInnen vom Abseilen von Gebäuden bis zum Einrichten verschlüsselter Mailinglists Technologien lernen können, die für den Kampf sinnvoll sein können. In Deutschland bietet die neue Initiative d-a-s-h ebenfalls Internet-Workshops[23] für AktivistInnen an. Eine sinnvolle Sache, denn heute will fast jede Initiative mindestens eine Website ins Netz stellen und eine Mailinglist anbieten, nur: die wenigsten GenossInnen - wissen, wie es geht. ■

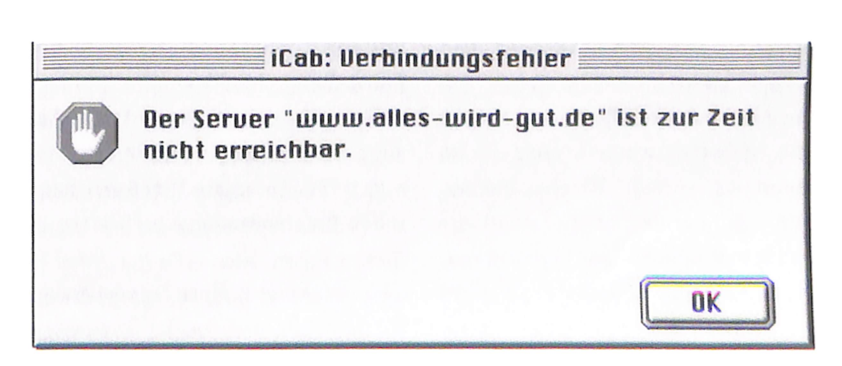
Sven Maier ist Mitglied der Initiative Libertad! (http://www.libertad.de), die zusammen mit Kein mensch ist illegal (http://www.contrast.org/borders/kein die Online-Demonstration gegen die Lufthansa AG initiierte.

20| Independent Media Center Germany: http://www.de.indymedia.org

21| Soft Skull, »Resistance« on Upoc.com: http://www.softskull.com/press/resistance_pr.html

22| The Ruckus Society Tech Toolbox Action Camp: http://www.ruckus.org/techcamp.htm

23| D-A-S-H-Internet-Workshop: http://www.d-a-s-h.org/workshop.html



Hamburg Hauptstadt des

Der 19jährige Achidi J. ist tot, doch das öffentliche Aufsehen um seine Todesumstände hat sich schnell wieder gelegt. Der junge Kameruner war am Nachmittag des 9. Dezember 2001 von der Hamburger Polizei unter dem Verdacht des Handels mit illegalen Drogen festgenommen und ins Rechtsmedizinische Institut im Universitätskrankenhaus Eppendorf (UKE) gebracht worden. Dort wurde ihm gewaltsam das Brechmittel Ipecacuanha verabreicht, indem man gegen seinen Widerstand und unter Beiziehung mehrerer Polizisten eine Magensonde durch die Nase in den Magen stieß. Achidi J. wurde ohnmächtig, fiel ins Koma und starb vier Tage später an den Folgen dieser Mißhandlung.

» Die an der Tötung Achidi J.s Beteiligten haben gewußt, was sie taten. Der für die Vergabe von Emetika (Brechmittel) am Rechtsmedizinischen Institut verantwortliche Professor Dr. Klaus Püschel warnte noch Anfang der 90er Jahre, als medizinischer Experte gefragt, vor der Verabreichung von Brechmitteln. Es dürfe beim Verdacht des Schmuggels von Drogen im Körper keinesfalls Erbrechen erzwungen werden, da hierbei »eine nicht unerhebliche Gesundheitsgefährdung, z.B. durch Verletzung der Speiseröhre oder Einatmung von Erbrochenem« bestehe. Heute indes vertritt er die Ansicht, man könne »Polizei und Justiz ja nicht im Regen stehen lassen« - er sei schließlich um Mitwirkung gebeten worden. Das – so scheint es – sagt Püschel immer, wenn es darum geht, staatliche Zwangsmaßnahmen zu legitimieren. Genau wie seine Kollegin Professorin Dr. med. Ute Lockemann ist er mit der skandalösen »Altersfeststellung« bei jugendlichen Flüchtlingen betraut, die der Ausländerbehörde Material in die Hand gibt, um den Flüchtlingen ihre Rechte nach der UN-Kinderschutzkonvention zu versagen und sie einfacher abzuschieben. Auch hier äußerte Püschel zuvor, »dass wir etwas tun, was wissenschaftlich keine eindeutige Methode, mit Fehlerquellen belegt und medizinisch nicht sauber ist.«

Doch nicht nur dieser Protagonist des organisierten Erbrechens warnte einst vor den Gefahren der sogenannten Exkorporation, wie das künstlich herbeigeführte Erbrechen wissenschaftlich verharmlosend genannt wird. Die Bremer Polizei verabreicht seit den frühen 90er Jahren, mit Rückendeckung des Innensenators der Stadt, regelmäßig Apomorphin und überhöhte Dosen Ipecacuanha Emetika.[1] Amnesty international protestierte nachdrücklich gegen den schweren Eingriff in die körperliche Unversehrtheit der Betroffenen. So befand die Londoner ai-Zentrale 1995, dass »die zwangsweise Verabreichung von Brechmitteln an in Gewahrsam befindlichen Personen, wenn sie nicht aus medizinischen Gründen erforderlich ist, grausamer, unmenschlicher und erniedrigender Behandlung gleichkommt.«

Zur ähnlichen Bewertung kam auch das Oberlandesgericht Frankfurt a.M. 1996. In einem Urteil zur hessischen Brechmittelvergabe führten die RichterInnen aus: »Ferner verstößt das rechtsgrundlose zwangsweise Verabreichen von Brechmitteln gegen die Verpflichtung zum Schutz der Menschenwürde und gegen das allgemeine Persönlichkeitsrecht des Angeklagten (Artikel 1 Absatz 1, Artikel 2 Absatz 1 Grundgesetz)«.[2]

Doch Hamburg und sein damals um den Machterhalt bangender rot-grüner Senat ließen ab August letzten Jahres kotzen – kurz vor der Hamburger Bürgerschaftswahl. Schon bei einem der ersten Einsätze des Emetikas traten Komplikationen auf, wobei das Opfer der Maßnahme anschließend über schwere Schluckbeschwerden klagte. Bei einer nachfolgenden Untersuchung in der Krankenstation des Untersuchungsgefängnisses Holstenglacis wurden »Rötungen im Hals« festgestellt, die vom gewaltsamen Einführen der Magensonde herrühren mußten.

Das erste Opfer war wohl nur eine Frage der Zeit, denn eben nach einer solchen Behandlung fiel Achidi ins Koma. Eingeführt unter Rot-Grün, fortgesetzt unter Schwarz-Schill: Während Krista Sager (GAL), die noch im Juli 2001 der Einführung der Brechmittelvergabe mit dem Hinweis, es handle sich nur um »symbolische Politik«, zugestimmt hatte, verlangt, nun diese Maßnahme einzustellen, wird seitens der SPD das gegebenenfalls auch zwangsweise Brechen trotz tödlicher Folgen nach wie vor befürwortet. Scharfe Kritik kam auch aus der ÄrztInnenschaft: Mitglieder der Hamburger Ärzteopposition stellten Strafanzeige gegen die verantwortlichen Ärzte mit dem Hinweis, »eine Todesstrafe durch die Hintertür dürfe es nicht geben«. Auch die Hamburger

1| Ausführlich widmet sich die Broschüre »Bullen die zum Brechen reizen«, herausgegeben vom Bremer Antirassismusbüro (ARAB), den dortigen Verhältnissen.

2| In: Strafverteidiger 1996 S. 651ff



organisierten Erbrechens

Ärztekammer sprach sich zumindest gegen die zwangsweise Verabreichung von Brechmitteln aus.[3] Der neue Hamburger Innensenator Schill kündigte am 10. Dezember 2001 an, in jedem Fall an der Maßnahme festzuhalten, denn eine Änderung dieser tödlichen Praxis »wäre ein Signal, dass die Strafverfolgung in Hamburg nicht mit der gebotenen Härte durchgeführt wird.« Zwei Tage zuvor hatte man beschlossen, die noch unter dem rot-grünen Senat festgelegten Anforderungen für den Brechmitteleinsatz zu lockern, mit dem Ergebnis, dass allein in den ersten zwei Tagen bis zur Tötung von Achidi J. neunmal Ipecacuanha verabreicht worden war. In den vorhergehenden Monaten wurde diese Maßnahme häufiger angewandt. Der heftigen, nicht zuletzt auch aus der ÄrztInnenschaft angeführten Kritik zum Trotz, machte Püschel umgehend deutlich, wie er mit dem »tragischen Ereignis« umzugehen gedenkt. Zwar fände auch er den Job »zum Kotzen«, aber von einer Einstellung dieser Methode an seinem Institut will er nichts wissen und legt seitdem höchstpersönlich Hand mit an.

In der Praxis stellt sich die Einflößung von Brechmitteln, die bislang nur in Hamburg, Hessen, Nordrhein-Westfalen und Berlin[4] im »Kampf gegen die Drogenkriminalität« angewandt wurde, als eine rassistische Schikane gegen zumeist schwarze Flüchtlinge dar. Seit Jahrzehnten wird sowohl von KriminologInnen als auch von MitarbeiterInnen der Drogenhilfeeinrichtungen vergebens darauf hingewiesen, dass für die Verelendung und die konstant hohe Zahl von Drogentoten maßgeblich die Illegalisierung der entprechender Substanzen und das damit verbundene repressive Vorgehen verantwortlich sind. Mit einem – nicht zuletzt der fachlichen Kritik geschuldeten - veränderten Blick auf die KonsumentInnen illegalisierter Drogen, die in den vergangenen Jahren zunehmend als »krank« oder hilfsbedürftige Opfer angesehen wurden, ging eine moralische Verdammung der HändlerInnen einher, die von einer masssiven Ausweitung des Repressionsapparates begleitet wurde. Dabei geht es bei der Brechmittelverabreichung jedoch keineswegs – wie immer wieder gerne behauptet – um eine notwendige Maßnahme zur »Beweissicherung« in einem nachfolgenden Strafverfahren, sondern um Abschreckung und vorweggenommene Körperstrafe. Anläßlich einer Aktuellen Stunde der Hamburger Bürgerschaft zum Tod von Achidi J. wurde dies von einem Vertreter der Regierungsfraktion dann auch ausdrücklich als solche eingeräumt. Es ist allerdings auch kein Zufall, dass Opfer dieser Maßnahme dem Vernehmen nach bislang ausschließlich Schwarze wurden. Dient die Ausweitung polizeilicher Kompetenz doch gerade auch dazu, der Bevölkerung Handlungsfähigkeit zu demonstrieren. Insoweit wird ein bestehendes rassistisches Ressentiment und das Bedürfnis breiter Bevölkerungsschichten nach hartem Vorgehen gegen Schwarze bedient und reproduziert. »Wer anderen Leid zufügt, dem soll auch selbst Leid geschehen« und »Wir wollen die Schwarzen kotzen sehen« ist dem entsprechend der überwiegende Tenor, mit dem sich der Mob mitleidslos und voller Genugtuung nach dem Tod Achidi J. in den Leserbriefspalten der bürgerlichen Medien oder pöbelnd am Rande von antirassistischen Demonstrationen hinter das tödliche Vorgehen stellt. Hatte der sogenannte Hamburger Polizeiskandal Mitte der 90er Jahre, in dessen Zuge eine Vielzahl rassistischer Schikanen und Folterungen bis hin zu Scheinhinrichtungen an Schwarzen aufgedeckt wurden, noch zu kritischen Auseinandersetzungen mit dem polizeilichen Vorgehen in der Öffentlichkeit geführt, verdeutlicht gerade das Beibehalten der Brechmittelvergabe, wie sehr das rassistische Ressentiment institutionalisiert und zur Richtschnur staatlichen Handelns geworden ist. ■

Dieser Artikel wurde dem AIB von dem antirassistischen Autorenkollektiv Schulze & Schulze zur Verfügung gestellt.

3| Die Hamburger Ärztekammer hatte bereits zu Zeiten des rot-grünen Senats im Oktober 2001 mit großer Mehrheit eine Entschließung verabschiedet, nach der die gewaltsame Verabreichung von Brechmitteln abgelehnt wird. Dass man sich nicht dazu durchringen konnte, diese Methode gänzlich zu verurteilen, steht allerdings ebenso auf einem anderen Blatt wie die Tatsache, dass man dort meint, sich mit Vorschlägen wie der zwangsweisen Abführmittelvergabe konstruktiv an der fortdauernden Diskriminierung von Schwarzen beteiligen zu müssen.

4| In Berlin wurden ab März 2001 Brechmittel eingesetzt, nachdem man zwischenzeitlich, aufgrund der Entscheidung des OLG Frankfurts, die bereits 1994 eingeführte Brechmittelvergabe ausgesetzt hatte. Nach der Tötung von Achidi J. erfolgte eine erneute, wenngleich auch nur vorläufige Aussetzung der Prozedur, bis die genaue Todesursache ermittelt ist. Dann will man über das weitere Vorgehen entscheiden.



Die elementarsten ermöglichen Menschenrechte

Das Büro für medizinische Flüchtlingshilfe Berlin feiert in diesem Jahr sein fünfjähriges Bestehen

» *AIB: Das Büro für medizinische Flüchtlingshilfe hat gerade seinen fünften Geburtstag gefeiert. Warum habt Ihr Euch damals eigentlich gegründet und mit welchen Zielen?*

Daniel: Seit der Einführung des Asylbewerberleistungsgesetzes 1993 und den nachfolgenden Verschärfungen dieses Gesetzes wird ein erheblicher Teil der in Deutschland lebenden Flüchtlinge bzw. MigrantInnen von der gesundheitlichen Regelversorgung ausgeschlossen. Dies betrifft sowohl Flüchtlinge in einem regulären Asylverfahren als auch solche, die mit einem Duldungsstatus hier leben. In den ersten drei Jahren des Asylverfahrens wird beispielsweise eine medizinische Versorgung nur noch im akuten Krankheitsfall, bei Schmerzzuständen und für Schwangerschaft und Entbindung zugestanden. Darüber hinaus sind die Sozialämter in der alltäglichen Praxis dazu übergegangen, auch jenen, die nach dem Gesetz SozialhifeempfängerInnen gleichgestellt werden sollen, den Zugang zu adäquater Behandlung zu erschweren. Zudem hat die faktische Abschaffung des Asylrechtes zur Folge, dass die Zahl von Flüchtlingen mit ungesichertem Aufenthaltsstatus wächst. Illegalisierte Flüchtlinge - sogenannte »Illegale«, denn können Menschen illegal sein? - haben keinerlei Anspruch auf gesundheitliche Versorgung und jegliche Inanspruchnahme derselben ist mit einem Abschiebungsrisiko verknüpft. Für die Betroffenen bedeutet dies, dass ihnen elementare Menschenrechte abgesprochen werden - ein Zustand, der sogar vom Deutschen Ärztetag zurückgewiesen wird. Unser Ziel war und ist eine Kombination von »sozialarbeiterischer« Arbeit, unter anderem auch wegen der besseren Argumentationskraft, und politischer Arbeit. Bei der Gründung war das Büro ein Zusammenschluss verschiedener politischer Gruppen, von denen eine eine Umfrage unter Flüchtlingen gemacht hatte. Die Frage war, was für sie die größten Schwierigkeiten birgt - und sehr häufig wurde dann die medizinische Versorgung genannt. Für viele Leute, die ins Projekt einstiegen, war es auch der bewußte Ansatz, ein ganzes Themengebiet abzudecken anstatt wenige Personen auf mehreren Ebenen zu betreuen. Das letztendliche Ziel war und ist, auf das Problem aufmerksam zu machen und einen kleinen Einfluss in Richtung Besserung zu erreichen - denn von der »Weltrevolution« hatten sich die meisten AktivistInnen im Projekt schon vorher verabschiedet.

AIB: Wer kommt zu Euch und was bietet Ihr denjenigen, die kommen, an Unterstützung? Und kannst Du sagen, wie vielen Menschen Ihr in den letzten fünf Jahren Unterstützung angeboten habt?

Daniel: Es kommen illegalisierte Flüchtlinge hauptsächlich aus Südamerika und den ehemaligen Ostblockstaaten. Weniger vertreten sind Menschen aus Staaten und Regionen, die hier eine starke Community haben wie beispielsweise KurdInnen. Wir hatten anfangs befürchtet, dass wir mit den Angeboten des Büros bestehende Strukturen zerstören würden. Aber das ist zum Glück nicht passiert. Außerdem kommen auch Flüchtlinge, die im Asylverfahren stecken und sich offiziell in einer anderen Stadt aufhalten müssen, aber in Berlin leben und hier keine medizinische Versorgung erhalten. Wir bieten ausschließlich die Vermittlung von medizinischer Hilfe - d.h. von Facharztpraxen, Hebammen, KrankengymnastInnen, HeilpraktikerInnen und anderen medizinischen Einrichtungen. Häufig wird nach Unterstützung bei Geburten, aber auch Abtreibungsmöglichkeiten gefragt. Die Zahl derer, die wir vermitteln, nimmt von Jahr zu Jahr zu, was wahrscheinlich sowohl durch den zunehmenden Bekanntheitsgrad des Büros als auch durch die Zunahme von Menschen ohne gesicherten Aufenthaltsstatus verursacht wird. Insgesamt haben wir bisher ca. 4.000 Vermittlungen durchgeführt.

AIB: Seid Ihr auch mit Opfern rassistischer Gewalt - sei es Straßengewalt oder institutioneller Gewalt - konfrontiert? Und wenn ja, welche Hilfestellungen braucht diese Opfergruppe?

Daniel: Ja, klar kommen zu uns auch Opfer von rassistischer Gewalt. Erstmal geht es auch da um normale medizinische Hilfe. Bei der Traumaaufarbeitung arbeiten wir dann mit dem Zentrum für Folteropfer zusammen. Und für eine weitergehende Betreuung nehmen wir Kontakt zu anderen Organisationen wie der Opferperspektive in Brandenburg oder Reach Out in Berlin auf.

AIB: Und wo siehst Du die größten Schwierigkeiten für Eure Arbeit?

Daniel: Die Vermittlung von Krankenhausaufenthalten wird immer schwieriger, da die Krankenhäuser immer weniger dazu bereit sind, Flüchtlinge ohne Status und dementsprechend ohne Versicherung oder Krankenscheinübernahme durch das Sozialamt zu behandeln. Auch die Betreuung von chronisch Kranken ist schwierig, da hohe laufende Kosten entstehen.

AIB: Ihr hattet ja immer auch den Anspruch, nicht »nur« Sozialarbeit zu machen, sondern auch politisch zu intervenieren. Ist Euch das bisher gelungen, oder frisst die Arbeit an den einzelnen »Fällen« soviel Energie, dass für politische Kampagnen kaum noch Zeit bleibt?

Daniel: Leider ist dieses Dilemma auch bei uns der Fall. Es gibt einige Aktionen und Kampagnen, die wir durchführten oder an denen wir beteiligt waren. Zum Beispiel Aktionen gegen die zwangsweise Altersbestimmung von Minderjährigen in der Charité oder im letzten Jahr die Bootstour gegen das neue Zuwanderungsgesetz. Um uns etwas glücklicher zu machen, sagen wir, dass die »Sozialarbeit« politisch ist. Der Staat will die Leute weg haben, wobei natürlich die Frage ist, ob das wirklich gewollt ist, oder ob es darum geht, sie in die Illegalität zu zwingen. Und wir ermöglichen ihnen im Gegenzug den Aufenthalt.

AIB: Was würdest Du als die Highlights Eurer bisherigen Arbeit bezeichnen? Habt Ihr in einzelnen Fällen auch Erfolge gehabt?

Daniel: Leute, die krank waren, wurden gesund, und wahrscheinlich wären einige ohne medizinische Hilfe nicht gesundet. Die Gesetzeslage und die Bedingungen für Flüchtlinge in der BRD werden dagegen immer prekärer. Was uns freut ist, dass das Interesse für die Problematik zumindest im medizinischen Bereich zunimmt. Auch wenn es hier hauptsächlich über die humanistische Schiene läuft und nicht über die politische.

AIB: Wie geht Ihr mit dem Widerspruch um, dass Ihr inzwischen von staatlichen Stellen wie beispielsweise der Ausländerbeauftragten, ganz klar als Lückenbüsser zum Versorgungssystem für illegalisierte Flüchtlinge und MigrantInnen gezählt werdet?

Daniel: Dagegen versuchen wir natürlich anzugehen und uns zu wehren. Durch unsere politischen Aussagen versuchen wir, diesem Bild entgegenzuwirken und Sand im Getriebe zu sein.

AIB: Was ist Euer nächstes Ziel bzw. der politische Schwerpunkt für dieses Jahr?

Daniel: Wir haben einen Schwerpunkt in der Mitarbeit bei einer intensiveren europäischen Zusammenarbeit in einem Netzwerk. Ausserdem beteiligen wir uns am Aufbau des deutschen Netzwerkes von »Kein Mensch ist Illegal«. Da geht es aktuell gerade um eine Kampagne gegen die Abschiebungen von staatenlosen KurdInnen aus dem Libanon. Natürlich wollen wir auch nicht lockerlassen und weitere kritische Diskussion und Proteste gegen das Zuwanderungsgesetz anstossen.

AIB: Danke für das Gespräch. ■

Kontakt: Büro für medizinische Flüchtlingshilfe, Gneisenaustr. 2a, 10961 Berlin, Tel.: 030/6946746, Spendenkonto bei FFM e.V., Stichwort: Medizinische Hilfe, Berliner Sparkasse Kto.-Nr.: 610027263, BLZ: 10050000

Weitere Adressen:

Hamburg: Medizinische Beratungsstelle für Flüchtlinge und MigrantInnen, WIR-Zentrum, Hospitalstr.109, 22767, Hamburg, Tel. 040/385739,

Bochum: Medizinische Flüchtlingshilfe Bochum e.V., Engelsburger Str. 168, 44793 Bochum, Tel./Fax 0234/9041380

Köln: AG Medizinische Versorgung, c/o Flüchtlingscafé im Allerweltshaus, Körnerstr. 77-79, 50823 Köln, Öffnungszeiten: Dienstag 18 -22 Uhr

München: Café 104 - Beratungscafé für Flüchtlinge und MigrantInnen, Thalkirchenerstr.104, 80337 München, Tel. 089/767 029 64

Bielefeld: Medizinische Flüchtlingshilfe, Teutoburger Str.106 (IBZ), 33602 Bielefeld, Tel. 0521/176711

Bremen: ARAB, Sielwall 38, 28203 Bremen, Tel. 0421/7706444, Fax 0421/7706444

Göttingen: Büro für medizinische Flüchtlingshilfe, c/o Beratungszentrum für Flüchtlinge, Bühlstr.4, 37073 Göttingen, Tel. 0551/55766

Oldenburg: Medizinische Flüchtlingshilfe, c/o Hochschulgruppe ausländischer Studierender (HGAS), AstA der Carl-von-Ossietzky-Universität, 26111 Oldenburg, Tel. 0441/798 26 73

Wiesbaden: Flüchtlingsrat Wiesbaden, Blücherstr. 32, 65195 Wiesbaden, Tel. 0611/49 52 49

Freiburg: Rasthaus, c/o Mietshäuser Syndikat, Adlerstr. 12, 79098 Freiburg, Tel. 0761/ 202 16 71

Nürnberg: Nachbarschaftshaus Gostenhof, Adam-Klein-Str. 6, 90429 Nürnberg, Tel. 0171/ 5470003



Die extreme Rechte formiert sich unter Jugendlichen längst nicht mehr nur in den klassischen Parteien und Organisationen. Zwar findet die Feststellung, dass sie gerade unter Jugendlichen inzwischen mittels kulturellen und sozialen Einbindungen rekrutiert, immer mehr Zuspruch, aber weder deren Wirkmechanismen noch die Bedingungen und Mittel, die dazu notwendig sind, finden Beachtung. Einzig dem Bereich des Rechts-Rock ist in den letzten Jahren mehr Aufmerksamkeit geschenkt worden. Vielleicht wurde dabei aber auch von AntifaschistInnen zu viel Wert auf die Analyse der Texte und zu wenig Gewicht auf die Funktion der Musik bei der Formierung der sozialen Netzwerke gelegt, die durch diese Kultur entstehen. Im folgenden Beitrag sollen die kulturellen Codes, deren Wirken innerhalb der jugendlichen rechten Szenen und vor allem deren Veränderungen thematisiert werden.

Zwischen Mainstream und politischem Bekenntnis

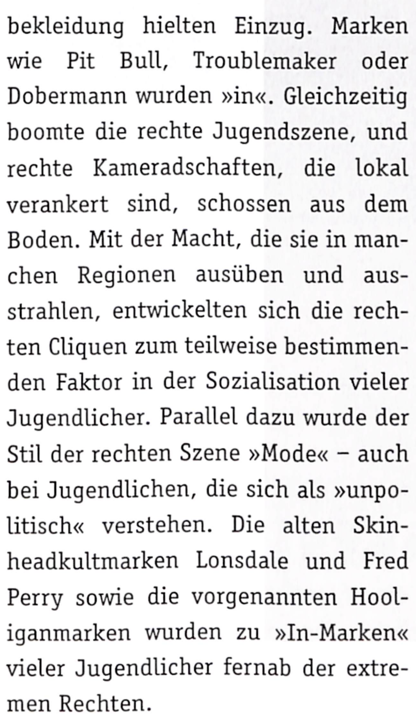
Der Nazis neue Kleider

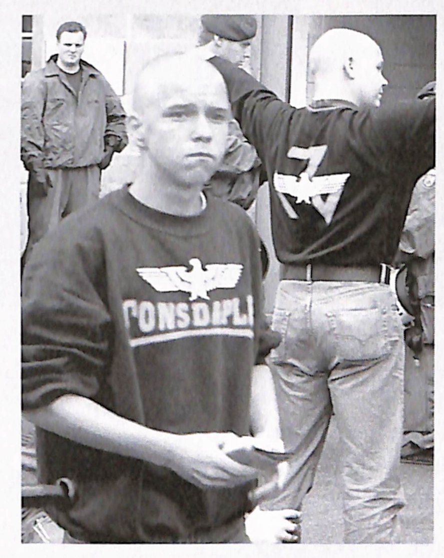
» Bestandteile rechter Jugendkultur

Ihrem Charakter nach sind Jugendkulturen oder Szenen thematisch fokussierte soziale Netzwerke, die die Funktion kommunikativer und interaktiver Teilzeit-Gesellungsformen einnehmen und mittels derer sich die Szene-Mitglieder positionieren und Stellung beziehen. Sie haben eine eigene Kultur: Das heisst eigene Codes, Signale, Embleme, Zeremonien, Attitüden, Wissensbestände und Treffpunkte. Nach außen hin sind es die Bekleidung, die Verhaltensweisen, die Musik, die Tattoos sowie die oft von weiten Teilen der Gesellschaft kaum entschlüsselbaren Codes, die wahrgenommen werden. Mittels dieses Ausdrucks wird sich einerseits nach Außen abgegrenzt, andererseits werden nach Innen Gruppenzugehörigkeit geschaffen und Einstellungen vermittelt. Dabei ist es die Mischung aus Musik, Bekleidung und Codes, die den wahrnehmbaren Gesamtausdruck einer Jugendszene ausmacht. Ist die Bedeutung der Musik für die extreme Rechte in letzter Zeit häufiger thematisiert worden, so trifft dies auf Bekleidung oder Codes kaum zu. Deshalb werden diese im Folgenden in den Mittelpunkt gerückt.

Von Lonsdale zu Consdaple

In der extremen Rechten waren es ab Ende der 70er Jahre die Skinheads, die als Subkultur von Rechts besetzt wurden. Ihre Bekleidung war Ausdruck eines Arbeiter-, Proleten- und Männlichkeitskultes. Es war dieser Stil und sein Ausdruck aus Männlichkeit und Gewalt, der politisch aufgeladen durch Nazibands zu einer Erfolgsstory der extremen Rechten wurde. Mit ihm verbreiteten und etablierten sich einige Bekleidungsmarken wie z.B. die Dr. Martens-Schuhe oder die Boxerbekleidung von Lonsdale. Gerade diese Marke war bei Neonazis besonders beliebt, da innerhalb des Namens die Buchstabenfolge NSDA enthalten ist. In den letzten zehn Jahren veränderte sich die klassische Skinheadmode weiter. Immer mehr Elemente aus der Hooliganszene und Sport-





[1] Jenseits des Skinheadstils: Sven Liebich (rechts) in untypischer Verkleidung und Matthias Münch (Mitte, Herausgeber von »Die Tat«), beide aus Halle/Saale.

bekleidung hielten Einzug. Marken wie Pit Bull, Troublemaker oder Dobermann wurden »in«. Gleichzeitig boomte die rechte Jugendszene, und rechte Kameradschaften, die lokal verankert sind, schossen aus dem Boden. Mit der Macht, die sie in manchen Regionen ausüben und ausstrahlen, entwickelten sich die rechten Cliquen zum teilweise bestimmenden Faktor in der Sozialisation vieler Jugendlicher. Parallel dazu wurde der Stil der rechten Szene »Mode« - auch bei Jugendlichen, die sich als »unpolitisch« verstehen. Die alten Skinheadkultmarken Lonsdale und Fred Perry sowie die vorgenannten Hooliganmarken wurden zu »In-Marken« vieler Jugendlicher fernab der extremen Rechten.

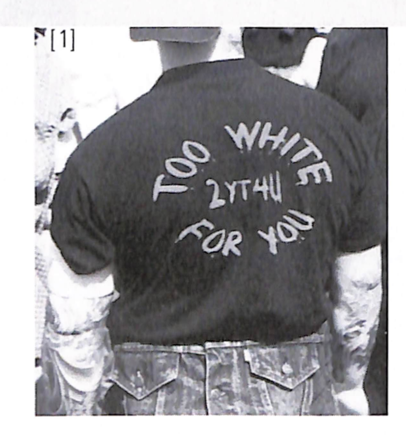
»Hiermit kündigen wir die Zusammenarbeit mit ihrem Versand« lautet ein Schreiben der Firma Lonsdale an neonazistische Versände. Neonaziaufmärsche im Lonsdale-Look passten nicht in die Marketing-strategien des Konzerns. So beendete man die Lieferung an neonazistische Versände - nicht jedoch, ohne Ausweichmarken aus dem eigenen Angebot anzupreisen, was den kommerziellen Charakter der Aktion verdeutlicht. Mit der massenhaften Verbreitung dieser Kleidungsmarken verloren sie für die Szene die Funktion als eindeutiges Erkennungsmerkmal nach Innen. Hinzu kam der wachsende Unmut darüber, dass die Taschengelder der jugendlichen SympathisantInnen nicht in die eigene Kasse flossen, sondern an die neuen »Anti-Rechts-Projekte« der Sportfirmen. In einem Text mit der Überschrift »Nationale Kleider?« lamentieren beispielsweise die anonymen Autoren über ihre alten »Kult-Marken«: Lonsdale setze Zeichen gegen Rechts, Fred Perry würde mit Absicht »dunkelhäutige« VerkäuferInnen anstellen und New Balance sei der »Laufschuh Nummer 1 in Israel«. Selbst Bomberjacken sind für die Autoren auf einmal »die Jacken der Flieger, die (...) Dresden bombardierten«.[1]

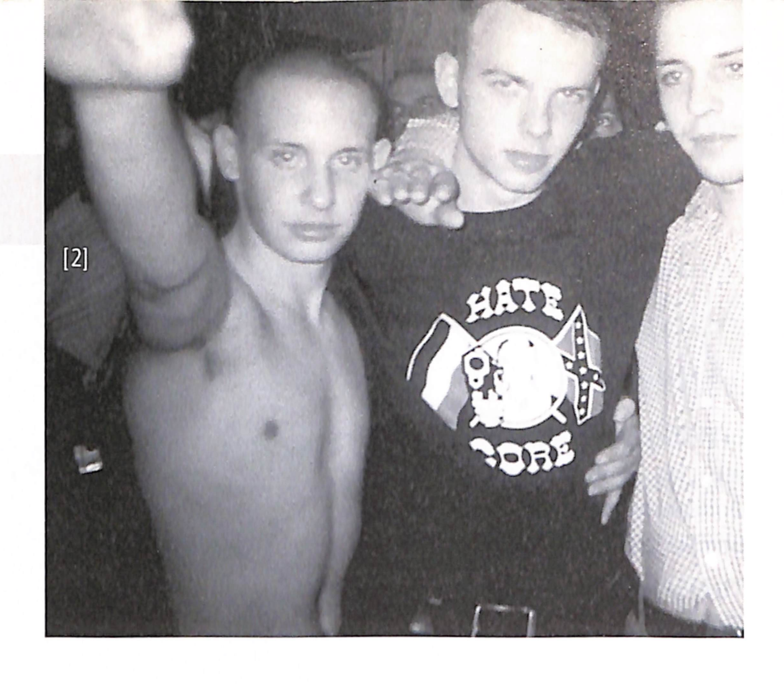
Die Neonazi-Szene reagierte mit der Gründung neuer, eigener und eindeutigerer Marken wie Walhalla und Doberman. Das politische Bekenntnis offen nach außen tragen auch neue Marken wie Patriot und Masterrace.[2] Ebenfalls relativ neu auf dem Markt ist die Marke Consdaple. Im Gegensatz zu Lonsdale enthält sie die gesamte Abkürzung NSDAP. Des weiteren findet sich innerhalb der Nazi-Szene eine massenhafte Verwendung des Boxsport-typischen Designs von Schriftzügen, die sich in der Wortmitte verengen. Doch statt Lonsdale lauten die Aufschriften nun »Nationalist«, »Werwolf«, oder »Kameradschaft«. Aus einiger Entfernung sind sie von ihren Originalen kaum zu unterscheiden. Damit werden gleich mehrere Funktion erfüllt: Die Szene schafft mit den Nazi-Marken intern eine neue Eindeutigkeit und füllt die eigenen Kassen. Nach außen vermittelt sich durch die ähnliche Optik das Bild einer nach wie vor großen und scheinbar einheitlichen Szene. Auch wenn dies oft nur ein optisches Trugbild ist, entsteht durch diese Überschneidung tatsächlich die Gefahr einer Annäherung oder sogar Identifizierung zwischen »politischen« und »unpolitischen« MarkenträgerInnen. Inzwischen ist an einigen Schulen das Tragen von Marken wie »Lonsdale« oder »Pit Bull« verboten worden. Das kann zu einem Solidarisierungseffekt führen, da das Verbot nicht an der politischen Haltung der einschlägigen TrägerInnen, sondern an der scheinbar gemeinsamen Bekleidung - der Form - ansetzt.

Auch wenn einerseits vielerorts eine optische Schnittmenge entstanden ist, so stellt sich doch die Frage, ob die massenhafte Verbreitung eines rechts besetzten Kleidungsstils nicht zur Entcodierung dieser Bekleidung führt. Was passiert, wenn demnächst die ModeratorInnen des bei Rechten verhassten »Multikultisenders« VIVA Lonsdale-Shirts tragen? Bricht der Code dann nicht endgültig in der Beliebigkeit der Postmoderne zusammen? Schon jetzt gehen mit dem Einbruch in den Mainstream ein Verlust von Zusammengehörigkeitsgefühl und ein wachsendes Misstrauen unter »alten Szenegängern« einher. Impulse gingen jedoch nicht nur aus der Skinheadszene in den Mainstream, sondern auch umgekehrt. Inzwischen führt ein Großteil der Neonazi-Szeneversände auch »Girlie-Tops« im Angebot. Körperbetonte Tops mit Spagettiträgern werden hier mit der Symbolik der rechten Szene bedruckt. Die Adaption des modischen Styles eröffnet den Nazis einen neuen Markt.

Der letzte Schrei: Gang Violence und Hatecrime

Selbst der schwarze Kapuzenpullover, einst das Kultbekleidungsstück →





[1] »2YT4U« - mitunter alberne Codes kombinieren Gruppengefühl und politisches Bekenntnis
[2] Hat mit Hardcore - Musik nicht viel zu tun, »Hate-Core« von rechts.

→ der antifaschistischen Jugendszene, ist inzwischen nicht mehr vor der entgrenzten Übernahme durch Rechte sicher. Einige Versände bieten inzwischen Bekleidungsstücke an, die einen »Gangster-Style« nachahmen, der an die Rap- und Hip-Hop-Szene erinnert. In den Aufdrucken »Hate Crime« und »Hatecore«[3] spiegelt sich – kaum codiert – dann die politische Botschaft der extremen Rechten wieder.

Dieser Stil, der scheinbar so gar nicht mit dem »klassischen« Naziskinoutfit der 90er übereinstimmt, wird auf der musikalischen Ebene von der zunehmenden Beliebtheit des sogenannten Hate-Core begleitet. Auch Flammenmotive, die vor allem in der Hardcore- und Rockerszene gebräuchlich sind, werden als Stilmittel aufgegriffen und mit neonazistischen Aussagen oder Symbolen kombiniert. Dieser Stil wird vor allem von ehemaligen Kadern des verbotenen Neonazinetzwerks »Blood & Honour« vertrieben. Führend hierbei ist u.a. der Hatesounds-Versand des ehemaligen B&H-Aktivisten Sven Schneider aus Borkwalde.[4]

Wer heute einen Nazi-Aufmarsch beobachtet, dürfte auch die eine oder andere »Kafiya«, das sogenannte Palästinensertuch, entdecken. Wird damit inhaltlich dem in neonazistischen Kreisen immanentem Antisemitismus Ausdruck verliehen, trägt auch dieses, jahrzehntelang mit linken Antiimperialisten verbundene Tuch zu einem veränderten Erscheinungsbild der Rechten bei. Die Entwicklung auf dem Bekleidungssektor spiegelt die Dynamik der neonazistischen Jugendkultur wieder. In dem Maß, wie inzwischen in immer mehr Szenen – wie in der Dark-Wave und der Black-Metal-Szene - neonazistische Vertreter Fuß fassen, verbreitern und modernisieren die organisatorischen Köpfe der Skinheadszene ihr Angebot. Mittels Codes wird nach Innen immer noch Zugehörigkeit vermittelt, so z.B. durch die Verwendung der Zahl 28 als Bekenntnis zum verbotenen Blood & Honour-Netzwerk.[5] Nach außen können diese Jugendlichen unauffällig und ungestört von Repressalien durch AntifaschistInnen, MigrantInnen oder Sicherheitsbehörden leben. So wird es möglich, sich auch fernab der Nazi-Skinheadszene zum Rechtsextremismus zu bekennen, Gleichgesinnte zu treffen und sich gleichzeitig weiterhin in der bevorzugten Jugendkultur zu bewegen. Wo früher das kulturelle Bekenntnis zur extremen Rechten gleichzusetzen war mit dem Anschluß an die Nazi-Skinheadszene oder dem altbackenem Seitenscheitel, stehen heute eine Reihe weiterer Lifestyle-Angebote offen.

Sind diese Stilangebote auch vom Bild des klassischen Nationalsozialismus weit entfernt, so muß jedem Altnazi auch die Skinheadszene in ihrer Pöbelhaftigkeit und mit ihrer zumeist englischsprachigen Musik ein Greuel sein. Trotzdem entwickelte sie sich zum bedeutenden Faktor im bundesdeutschen Neonazismus.

Genau hingucken

Die stilistische Verbreiterung rechter Jugendkultur birgt die Gefahr, dass hierdurch immer mehr Jugendliche angesprochen werden können und bei der extrem Rechten ein Angebot finden, dass zu ihrem jugendkulturellen Vorlieben passt.

Andererseits verliert die Szene zunehmend ihren gemeinsamen, spezifischen Charakter. Dies könnte ihr den Schwung und den Ausdruck von Stärke und Masse nehmen.

Es wird notwendig sein auf diese Entwicklung aufmerksam zu machen, damit rechtes Denken auch in anderem kulturellen Gewand erkannt und bekämpft werden kann. Vielleicht trägt diese Entwicklung ja auch die Chance in sich, die einfache Gleichung Skinhead = Nazi, die oftmals dem Abwälzen des Problems auf alleinig diese Gruppe dient, zu durchbrechen und zu einem genaueren Blick auf die vertretenen Inhalte zu kommen.

Auf kulturellem Gebiet wird es wichtig sein, sich nicht verwirren zu lassen und weiterhin eine vielfältige Kultur zu entwickeln, die emanzipatorische Inhalte und die Werte einer solidarischen Gesellschaft transportiert. ■

1| »Nationale Kleider« im »Stoertebeker.net« unter http://www20.brinkster.com/stoerti/220102.html
2| Englisch für »Herrenrasse«
3| Hate Crime, Englisch für »Hasskriminalität«, gilt im angelsächsischen Sprachraum generell als Synonym für rassistische Straftaten. Als Hatecore wird von Nazis die rechtsextreme Variante des traditionellen »Hardcore«-Musikstils bezeichnet. Oft findet sich auf den Rückseiten der rechten Klamotten statt »straight edge«, was in der Hardcore-Szene für den Verzicht auf Suchtmittel steht, nur der vielsagende Spruch »politically incorrect« – politisch inkorrekt.
4| s. AIB Nr. 51/ 2.2000, S. 12ff.
5| 28 steht für den 2. und 8. Buchstaben im Alphabet »B« und »H« = Blood & Honour.



Braunzonen Shopping

Jena, knapp 500 Meter vom Rathaus entfernt: Im »Medley«, einem Laden, dessen Schaufenster mit Aufklebern von bei Hooligans, Rechten aber auch vermeintlich unpolitischen Jugendlichen beliebten Klamottenmarken zugeklebt ist, erhält man auf Nachfrage nicht nur die zum Verkauf angebotenen T-Shirts und Kapuzenpullover. Sondern auch Musik von Skrewdriver oder dem kanadischen Neonaziballaden-Sänger Griffin, die der Skin hinter dem Tresen eigens aus einem silbernen Alu-Koffer hervorholt und für 35 D-Mark pro Stück anbietet.

» Das Problem rechter und rechtsextremer Ladengeschäfte ist längst nicht mehr ein regionales, sondern ein bundesweites. Zahlen über rechte und neonazistische Läden finden sich jedoch bislang in keiner offiziellen Statistik. Das liegt zum einen an dem altbekannten Hang der Sicherheitsbehörden zur Verharmlosung von allem, was sich an neuen Trends von Rechts abzeichnet. Zum anderen trägt dazu möglicherweise aber auch ein Phänomen bei, das AntifaschistInnen seit langem beobachten. Im rechten Business herrscht sowohl bezüglich der BetreiberInnen als auch der Räumlichkeiten eine hohe Fluktuation. Zudem ist es schwieriger geworden, einzelne Läden als eindeutig rechtsextremistisch zu bezeichnen, denn die Übergänge zwischen Geschäftemacherei und Propagandaarbeit aus Überzeugung verschwimmen zunehmend.

Ehemalige Kader verbotener Neonazi-Organisationen betreiben ebenso wie vermeintlich unpolitische Geschäftemacher Läden, in denen hauptsächlich Kleidung und Accessoires für den rechten Life-Style verkauft werden. Beinahe nebenbei läuft das Geschäft mit nicht strafbaren Nazi-CDs oder Propagandamaterial über den Ladentisch und unter der Hand mit indiziertem Material. Letzteres ist aufgrund der regional zunehmenden Überwachung durch die Sicherheitsbehörden zwar schwieriger geworden, aber wegen der höheren Gewinnspanne und der ungebrochenen Nachfrage eines anwachsenden »KundInnenkreises« lukrativ und üblich. Die Motivationen, Ladengeschäfte zu eröffnen, die sich durch →



ihr Angebot überwiegend an eine rechte Jugendszene richten, sind vielfältig und unterschiedlich. Herauskristallisiert haben sich in den letzten zehn Jahren mehrere unterschiedliche »Typen«. Da sind einerseits Vertreter der ersten und zweiten Nazi-Skingeneration aus den frühen 90er Jahren, die sich mit eigenem Gewerbe aus »den ersten Reihen« zurückgezogen haben und nun in aller Ruhe Geld verdienen wollen. Sie verfügen meistens noch über gute Kontakte in die Szene hinein und einen entsprechenden »Ruf«. Beides sorgt dafür, dass sie leichten Zugang zu einschlägigen Neonaziversänden haben und dementsprechend neben Kleidung häufig auch deren Musik, Klamottenmarken und Propagandamaterial anbieten. Einige dieser Läden sind zu Kristallisationspunkten für rechte Jugendliche in der jeweiligen Stadt oder der gesamten Region geworden - soziale Orte, wo man Gleichgesinnte trifft und Informationen über Musikneuerscheinungen oder Konzerte erhält. In den seltensten Fällen fliesst der Gewinn, der in diesen Läden gemacht wird, direkt in die Arbeit rechtsextremer politischer Gruppen oder Organisationen zurück. Zumeist dient der Reingewinn dem persönlichen Lebensunterhalt der LadenbetreiberInnen. Festzuhalten bleibt aber, dass beispielsweise im Musikbusiness die Macher der Nazi - Musik durch das Netzwerk der Läden kräftig mitverdienen, Zugang zu einem größeren Absatzmarkt und weniger Aufwand beim Vertrieb haben. Darüber hinaus entsteht - ganz im Sinne des NHB-Konzepts »Schafft befreite Zonen« - ein eigener rechter Wirtschaftskreislauf, der nicht alleine aus »Freiräumen« besteht, sondern auch aus Arbeitsbeschaffungsmassnahmen in der Naziszene für die Naziszene.

Manchmal wird die Eröffnung von Ladengeschäften durch Neonazis auch als Resozialisierungsprojekt verkauft, wie beispielsweise »Hehls World« durch den vorbestraften Neonazi Christian Hehl Ende der 90er Jahre in Ludwigshafen oder bei Carsten Szczepanski, dem brandenburgischen Neonazi, der nach seiner Haftentlassung ebenfalls einen einschlägigen - öffentlich nicht zugänglichen - Laden in Königs Wusterhausen betrieb. Beide mussten wieder schliessen. »Hehls World« aufgrund einer lang anhaltenden Kampagne von AntifaschistInnen[1] und Szczepanskis »Thule«-Laden nach seiner Enttarnung als V-Mann des brandenburgischen Verfassungsschutzes.[2]

Daneben existieren seit einigen Jahren Läden, die von sogenannten unpolitischen Geschäftemachern geführt werden, wie beispielsweise das »Eagle« im sächsischen Pirna, einem der Zentren der neonazistischen Skinheads Sächsische Schweiz (SSS)[3]. Derartige Läden entstehen, weil es in der Region eine entsprechend große Nachfrage nach Accessoires für den rechten Lifestyle gibt und sich damit Geld verdienen lässt. Es gibt immer mehr Geschäfte, die zwar weder »White Power«-Aufnäher noch andere Kleidungsstücke mit offensichtlicher ideologischer Zuordnung verkaufen, in ihrem Angebot aber trotzdem an einem Mainstream in der Jugendkultur orientiert sind, der von Rechts erheblich beeinflusst wurde. In der brandenburgischen Kleinstadt Wittstock beispielsweise, wo Rechte seit knapp einem Jahrzehnt die Hegemonie in der Jugendszene haben, bietet ein völlig bürgerlicher Kleidungsladen ausschließlich die Marken Lonsdale,

1| AIB Nr. 41, November/Dezember 1997, S. 21, »Positive Lebensgestaltung«
2| Berliner Morgenpost 11.7.2000
3| Der »Eagle-Army Shop« ist auch mit einer eigenen Webseite im Internet vertreten. Als Anmelder der Domain »germania-style.de« tritt Dirk Knothe aus Pirna auf.



Pit Bull und Fred Perry an und kann sich damit über Wasser halten. Gemeinsam sind all diesen Läden die breit gefächerten Kundenkreise - von Fussballhooligans, rechts anpolitisierten Jugendlichen über Neonazis bis hin zu ganz »normalen« Jugendlichen. Auch ihre Funktion ähnelt sich: Sie stärken einen rechten Lifestyle, senken die Hemmschwelle zum Zugang zur Neonaziszene und tragen dazu bei, dass »Rechtssein« in vielen Regionen zunehmend als Normalität empfunden wird.

Nachfolgend werden einige regionale Beispiele für die unterschiedlichen Ladengeschäfte des rechtsextremen Lifestyles und ihre Funktionen vorgestellt. Geworben wird im übrigen mit allem, was neue und alte Medien hergeben: Online-Shopping auf Neonaziwebseiten, Hochglanz-Versandlisten oder einfach nur mit kopierten Handzetteln.

Seit 15 Jahren im braunen Geschäft

Einer der ältesten Naziläden überhaupt war das »Halloween« in Berlin. Er eröffnete im Jahr 1987 in West-Berlin und bot von Anfang an neofaschistische T-Shirts, Aufnäher und Fahnen an. 1988 wurden hier bei einer polizeilichen Razzia über 100 T-Shirts mit hakenkreuzähnlichen Aufdrucken und zahlreiche Keltenkreuz-Fahnen beschlagnahmt.[4] Betreiber des Ladengeschäftes »Halloween«-Bekleidung La Roche & Kozmaz waren im Laufe der Jahre die »Einzelkaufleute« Hannes La Roche und Ahmet Kozmaz sowie Ömer-Horst Kozmaz.[5] 1989 wurde bekannt, dass der Halloween-Laden eine LP für die Berliner Skinheadband »The Voice« produzierte.[6] Nach der Öffnung der Mauer eröffneten im Ostteil Berlins weitere Ladengeschäfte, die die rechtsextreme Jugendszene versorgten. Zu den ersten Naziläden zählte hier das »No Remorse« in Berlin-Pankow, der Anfang 1995 in den Bezirk Berlin-Prenzlauer Berg umzog und in Ha-Ra-Kiri umbenannt wurde. Seitdem wird er hier von Henry Harm und Nicole Radicke betrieben. In Berlin-Pankow eröffnete einige Jahre später der Nazi-Laden Andycap, der vor allem durch seine Nähe zur Berliner Kameradschaft Germania auffiel.[7] Eine Schnittstelle zwischen Nazi- und Hool-Szene stellte der Laden »Kategorie C« in Berlin-Hohenschönhausen dar. Zwischen diesem Laden und dem »Halloween« bestanden enge personelle Verbindungen. Die Gewerbeanmeldung lief über die GbR Müller/Kozmaz von Ömer Horst Kozmaz. Er gründete ausserdem gemeinsam mit Ahmet Kozmaz, dem Sänger der Neonaziband »Spreegeschwader« Alexander Gast und Christian Müller eine GbR namens Druckcrew-Berlin. Nachdem es gegen den ehemaligen »Kategorie C«-Betreiber Christian Müller zu Ermittlungsverfahren wegen seinen Verstrickungen in die Hool- und Koks-Szene kam, wechselte der Betreiber und die Nazi-T-Shirts verschwanden aus der Auslage.[8]

Während sich gegen diese Läden immer wieder antifaschistische Kampagnen richteten, blieb das »Halloween« in der Öffentlichkeit weitestgehend unbeachtet, obwohl es einen engen Kontakt zu der Berliner Naziband »Spreegeschwader« gab und deren Sänger Alexander Gast hier zeitweilig arbeitete.[9] Über die Versandliste des Halloween wurde offiziell »Spreegeschwader Merchandising« betrieben[10] und die Internetseiten der Band und des Ladens über Ahmet Kozmaz registriert. Doch die Kundschaft verirrte sich nur selten nach Berlin-Charlottenburg. Obwohl der Laden die gesamte Bandbreite rechten Lifestyles abdeckte und Nazi-CDs und Fanzines vertrieb, kam er in finanzielle Schwierigkeiten. Die Konkurrenz diverser anderer Nazi-Läden, Probleme mit Händlern[11] und die ungünstige Lage machten ihm zu schaffen. Auch der Entwicklung des Nazi-Lifestyles in Richtung Mainstream konnte man nichts abgewinnen. Im Vorwort zum Katalog für das Jahr 2001 beklagen die »Halloween«-Macher: »...wir sind nur ein kleiner Shop und müssen um unsere Existenz kämpfen. Wie gesagt, wir sind nicht 'Otto-Versand' oder 'Neckermann', die ja auch bereits Dr. Martens und Ben Sherman vertreiben!...« Im selben Jahr zog das »Halloween« dann vom bürgerlichen Berlin-Charlottenburg in die brandenburgische Kleinstadt Teltow bei Potsdam, da man sich hier einen größeren Absatzmarkt erhoffte. Inzwischen heisst »Halloween« nun »Nordic Thunder« und verkauft nach wie vor Nazipropaganda.[12] Betrieben wird der »Nordic Thunder« von Simon Wedel.

Die Geschichte des »Halloween« ist ein Beleg dafür, dass es seit über fünfzehn Jahren einen Markt für einen neofaschistischen Lifestyle gibt. Doch sie zeigt auch, dass selbst im Nazigeschäft die harten Regeln des Marktes gelten, wo Faktoren wie Konkurrenz, Händlerlieferungen, Absatzmarkt und Lage eine Rolle spielen.

→

4| Berliner Morgenpost, T-Shirts mit Nazi-Symbolen beschlagnahmt, 8.7.1988
5| Die Tageszeitung (taz), Hausdurchsuchung in Fascholaden, 9.7.1988, Gewerberegister-Auskunft, Januar 2002
6| Fanzine »Clockwork Orange« Nr. 13, Mai 1989
7| Zeitung der Kampagne »Stopp Nazishops« des Antifaschistischen Aktionsbündnis III, Berlin, 2001
8| Broschüre »fight back«, Recherche-Kollektiv, Dezember 2001, Tagesspiegel 26.2.2000, und taz 7.10.2000
9| Vorwort der Halloween-Versandliste Januar 2001
10| Rückseite der Halloween-Versandliste Januar 2000
11| Schlußwort der Halloween-Versandliste Januar 1999
12| Informationen der Antifa Aktion Potsdam (AAPO), Potsdam, 2002



[1] Wernigeröder Neonazis - ganz rechts Marcel Günther

Naziladen als Impulsgeber für die Ostharzregion

Das Angebot des Neonazi-Ladens »Head-Check« im sachsen-anhaltinischen Wernigerode unterscheidet sich kaum von dem anderer »Szene«-Läden - vor allem beliebte Kleidungsmarken, Aufnäher und Schuhe sowie - auf entsprechende Nachfrage - CDs diverser rechtsextremer Bands. Der Laden liegt mitten in der Innenstadt, und wer ihn sucht, erhält im Touristeninformationsbüro der Stadt eine freundliche Wegbeschreibung. Sein Betreiber Marcel Günther kann auf eine längere Szenekarriere zurückblicken. Er gilt als der führende Kopf der städtischen »Kameraden«.

Bis zu ihrem Verbot 1995 existierte in Wernigerode der bundesweit größte Kreisverband der FAP und eine entsprechend große militante Naziskin-szene. Schon damals war Günther mit dabei. Ihm gelang es nach einigen Anlaufschwierigkeiten, die nach dem FAP-Verbot leicht zersplitterte Szene in einem Verein namens Jugendbund e.V. zu organisieren.

Der Jugendbund, der in dem städtischen Jugendclub »Harzblick« beheimatet war, wurde schnell zur Anlaufstelle für musikbegeisterte Neonazis. Von 1997 an gab Marcel aus, das sich als offizielles Organ des Jugendbund e.V präsentierte. Auf der letzten Seite des Harzsturm wurden zumeist Anzeigen des Tattoo-Studios »Digger« aus Halberstadt veröffentlicht. Dieses Studio, das überwiegend von Neonazis frequentiert wird, besitzt inzwischen mehrere Filialen. Der Kontakt zur Szene ist eng und scheint sich auszuzahlen.

Vielleicht fühlte sich Günther dadurch motiviert - jedenfalls eröffnete er am 25. März 2000 in Wernigerode zusammen mit einem Compagnon seinen eigenen Laden »Head-Check«. Bei der Eröffnung mit dabei war auch die bekannte Nazi-Band »No Alibi« aus den USA, die wohl zwecks Auftritt in der Nähe in der Stadt war.

Günther bastelt im übrigen auch an einer eigenen Karriere als Neonazi-Musiker; seit 1994 ist er Gitarrist der Wernigeröder Band S.E.K. (Skinhead Einsatzkom-mando) und verfügt über beste Kontakte in die rechte Musikszene. Das »Head-Check« hat nicht zuletzt durch die Person Günther eine ausgeprägte Anziehungskraft in der Region und fungiert immer wieder als Impulsgeber für die regionale rechte Jugendszene. Inzwischen bietet die Internetpräsenz des Ladens auch einen eigenen Online-Shop an.

Mecklenburg-Vorpommern: Eine logische Entwicklung

Anklam, seit zehn Jahren Hochburg rechtsextremer und neonazistischer Skinheads im nordöstlichen Vorpommern, verfügt mittlerweile ebenfalls über einen eigenen Neonaziladen. Schräg gegenüber von der Marienkirche im Herzen der Stadt, leuchtet PassantInnen das gelbe Ladenschild des »New Dawn« entgegen. Unter den Jugendlichen wird der Laden einfach nur »Pitbull« genannt. Hier sind die einschlägigen Kleidungsmarken sowie Rechtsrock-CDs im Angebot. Ladenbetreiber Markus Thielke gilt als Mitglied des »Kameradschaftsbunds Anklam« (KBA). Dementsprechend halten sich in der Stadt hartnäckig Gerüchte, dass von hier aus des öfteren Flugblattverteilaktionen des KBA ausgingen. Inzwischen ist der Laden zwei Häuser weiter in neue, größere Räume gezogen. In einer Region, in der rund 30 Prozent aller Jugendlichen zwischen 16 und 25 Jahren über ein verfestigtes rechtes Weltbild verfügen, war die Eröffnung des »New Dawns« eine logische Entwicklung. Schließlich fanden in der Nähe von Anklam im Dorf Klein Bünzow Mitte bis Ende der 90er Jahre einige der größten und »härtesten« Blood & Honour-Konzerte jener Jahre





statt. Aus der Kooperation zwischen der Berliner Blood & Honour Sektion und regionalen Neonazikadern bei der Organisierung der Konzerte entwickelte sich 1996 schließlich eine eigene Kameradschaft, der »Kameradschaftsbund Anklam«. Nachdem das Geschäft mit den Konzerten in Klein Bünzow 1998 ein Ende fand, wurde nach neuen Einnahmequellen und nach einer Absicherung für die Aktivisten gesucht.[13] Die Eröffnung eines Ladengeschäfts, dessen Kundschaft aus der gesamten Region Uecker-Randow anreist, war abzusehen. Das »New Dawn« ist mittlerweile fester Bestandteil eines etablierten regionalen rechtsextremen Angebots. Ähnliches gilt auch für das »Boots and Braces« in der Bahnhofspassage von Stralsund. Dessen Betreiber Sven Faltermeyer war bis zum Verbot im Sommer 2000 Chef der Blood & Honour Sektion Pommern und verfügt über entsprechend gute bundesweite Kontakte.

Ein riesiger Markt: Brandenburg

Auch in Brandenburg existieren umfassende Strukturen, über die Bedarfsartikel für die Szene ihre Käufer auch in den abgelegensten Gegenden finden. Neben privaten Kontakten und zahlreichen Bestellmöglichkeiten über Internet- und Mailorderversände wie »Hatesounds« aus Werder bei Potsdam sind es vor allem Bekleidungsgeschäfte, über die sich die rechte Szene versorgt.[14] Diese können mittlerweile in vielen Kleinstädten existieren, da ihr Angebot vordergründig auf den kulturellen Mainstream zielt und mit dem Bedarf der rechten Jugend mindestens kompatibel ist. Je nachdem wie eng die Betreibenden dieser Läden an die organisierte Szene gebunden sind, erweitert sich das Sortiment politisch eindeutig. Dabei handelt es sich meist um Zugehörigkeits- und Identifikationssymbole sowie szeneeigene Bekleidungsmarken, oft auch um Tonträger und Fanzines, seltener um politisches Propagandamaterial. Neben dem bereits erwähnten »Nordic Thunder« in Teltow gibt es beispielsweise in Belzig den Laden »Champ« und in Groß Kreutz den »US-Shop« von Andreas May, der im Sommer 2001 an seinem Marktstand in Wittstock auch indizierte Neonazi-CDs unter der Hand verkaufte. May hatte zuvor in Brandenburg a.d.H. das »Greenland« betrieben, das er allerdings nach einer Kampagne von AntifaschistInnen und nachfolgenden behördlichen Ermittlungen schliessen musste. Auch in der Landeshauptstadt Potsdam erhalten KäuferInnen im Stadtteil Babelsberg im »Union Jack« von Danny Prange unterm Ladentisch fast das komplette Sortiment des aktuellen Katalogs des Neonaziversands »Hatesounds«. Ladenbetreiber Prange hat in der Szene einen einschlägigen Ruf: Er war unter anderem 1994 an einem brutalem Überfall auf ein alternatives Kulturzentrum in Potsdam beteiligt und galt als Stützpunktleiter der NF-Nachfolgeorganisation Direkte Aktion Mitteldeutschland/JF in Beelitz/Michendorf.[15] 1998 gehörte Prange zu den Kunden des mittlerweile eingegangenen Nibelungen-Versandes von Jens Hessler in Lingen und bestellte dort indizierte Neonazi-CDs. Damals wickelte er seine Geschäfte noch von seinem Privatgrundstück in Wilhelmshorst ab.

Seitdem AntifaschistInnen im Winter 2001 eine Kampagne gegen das »Union Jack« begonnen haben, wehrt sich Prange massiv - und angesichts seines Laden-Sortiments wenig überzeugend - gegen das Label »Neonazi«. Offensichtlich fürchtet er um seinen »breit gefächerten Kundenstamm, von hools, Punks, Oi-Skins, Techno- und Otto-Normalverbraucher die sich mit Schuhen, Hosen, Sweats und Jacken (...) Einkleiden.«[16]

13| ... in der Mitte angekommen - rechtsextremismus und gesellschaftliche gegenaktivitäten in mecklenburg-vorpommern, »no-go-area mecklenburg-vorpommern«, S. 54, u. »das war ein gutes geschäft: rechts-rock in klein bünzow«, s. 52 - 63

14| Hatesounds gehört nur eineinhalb Jahre nach der Gründung zu den bundesweit führenden Neonazi-Versänden und wird von dem ehemaligen Blood & Honour Aktivisten Sven Schneider aus Borkwalde bei Potsdam betreut.

15| Junge Welt 21.7.95

16| »Union Jack Potsdam - Stellungnahme zum Vorwurf des Vertreibes von 'Nazipropaganda' von Danny Prange, Anfang Dezember 2001, Schreibfehler im Original.

→

[1]



[1] Werbung des Backstreetnoise - Laden und Versand

Schwarze Sonne über Sachsen

In dem Bundesland mit der zahlenmässig grössten und stylemässig ausdifferenziertesten rechten Jugendszene existiert seit vielen Jahren ein entsprechend breit gefächertes Angebot von Läden, denen oftmals eigene Vertriebe angeschlossen sind. Nachfolgend dargestellt werden daher nur einige ausgewählte Beispiele, die die Spannbreite deutlich machen.

Seit nunmehr zwei Jahren existiert beispielsweise in Chemnitz der Laden »Backstreetnoise«. Alleiniger Verantwortlicher dieses offiziell als Großhandel für Tonträger, Bekleidung und Fanartikel laufenden Ladens ist Hendrik »Laschi« Lasch. Der Neonazi engagierte sich in der Vergangenheit in der Gruppe Chemnitz Concert 88, die Mitte der 90er Jahre in Sachsen zahlreiche Neonazikonzerte organisierte.[17] Gegen einen seiner damaligen Kompagnons, Jan Werner, wird derzeit wegen des Vertriebs von CDs der Bands Landser ermittelt.[18] Auch Lasch bestellte zeitweise mit Vorliebe indizierte Nazimusik, beispielsweise die Produktionen der in den 90er Jahren führenden Berliner Neonaziband »Macht und Ehre«. Die erste CD »Neue Zukunft« von deren Nachfolgeprojekt »Schwarzer Orden« produzierte er dann gleich selbst mit dem Musiklabel »PC Records«, das auch zum »Backstreetnoise« gehört. Vom sächsischen Nazi-Fanzine »Foier Frei« kommt der Betreiber des »Sonnentanz«-Ladens in Aue.[19] Das dort ansässige Bekleidungsgeschäft gehört Michael Probst, der bereits 1992 für das indizierte Fanzine »Sachsen Glanz« verantwortlich zeichnete.[20] Parallel dazu war Probst Texter und Sänger der Band »Kroizfoier« und wurde deswegen im Sommer 1993 zu 18 Monaten auf Bewährung verurteilt.[21]

Im Internet bewirbt der an den Laden angeschlossene »Sonnentanz«-Versand seine Partner und Unterstützer, darunter auch weitere Läden wie das »Outlaw« in Altenburg, »Checkpoint« in Borna sowie das »Tattoo-Maniac« in Altenburg.[22]

Auch in Ostsachsen kann sich die Szene nicht über mangelnde Angebote beklagen: Beliebter Anlaufpunkt ist dort beispielsweise ein Armyshop namens »Skinware« in Kamenz, der von Olaf Holbrock betrieben wird. Klickt man im Internet das Angebot des Ladens an, wird man auf den Blitz-Versand in Pulsnitz verwiesen.[23] Auf dessen Homepage finden sich dann neben dem gängigen Neonazi-CD-Angebot auch Berichte von Ereignissen rings um den Versand, wie beispielsweise eine Razzia bei den Versandbetreibern Olaf Hobrack und Gunther Lotze am 17. Januar 2002, bei der die Polizei ein Geschäft und das Lager nach CDs der Bands Ultima Thule und Nordic Thunder durchsuchte. Auch Hobracks Partner beim »Blitz«, Gunther Lotze, ist seit einigen Jahren im braunen Geschäft: Er betrieb in den 90er Jahren u.a. in Dresden den Military-Laden »Apache«, der ins Gerede kam, weil der Laden in der Vergangenheit öffentlich 1000 D-Mark Kopfgeld auf »Graffitizecken« aussetzte.

Während die oben genannten Laden- und Versandbetreiber der NS-Szene zuzurechnen sind, existieren in Sachsen natürlich jede Menge Läden, bei denen rein finanzielle Interessen im Vordergrund stehen, wie beispielsweise beim »Rascal« in Chemnitz. Dessen Angebot ist dennoch eine wahre Fundgrube u.a. für die neonazistische Subkultur. Immer wieder finden sich in Neonazi-Kreisen Hinweise auf den Laden. Auch in der extrem rechten Darkwave-Szene, etwa im November 2001 bei einem Camerata Mediolanense-Konzert, wurde fleißig verkauft.[24]

17| Zum Umfeld dieser Gruppe zählte auch Ralf »Manole« Marschner (vgl.: Blood&Honour, Nr.3, 1997, S.7: Konzertbericht), der heute in Zwickau den Laden »The Last Resort« betreibt und Frontmann der Nazi-Band Westsachsengesocks ist (Doitsche Offensive, Nr.7, o.J., S.10).
18| s. AIB Nr.54, 1/2002, »Neun Jahre Begleitmusik zu Mord und Totschlag«
19| Über das alte Postfach des »Foier Frei« vertreibt inzwischen das Neonazilabel »Endzeit-Klänge« neben selbst produzierter Musik auch eine eigene Klamottenkollektion.
20| BpjS-aktuell, Nr.4, 2001, S.40.
21| Kreuzfeuer, 1998: Zurück, um zu verletzen (Booklet). Probst verließ die Band im Zuge des Prozesses.
22| Der Anmelder der Homepage, Thomas Majewski, ist als Webmaster der Band Kreuzfeuer erreichbar.
23| Dieser Versand kann als Nachfolger des K.d.F. (Kult durch Feines)-Versand bezeichnet werden, der einige Jahre lang die Szene mit neonazistischen Klamotten belieferte.
24| Monitor Nr. 3, 2001



[1]

[1] Verkaufsraum des Ranger Streetwearshop
NPD-Aktivisten und Geschäftsinhaber Doris [2] und Alfred [3] Zutt



[2]

Im Westen: Aus Angst scheinbar unpolitisch

Auch in Nordrhein-Westfalen lockt die unvermeidliche Mischung aus Musik und Klamotten das einschlägige Klientel. Im westfälischen Haßlinghausen ist seit 1997 der Ohrwurm Tonträgerversand aktiv. Schon in der Anfangszeit bestand das Angebot des von Marcel Ingignoli gegründeten Versandes aus CDs, T-Shirts mit rechten Motiven, Fahnen, Fanzines und der szenetypischen Bekleidung. Ab 1999 betätigte sich Ingignoli als Produzent von Rechts-Rock: Bei »Ohrwurm Records« erschienen seitdem über 30 CDs und LPs mit Bands wie »Endlöser« oder »Hauptkampflinie«. Auch internationale Neonazimusikgrößen wie Celtic Warrior aus England oder Pluton Svea aus Schweden veröffentlichten hier.

Neben den hart rechten Bands produzierte das Label auch die Gelsenkirchner »Koma-Kolonne«, die textlich unpolitisch daherkommt und mit ihren Sauf- und Skinheadliedern auf die gesamte Skinhead-Szene zielen.

An breitere Kundenkreise richtet sich auch das von Inginoli im nahen Ennepetaler Stadtteil Milspe eröffnete Ladengeschäft »Ranger Streetwear & Piercing Studio«. Ein Zusammenhang zwischen dem Laden und dem Ohrwurm-Versand ist zunächst nicht ersichtlich, da im Laden keine offensichtlich rechten Waren angeboten werden. Hier findet man das komplette Bekleidungssortiment - Schuhe, Jacken und Sweatshirts - diverser Kultmarken der Skinheadszene und vor allem die von Ingignoli selbst produzierte Marke »Working Class Streetwear«. Wer jedoch bei »Ohrwurm Records« bestellt, soll seine Ware auch schon mal beim Ranger Streetwearshop abholen können. Offenbar wird hier versucht, aus Angst vor antifaschistischen Kampagnen und gesellschaftlicher Stigmatisierung die offen rechten Aktivitäten des Musikversandes und den Laden auseinanderzuhalten. Trotzdem gehören beide Geschäfte nicht nur strukturell zusammen, sondern ergänzen sich auch inhaltlich. Auch die nicht auf den ersten Blick als rechts zu verortende Bekleidung stärkt eine Szene, die mit rechten Inhalten assoziiert wird.

Ost wie West: Auch die NPD mischt mit

Seit August 1998 existiert im hessischen Ehringshausen (Lahn-Dill-Kreis) der Neonazi-Gemischtwarenladen »Zutts Patriotentreff«, betrieben vom NPD-Funktionärsehepaar Alfred und Doris Zutt. Letztere sitzt auch im Bundesvorstand der Neonazipartei. Mit der »nationalen Geschäftseröffnung«, so die Deutsche Stimme, sah die NPD die Möglichkeit, die »regionale Marktlücke« für die große regionale Neonazi- und Skinheadszene zu füllen.[25] Auch wenn das Ehepaar Zutt rund 20 Jahre älter als seine durchschnittlichen Kunden ist, gibt es keine Berührungsängste. Nach mittlerweile vier Jahren hat sich der Laden in Ehringshausen, wo die NPD seit der letzten Kommunalwahl im Sommer 2001 trotz eines Rückgangs der Wählerstimmen von 22 Prozent auf 8 Prozent immer noch im Stadtrat vertreten ist, längst zu einer regionalen Anlaufstelle für Rechte aller Couleur entwickelt. Das Haus der Zutts wurde auch schon als Treffpunkt vor Demonstrationen genutzt. Dass es den Rechten immer noch möglich ist, trotz Gegenwehr aus dem Ort, diesen Treffpunkt zu erhalten, ist auf den Zusammenhalt und das Selbstbewusstsein der örtlichen Szene zurückzuführen.



[3]

Im November 1999 eröffnete das braune Ehepaar auch eine Filiale in der mecklenburgischen Kleinstadt Waren. Das Angebot in der »Schutzzone für Deutsche« ähnelt dem in Ehringshausen. Neben »Ku-Klux-Klan«-Kapuzenpullovern, »White Power« Aufklebern und Rechtsrock-CDs des NPD-eigenen Versands

25| AIB Nr. 48/Juli-August 1999, »Naziladen unter Druck«, S. 35

→

[1]



[1] Profitieren vom Rechten Lifestyle - Die Mitarbeiter des Deutsche-Stimme-Verlags



→ »Pühses Liste« findet sich hier auch rechte Literatur. Das Geschäft ist eindeutig auf Ideologieverbreitung und Parteiwerbung ausgerichtet - auf dem Ladentresen finden sich die neuesten Propagandapostillen der NPD. Ähnlich wie in Ehringshausen mischt sich Doris Zutt auch in Waren in die Kommunalpolitik ein.

Mal mit Drohungen wie im Sommer 2000, nachdem angeblich zum fünften Mal hintereinander die Schaufenster des Patriotentreffs zu Bruch gegangen waren. In einem offenen Brief schrieb Zutt damals; »Bisher waren unsere Jugendlichen brav und anständig. Aber jetzt reicht es. Ich garantiere für gar nichts mehr.«[26] Oder ein Jahr später mit einem Angebot an die Stadtverwaltung, das Ladengeschäft aufzukaufen, um in die Innenstadt umziehen zu können. Sollte sich die Stadt weigern, drohte Doris Zutt damit, in dem Haus in der Mozartstraße ein Schulungszentrum und die Kreis- und Landesgeschäftsstelle der NPD einzurichten.[27]

Ähnlich wie in Ehringshausen nehmen auch in Waren rechte Propagandadelikte und Gewalttaten zu. Begünstigt wird dies, weil die politischen Verantwortlichen in Waren sich immer noch weigern, das Problem offensiv zu benennen. So wurde die Gründung einer NPD-nahen Schülerinitiative an einer Warener Schule im Sommer 2001 schlichtweg ignoriert. Auch der Angriff auf einen Flüchtling aus Togo am 17. Januar 2002 durch einen 19jährigen Rechten, dessen Mitgliedschaft in der NPD vom örtlichen Kreisverband bestritten wird, stieß kaum auf Reaktionen.[28]

Auch der parteieigene »Deutsche Stimme-Verlag« profitiert seit geraumer Zeit von dem Geschäft mit dem Nazi-Lifestyle. In den Räumlichkeiten des Deutschen Stimme-Verlags befindet sich seit dem Umzug der NPD-Propagandapostille in die sächsische Kleinstadt Riesa ein gleichnamiger Laden.

In dem 132seitigen Vierfarbhochglanzkatalog, dessen Angebot im Laden verkauft wird, wird deutlich, dass bei der NPD Geldmacherei keine Grenzen kennt: Vom Parfüm »Nationalist – der herbe Duft vom grossen Reich« über Rechtsrock bis hin zur eindeutigen Neonazikleidungsmarke Consdaple wird mit allen Insignien neonazistischer Identität Geld verdient. Als WerbeträgerInnen posierten im aktuellen Katalog ein zehnköpfiges DS-Verlags-Team, darunter auch die NPD-Kader Holger Apfel und Jens Pühse.

Was tun?

Der Trend in der extremen Rechten hin zu eigenen Läden, Versänden und Geschäften aller Art hält bislang unvermindert an, nicht zuletzt angesichts der zunehmenden Bedeutung derartiger Kristallisationspunkte - insbesondere im Vorfeld staatlicher Verbotsmassnahmen - und der guten Verdienstmöglichkeiten. Wichtig für AntifaschistInnen erscheint vor allem, dass Kampagnen gegen derartige Läden auf sorgfältig recherchierten Informationen und Einschätzungen beruhen müssen und das Umfeld der Läden einbeziehen sollten - angefangen von NachbarInnen, Bürgerinitiativen im jeweiligen Stadtviertel bis hin zu Druck auf kommunale EntscheidungsträgerInnen.

Dabei bedarf es oft eines langen Atems; insbesondere wenn auf den kurzfristigen Erfolg einer Ladenschließung die Neueröffnung im Nachbarort folgt. ■

26| Frankfurter Rundschau, 12. Oktober 2000, »Nette Leute im braunen Freiraum«
27| Offener Brief von Doris Zutt, August 2001
28| Nordkurier Online vom 17. Januar 2002

Veni Vidi Vici ... Zwangsarbeiter Stiftung auf der Flucht vor KritikerInnen

Am 6. März 2002 plante der ehemalige brandenburgische Justizminister Hans Otto Bräutigam als Vorstandsmitglied der Stiftung »Erinnerung, Verantwortung und Zukunft« im Einstein Forum Potsdam die »rechtlichen, politischen und moralischen Aspekte der Ausgleichszahlungen (sic!)« an ZwangsarbeiterInnen zu erörtern, ohne aber die Abwehr von Ansprüchen der Überlebenden zum Thema machen, die der deutsche »Almosenfond« de facto betreibt. Irritiert zeigten sich Veranstalter und Gäste, als ca. zehn Leute dem Publikum ein Transparent entgegenhielten: »Vom Täter zum Wohltäter - Die Deutschen zahlen heim«. Als die »Störenfriede« kurzzeitig attackiert und das Transparent heruntergerissen wurden, tönte es »Keine Gewalt« und 15 weitere »Störer« im Publikum unterstützten die Rufe durch rhythmisches Klatschen. Inzwischen hatte einer der Antifas mit einem Vortrag begonnen. Das vorangestelltes Adorno-Zitat packte eine Zuhörerin an ihrer bildungsbürgerlichen Ehre. Mit Verve zitierte sie Julius Cäsar und musste nach drei Zeilen verlegen abbrechen. Veni vidi vici? Mitnichten! Als auch das Einspielen eines Madonna-Songs weniger zum Abbruch der Aktion führte, sondern dieser vielmehr ein gewisses Pathos verlieh, gaben die Veranstalter entnervt auf. Der anwesende Polizeipräsident von Potsdam, Detlef von Schwerin, bot ihnen Exil im gegenüberliegenden Präsidium an – unter Ausschluss aller verdächtigen Elemente. Ob die Veranstaltung im Vernehmungszimmer oder gleich in einer Sammelzelle stattfand, ist nicht bekannt. ■

»White Power« mal anders

Am 29. Dezember 2001 versuchten ca. 150 Neonazis »gegen die Verharmlosung von Kinderschändern« in Trier zu demonstrieren. Angemeldet wurde die Demo von NPD-Kader Andreas Traxel und dem NPD-Landesvorsitzenden Phillip Valenta aus Trier. Bis 14 Uhr mussten die meist jungen Neonazis aus dem Bereich Trier und dem Saarland bei klirrender Kälte auf dem Trierer Bahnhof ausharren. Die Polizei konnte aufgrund der 500 GegendemonstrantInnen nur unter massiven Problemen die Demonstrationsroute nach mehrmaliger Umstellung freigeben. Da Trier an diesem Tag das seltene Privileg einer 5cm dicken Schneedecke genoß, flogen etliche Schneebälle in Richtung der frierenden Nazi-Glatzen. Die aufgebaute Lautsprecheranlage gab nach wenigen Metern dank der treffsicheren AntifaschistInnen den Geist auf. Verzweifelte Versuche des NPD-Ordnerdienstes, die Schneebälle abzuwehren blieben genauso erfolglos wie die »Schildkrötentaktik«, sich mit Transparenten und NPD-Schildern vor dem Schneeballhagel und den beigemischten Apfelsinen und Eiern zu schützen.

Dank eines breiten Bündnisses vom »Trierer Bündnis gegen Rechts«, lokalen AntifaschistInnen und internationaler Beteiligung von »dei Lenk« aus Luxemburg erlebte Trier unter dem Motto »Wir stellen uns quer« die »Rekord-Schneeballschlacht in Triers Geschichte« (lokale Presse), wobei es nur einen Verlierer gab. Selbst die eher konservative Presse bezeichnete die Demo als »eher peinlichen Aufzug der Teenie-Glatzköpfe«. ■

AntifaschistInnen behindern Naziaufmarsch

Am 23. Februar 2002 marschierten ca. 120 Neonazis der freien Kameradschaften in Salzwedel »Gegen linken Terror«. BürgerInnen hatten dazu aufgerufen, die Nazis zu begleiten und unter dem Motto: »Helau statt Heil« lächerlich zu machen. Bereits im Vorfeld hatten Unbekannte einen riesigen Haufen Mist am Treffpunkt der Nazi-Demo abgeladen. Die Polizei musste den Zug der Rechten anschließend gewaltsam durchsetzen, da Antifa-schistInnen versuchten, die Straße zu blockieren. Währenddessen wurden auf der Route der Nazis mehrere Fässer Gülle ausgekippt. So wurde der Aufmarsch gegen 12.30 Uhr beendet. Gegen-demonstrantInnen attackierten die Nazis mit Flaschen und Feuerwerkskörpern und zogen als Spontandemo zum Bahnhof. Dort wurden Baumstämme auf die Schienen geräumt, um die rechten Demonstranten selbst bei der Abreise noch zu behindern. Auch diese Blockade wurde von der Polizei beendet. Vom »Helau statt Heil« blieb noch der Kehr-Aus, bei dem 400 BürgerInnen mit Besen gerüstet die Stadt »reinigten«. ■

Zivilcourage in Ludwigslust

Vom 4. bis 16. Januar 2002 gastierte in Ludwigslust die Wanderausstellung »Neofaschismus in der BRD« und das »Aktionsbüro Norddeutschland« rief dazu auf, deren Eröffnung zu stören. Am Eröffnungstag erschienen daher auch 50 AntifaschistInnen, um bei Bedarf den Nazis Einhalt zu gebieten. Die BetreiberInnen des Veranstaltungsortes gestatteten dem Nazi-Ehepaar Annemarie und Klaus Bärthel (Kameradschaft Ludwigslust und Vertreiber des Naziblattes »Zentralorgan«) zwar zunächst den Zutritt, jedoch bekamen beide zu spüren, dass sie unerwünscht waren. Weitere Nazis, unter ihnen der Hagenower Jürgen Witt (Vorsitzender des Vereins »Freie Deutsche e.V.«) erschienen umsonst. Die Antifas setzten die oft eingeforderte Zivilcourage selber um: Während sich die kommunalen Verantwortungsträger profilierten und die örtlichen »Schüler gegen rechts« wegen der Nazi-Anwesenheit aus Angst ihre Vorstellung verweigerten, wurden die Nazis des Platzes verwiesen. Wie auf deren Internetseiten zu lesen war, verloren die Bärthels auf dem Heimweg noch Mütze und Einkaufsbeutel. Dass die Nazis völlig überfordert waren und mit direktem Widerstand nicht rechneten, zeigt deren Gejammer über eine »Menschenjagd« auf »Nationale«. Um auf ein »Komplott« der Veranstalter mit der »gewalttätigen« Antifa hinzuweisen, veranstalteten Bärthel und der NPD-Kreisvorsitzende Stefan Köster einen unbeachteten Info-Tisch. Für den 11. Mai hat Klaus Bärthel eine Demonstration gegen »die Kumpanei zwischen Staat und Antifa-Banditen« angemeldet. Im norddeutschen Plön wurde die Ausstellung hingegen von Nazis geklaut. ■

Rechtsdominiertes Outfit auf den Dörfern



Unter dem Einfluss von Kadern der »Freien Kameradschaften« und der westfälischen Sektion von »Blood & Honour« gründete sich in Schaumburg im Jahr 2000 eine Kameradschaft. Die Basis war ein rechter Mainstream, der nicht nur im Osten sondern auch in einigen ländlichen Regionen des Westens vorherrscht. Wir sprachen mit einer Gruppe vor Ort.

Interview mit Antifas aus Schaumburg

» *AIB: In Schaumburg wurde in letzter Zeit eine Kameradschaft aufgebaut. Ist das richtig?*

Antifa: Die Nazis nennen sich hier »Nationale Aktionsfront« (NAF). Nach unserer Einschätzung ist Markus Winter der Anführer. Er wurde im Knast politisiert. Als er rauskam, hat er die NAF gegründet. Die Kameradschaft wird mehr und mehr strukturiert und unterstützt von Bernd Stehmann. Das ist ein Führungskader der »Freien Kameradschaften«, der hier und in der Region Ostwestfalen mehrere Gruppen aufbaut und anleitet.

AIB: Was hat sich dadurch für Euch verändert?

Antifa: Von der NAF wird sehr viel Propagandamaterial verteilt. In den letzten beiden Jahren vor allem Rudolf Hess-Plakate ohne Ende, in ganz Schaumburg. Unterstützt wurden sie dabei vom Stützpunkt der »Jungen Nationaldemokraten«. Die NAF verteilt auch viel Nazipropaganda an den Schulen. Das ist die politische Propaganda. Auf der anderen Seite ist die Gewalt ziemlich stark angestiegen. Leute, die links aussehen, oder vermeintliche Antifas wurden angegriffen. Das hat sich aber geändert, weil es wohl einen Überfall auf eine Nazi-Wohngemeinschaft in Steinbergen gab. Danach war es erst mal deutlich ruhiger. In Steinbergen war auch die Dorfbevölkerung von den Nazis eingeschüchtert.

AIB: Welche Dimension hat die Bedrohung und Gewalt der Nazis?

Antifa: Das war schon organisiert. Die sind in ganz Schaumburg rumgefahren, um bestimmte Häuser anzugreifen bzw. Fensterscheiben bei Elternhäusern einzuwerfen, wo die Nazis dachten, dort würden AntifaschistInnen wohnen. Bei mehreren Häuser wurde mit Zwillen auf Türen und Fenster geschossen. Auf ein Haus wurde sogar ein Brandanschlag mit einem Molotowcocktail verübt.

AIB: Haben die Nazis im Landkreis eine Infrastruktur, Läden oder Versammlungsräume?

Antifa: Es gibt Kneipen, wo sie sich treffen und Wohngemeinschaften. Außerdem haben sie eine eigene Internetseite.

AIB: Hier in der Region existiert ein neofaschistisches Tagungshaus, das »Collegium Humanum«. Hat das eine Funktion für die Szene?

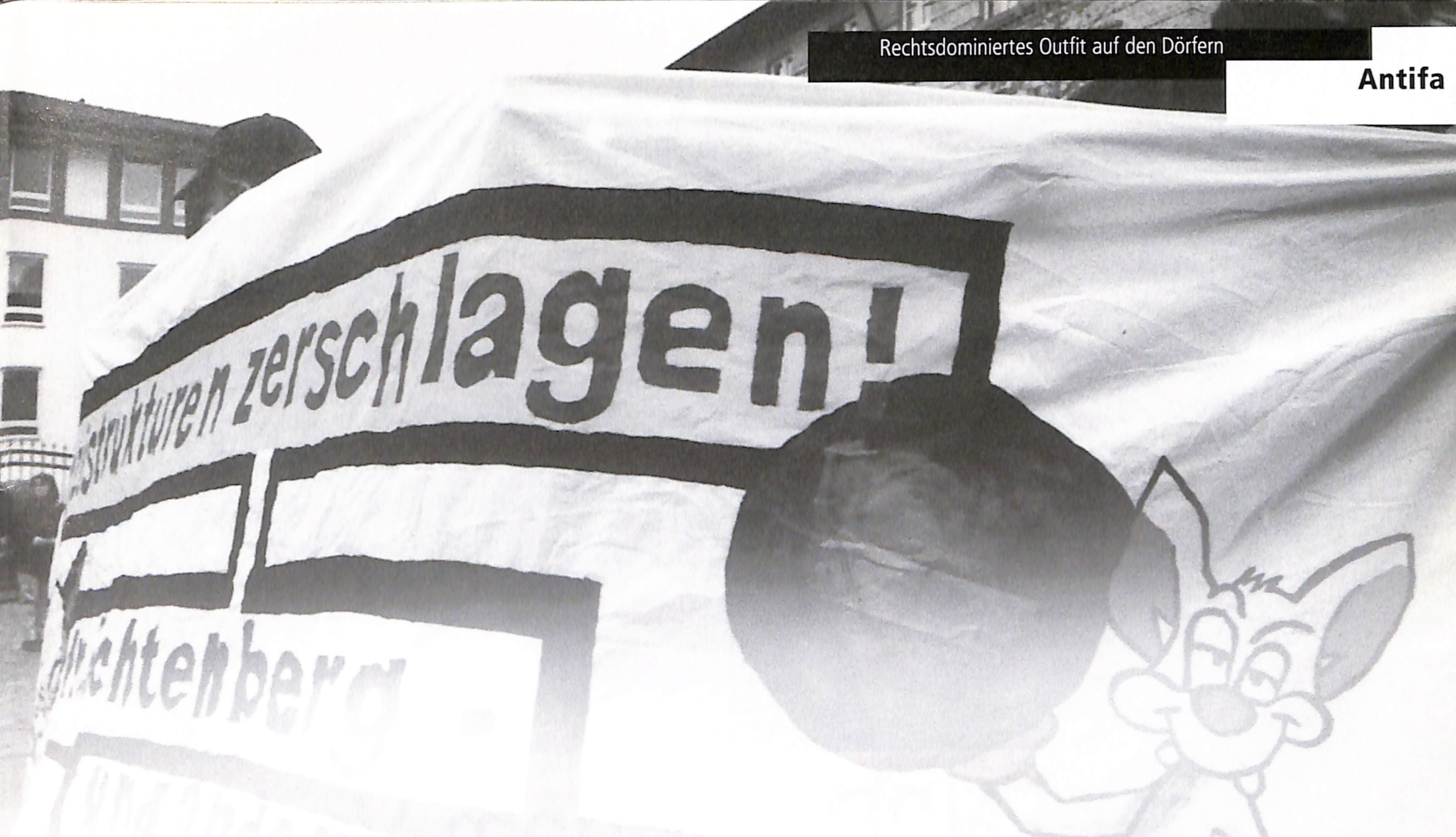
Antifa: Unsere Einschätzung ist, dass das Collegium eine wichtige Adresse ist, auch für militante Nazis wie Bernd Stehmann oder Meinhard Otto Elbing. Dort findet ein Austausch statt, zwischen der sogenannten »Neuen Rechten« bis hin zur militanten Rechten. Im Collegium haben auch schon Nazikonzerte stattgefunden. Aber wichtiger ist es als ideologisches Zentrum. Auch für die Nazis auf der Straße, die mehr auf Gewalt aus sind. Denn dahinter steht ja eine Ideologie und die wird im Collegium vermittelt.

AIB: Welche Rolle spielen kulturelle Elemente, zum Beispiel Musik von Nazi-Bands?

Antifa: Diese Art von Kultur ist in Schaumburg Mainstream. Das Outfit auf Dörfern ist klar rechts dominiert. Auch normale Jugendliche laufen mit Nazi T-Shirts rum, selbst wenn die nicht immer klar als Naziskins zu erkennen sind. Die Nazis haben sich da eine Anhängerschaft geschaffen. Dazu dienen die Konzerte und Strukturen von »Blood & Honour«. Im Januar diesen Jahres war ein Konzert von »Blood & Honour« in Bad Eilsen, wo viele Dorfjugendliche dabei waren, aber auch Kader wie Bernd Stehmann oder Dirk Fasold, den wir für den ehemaligen Sektionsleiter von »Blood & Honour« Westfalen halten. Bei den Konzerten treffen sich aufgrund der Musik Kader mit Dorfjugendlichen und mit Nazis, die ideologisch noch nicht gefestigt sind. Dadurch werden auf den Dörfern Strukturen aufgebaut und natürlich auch ein Gemeinschaftsgefühl erzeugt.

AIB: Ihr würdet also die Einschätzung vertreten, dass es im Kreis einen rechten Mainstream gibt und die Nazis von außen Kader reinbringen, die systematisch Kameradschaften aufbauen.

Antifa: Ja. Das waren vorher lose Zusammenhänge. Die haben sich zwar schon immer als Rechte definiert, aber da wurde viel gesoffen und Leute aus dem Suff heraus geschlagen. Jetzt haben sie sich so organisiert, dass es feste Strukturen sind. Dann gab's ältere Nazis, die aus dem »subkulturellen« Bereich kamen und Artikel



schreiben in verschiedenen Fanzines. Die waren auch schon länger da, haben sich in der Öffentlichkeit aber nicht als Kameradschaft präsentiert.

AIB: Ihr habt von Nazigewalt gesprochen. Kürzlich sind in Minden MigrantInnen angegriffen worden. Wie reagiert die Öffentlichkeit darauf? Was machen Gewerkschaften, Parteien oder die Polizei?

Antifa: In diesem sogenannten Antifa-Sommer wurde viel geredet, dann gab's Geld für Initiativen, also Sportvereine, die eh Kohle hatten. In Minden wurden Fußballturniere und Sportveranstaltungen unter dem Motto 'gegen Rechts' unterstützt. Die Polizei und der Staatsschutz machen nicht so viel. Zum Beispiel wurde das »Blood & Honour« Konzert in Bad Eilsen, obwohl das der Polizei bekannt war, nicht verboten. Der Einsatzleiter sagte, die Nazis hätten sich Okay verhalten und nicht sittenwidrig gehandelt. Nur in Steinbergen haben sie die Nazis etwas mehr im Auge. Da wohnt nämlich der niedersächsische Innenminister in der Nähe der Nazi-Wohngemeinschaft, und es kann ja wohl nicht sein, dass gewaltbereite Nazis in der Nachbarschaft vom Innenminister Terror ausüben. Zum Beispiel wurde da ein Aufmarsch verboten, den die Kameradschaft geplant hatte.

AIB: Gibt es Jugendszenen, Jugendzentren oder MigrantInnen, die sich wehren?

Antifa: Die subkulturellen Zentren in der Gegend sind geschlossen worden. Das waren meist selbstverwaltete Jugendzentren noch aus den 80er Jahren oder Anfang der 90er. Meist aus Geldmangel oder aufgrund des Mainstream, wo Subkultur nicht mehr soviel Bedeutung und wenig Unterstützung hatte. Viele Jugendzentren und Freiräume, auch autonome Freiräume, sind zugrunde gegangen. Es ist so, dass Jugendliche und MigrantInnen sich schon wehren, wenn sie angegriffen werden. Aber türkischstämmige MigrantInnen werden weniger angegriffen als z.B. Flüchtlinge. Die Nazis machen schon Unterschiede. Vor den MigrantInnen türkischer Herkunft haben sie vermutlich Angst, weil von denen mehr zurückgeschlagen wird. Momentan ist das Problem, dass die Nazis wahllos Leute anzeigen und der Staat aufgrund der Aussagen von Nazis die Leute mit Repressalien überzieht. Konkreter Fall ist derzeit, dass DNA-Proben von Jugendlichen gemacht werden sollen, die aufgrund von Gerüchten der Nazis angeblich auf einen Angriff gegen Nazis beteiligt gewesen sein sollen. Die Polizei geht rigoros gegen Antifas und Leute, die sich wehren, vor. Also von dieser sogenannten Zivilcourage ist in Schaumburg nicht viel zu sehen.

AIB: Trotz der Debatte um Rechtsextremismus können Nazis ihre Strukturen ausbauen, überall Kameradschaften aufbauen, ohne von gesellschaftlicher Seite dabei groß gestört zu werden. Gibt es eine Einschätzung Eurer Gruppe dazu?

Antifa: Es ist 'In' Nazi zu sein. Der Antifa-Sommer hat mehr Eindruck bei den anderen Leuten hinterlassen. Aber der Staat, von dem alle dachten, er sollte tolerant und liberal sein, ist auch nach rechts gegangen. Die Nazis werden ja benutzt, um rechtsstaatliche Freiheiten oder auch soziale Rechte einzuschränken. Zum Beispiel die Einschränkung der Reisefreiheit. Das fing bei den Hooligans an und wurde bei sozialpolitischen Demonstrationen wie jetzt in Genua angewandt.

AIB: Würdet Ihr Euch als autonome Antifagruppe bezeichnen?

Antifa: Ja.

AIB: Wie ist das Verhältnis zu anderen Gruppen und Institutionen. Arbeitet ihr mit denen zusammen?

Antifa: Ja, kommt drauf an. Wir machen mit vielen was zusammen. Wichtig ist erst mal, gegen ein rassistisches und rechtes Klima Widerstand zu leisten und dass Leute ehrlich mit dem Thema umgehen.

Außerdem schauen wir natürlich über den Tellerrand »Nazis« auf andere Themen, wo wir systemkritisch agieren. Es ist wichtig, eine gemeinsame Basis zu finden. Dann arbeiten wir gerne mit anderen zusammen. Denn bedroht werden letztlich alle.

AIB: Wir danken für das Interview. ■



NPD vor dem Verbot?

Zwischen Deutschem Reich und BRD-Gerichten

Radikalisierung und Machtkämpfe kennzeichnen die Zerrissenheit der NPD im Zuge des Verbotsverfahrens. Es ist ein Richtungsstreit entbrannt, in dem einige Flügel der Partei kaltgestellt werden und sich der Bundesvorstand orientierungs- und konzeptionslos präsentiert.

Radikalisierung

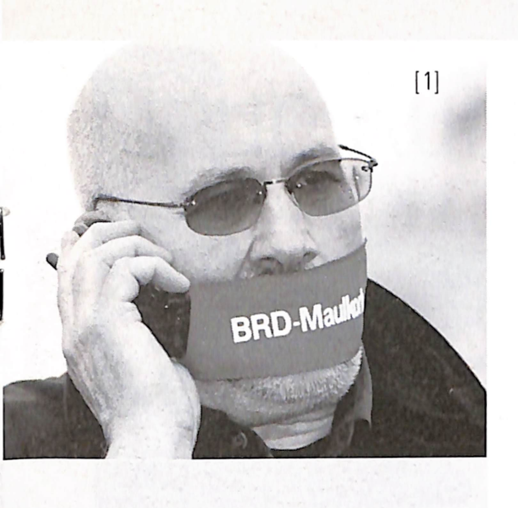
Seit dem NPD-Verbotsantrag Anfang 2001 ist Partei-Anwalt Horst Mahler führend in der ideologischen Radikalisierung der NPD. Munter publiziert er übelste neonazistische Positionen und forciert den Streit mit Teilen der alteingesessenen NPD-Basis. Als »unverantwortlich«[1] bezeichnete etwa der langjährige NPD-Aktivist Winfried Krauß die Erklärung Mahlers zum Anschlag auf das World Trade Center am 11. September 2001[2] und dürfte damit vielen an der eigenen Basis aus dem Herzen sprechen. Ein jüngeres Beispiel dieser Radikalisierung ist ein Positionspapier des Deutschen Kollegs zur Reformation der NPD, auf das die Partei verschnupft reagierte. »Im übrigen stellt die NPD klar, dass das >Deutsche Kolleg< keine Einrichtung oder ein Bestandteil der NPD ist« lautete der Kommentar in der Parteizeitung Deutsche Stimme.[3] Das Deutsche Kolleg (DK) lebt in der Annahme des rechtlichen Fortbestehens des »Deutschen Reiches«. In dem vorgelegten Papier klärt das Kolleg die NPD darüber auf, dass »nach dem geltenden Reichsparteiengesetz, Parteigründungen verboten« seien. Aber so lange man »noch außerstande ist, dem Reichsgesetz auf deutschem Boden Geltung zu verschaffen«, sei die NPD eine »vorläufige Notwendigkeit«. Da aber alle Parteien nach 1945 reichsfeindlich, gesetzwidrig und daher kriminelle Vereinigungen seien, dürfe sie lediglich den »parteipolitischen Hilfstrupp spielen« und müsse zuvor den Wortbestandteil »demokratisch« aus ihrem Parteinamen streichen.

Die NPD auflösen

Dem Papier von Mahlers Deutschem Kolleg ist eine lediglich vier Punkte umfassende Satzung und ein Neuentwurf des NPD-Parteiprogramms beigelegt. Programmpunkt eins: »Die NPD erstrebt ihre möglichst baldige satzungsgemäße (§ 4) Auflösung«. Nach ihrer neuen Satzung träte dies ein, wenn das »deutsche Volk« eine verfassungsgebende Versammlung einberufen hat.[4] Ein Vorschlag für diese neue Verfassung ist als »Notprogramm« beigelegt, deren erster Punkt die »Entausländerung der Wohnbevölkerung in Deutschland«[5] ist.

Inhaltlich gibt es von Seiten der NPD eigentlich kaum Differenzen mit dem Kolleg, denn »seit 1964 führt die NPD im besetzten und fremdbestimmten Deutschland den Kampf um das Deutsche Reich«. Allerdings möchte die NPD keine parteipolitische Hilfstruppe des Kollegs sein, sondern den »organisatorischen Kern der nationalen Befreiungsbewegung darstellen«. Brüsk betont die Deutsche

1| Deutsche Stimme, Nr.11, 2001, S.7: Unverantwortlich, von Winfried Krauß.
2| AIB 54/2002, S.XVII: Wer ist hier nun eigentlich das Opfer?
3| Deutsche Stimme, Nr.12, 2001, S.14: Organisatorischer Kern der nationalen Befreiungsbewegung.
4| Angelehnt ist dieser Gedanke an die deutsche Nationalversammlung von 1848 in der Frankfurter Paulskirche.
5| Alle Zitate: Deutsches Kolleg,01.09.01: Reformation der NPD, von Reinhold Oberlecher.



[1] Hallo, Hallo? .. für den NPD-Anwalt Horst Mahler ist das Deutsche Reich wohl nicht erreichbar.

Stimme, eine von außen gesteuerte Einmischung in innere Angelegenheit der Partei verbiete man sich.[6]

Der Dissens in der »Reichsfrage« ist eine für das Verbot entscheidende Formsache: Kämpft man – wie die NPD - um das »Reich« auf dem Boden des Grundgesetzes oder hat dessen Bestehen nie aufgehört und somit die Bundesrepublik Deutschland nicht existiert. Schrammten »echte Reichsdeutsche« mit selbstgebastelten Ausweisen bisher eher knapp an der Psychiatrie[7] vorbei, werden sie der NPD vor der Verbotsverhandlung zum Problem. Der Parteivorstand widmete seiner Erwiderung auf die Forderungen des Kollegs gar eine halbe Seite in der offiziellen Parteizeitung. Die überdeutliche Distanzierung ist strukturelle Augenwischerei. Nicht nur, dass die Ideologen des Kollegs – Uwe Meenen, Reinhold Oberlercher und Horst Mahler - seit jeher in NPD-Kreisen herumtingeln, in denen auch die Schulungsarbeit für deren Mitglieder stattfindet. Zumindestens Meenen und Mahler sind NPD-Mitglieder und Mahler vertritt die Partei als Anwalt vor dem Bundesverfassungsgericht.

Notstände und Klagen

Als einer der engsten Berater des Parteivorsitzenden Udo Voigt ist Mahler bislang über jede Kritik erhaben gewesen. Weniger Nachsicht gegenüber einer (ideologischen) Radikalisierung zeigte die NPD-Bundesführung beim Thema NPD-Landesverband Schleswig-Holstein, der maßgeblich von »Freien Nationalisten« geleitet wird. Am 23. September vergangenen Jahres verhängte der Bundesvorsitzende Voigt den Notstand über den Landesverband. Offizielle Begründung waren die Äußerungen der Norddeutschen zu den Attentaten von New York. Letztere sahen in den »Selbstmordangriffen einen notwendigen kriegerischen Befreiungsakt gegen den allgegenwärtigen US-Imperialismus«.[8] Sicherlich war Voigts Schritt nur das Ende eines langen Streits, jedoch zeigt dessen Klärung, mit welchem Mitteln derzeit um Einflußsphären in der NPD und um deren Ausrichtung gestritten wird. Der ausgebootete Landesvorstand reichte beim Landgericht Berlin Klage auf Beendigung der Suspendierung ein. Damit wurde das parteiinterne Bundesschiedsgericht quasi umgangen. Für Neonazis, die das politische System Deutschlands und dessen »Systemgerichte« verabscheuen, ein fast unglaublicher Schritt. Am 8. November 2001 gab das Gericht der Verfügungsklage recht und »stellte die innerparteiliche Demokratie in der NPD wieder her«.[9]

Die Polizei hilft

Ähnliche Peinlichkeiten dokumentierte bereits im Sommer 2001 der Unabhängige Rundbrief der inzwischen aufgelösten Revolutionären Plattform (RPF) innerhalb der NPD über den 9. Landesparteitag der NPD Sachsen-Anhalt. Dort hatte der damalige Landesvorsitzende Andreas Karl - mit Hilfe der Polizei - eine Gruppe um Steffen Hupka aus dem Saal entfernen lassen«.[10]

Auch Steffen Hupka bemühte das Landgericht Berlin. Anfang des Jahres klagte er vergeblich gegen seinen Rausschmiß aus der NPD. Diese hatte ihn im Dezember 2001 endgültig aus der Partei ausgeschlossen, da Hupka mit seinem »Finanzgebaren, insbesondere aber in der Mißachtung des Führungsauftrages des Parteivorstandes« die Partei schwer geschädigt habe.[11] Bei der Demonstration gegen die sogenannte Wehrmachtsaustellung am 2. Februar 2002 in Bielefeld kam es auch prompt zum Eklat, als der aus der NPD ausgeschlossene Hupka, trotz Redeverbot, das Wort ergriff (siehe Artikel S. 35 ff.) Aufgeben will Hupka offenbar nicht, auch wenn er und seine Gefolgsleute beim Bundesparteitag der NPD im März 2002 in Königslutter erneut unterlagen.

Spitzelängste und Intrigen

Gänzlich aus den Fugen geriet das innerparteiliche Miteinander, nachdem Ende Januar 2002 die ersten V-Männer des Verfassungsschutzes in der NPD bekannt wurden. Hierzu zählt beispielsweise Udo Holtmann, der seit 1978 mit Wissen des damaligen NPD-Vorsitzenden Martin Mußgnug gespitzelt haben soll.[12]

Bisher ist von mindestens acht weiteren Informanten die Rede, von denen nur die Hälfte namentlich bekannt ist. Somit wird intern lebhaft spekuliert, was dem stoertebeker.net eine Klage wegen übler Nachrede vom stellvertretenden NPD-Landesvorsitz-


[2] Der Tätigkeit für den MAD verdächtigt - Per Lennart Aae links; hier mit Holger Apfel in München

6| Deutsche Stimme, Nr.12, 2001, S.14: Parteiführung lehnt weltfremden Vorschlag zur vermeintlichen »Reformation« der NPD ab.

7| Die Staatsanwaltschaft stellte bspw. ein Verfahren gegen den »Generalbevollmächtigen der Kommissarischen Reichsregierung« Wolfgang Ebel wegen dessen Schuldunfähigkeit ein. Die »Reichsregierung« aus Berlin-Zehlendorf hatte u.a. Haftbefehle mit angedrohter Todesstrafe an »Hochverräter« verschickt.vgl.: Die Tageszeitung, 15.08.2000

8| Unabhängiger Rundbrief. Rundbrief kritischer Nationalismus, Nr.4, 2001, S.1: Parteipräsidium handelt vorsätzlich rechtswidrig, um einen mißliebigen Flügel ihrer Partei auszuschalten, von Jürgen Gerg.

9| Pressemitteilung, 08.11.2001: Landgericht Berlin stellt innerparteiliche Demokratie in der NPD wieder her, von Jürgen Gerg.

10| Unabhängiger Rundbrief. Rundbrief kritischer Nationalismus, Nr.2, 2001, S.2: NPD-Landesvorstand Sachsen-Anhalt führt satzungswidrig Parteitag durch!, von Steffen Hupka.

11| Pressemitteilung, 10.12.2001 von der NPD-Bundespressestelle.



[1] Reinhold Oberlercher vom Deutschen Kolleg möchte die NPD möglichst bald auflösen.

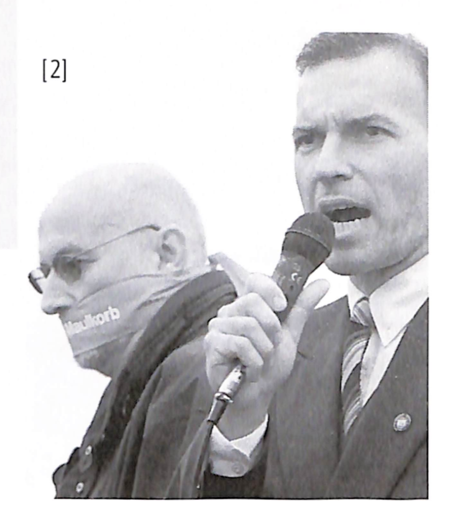
enden in Mecklenburg-Vorpommern, Maik Spiegelmacher, einbrachte. In einer Meldung des Internetprojektes von Spiegelmachers Konkurrenten, Axel Möller, wurde der NPDler Erwin Kemna in die Nähe von Geheimdiensten gerückt.[13]

Indem sich Horst Mahler beim internen V-Mann-Schießen mitengagierte, wurden nebenbei auch Widersacher kaltgestellt. Er lancierte eine Pressemitteilung, in der er einem seiner Kritiker, dem Parteivorstandsmitglied Per Lennart Aae[14], Verbindungen zum Militärischen Abschirmdienst (MAD)[15] unterstellte. Hintergrund für Mahlers Anschuldigungen war Aaes Arbeitsplatz bei der Firma Industrieanlagen Betriebsgesellschaft im bayerischen Ottobrunn bis 1991. Das Unternehmen arbeitet zum Teil für die Bundeswehr und unterstand der Aufsicht des MAD. Es ist naheliegend, dass Mahler vor allem Aaes Glaubwürdigkeit zerstören wollte, denn der ehemalige Leiter der Rechtsabteilung in der NPD und einflussreiche Ideologe hatte Mahler u.a. im Politischen Forum der Internetseite npdverbotsprozess.de vorgeworfen, die NPD verbal verbotsreif zu schießen und eine ungünstige Prozessstrategie zu verfolgen. Offiziell wurde Aae Anfang Februar von seinem Vorstandsamt enthoben, da er durch eine angekündigte eigene Stellungnahme »die festgelegte Prozeßstrategie« in Frage gestellt und die »NPD in große Gefahr« gebracht hätte.[16]

Ihren Mitgliedern verordnete die Partei inzwischen absolutes Stillschweigen und Auskunftsverbot bezüglich der V-Mann-Affäre.[17] JournalistInnen drohte die NPD, »gegen jeden strafrechtlich vorzugehen, der (...) die NPD und ihre Prozeßvertreter in der Öffentlichkeit zu diskreditieren« versuche.[18] Trotzdem beteiligte sich auch der Herausgeber der rechtsextremen Zeitschrift Signal, Manfred Rouhs, am V-Mann-Ratespiel. Er zeigte Horst Mahler wegen »Parteiverrats« an. Rouhs Begründung: Nur Mahler hätte neben ihm selbst den genauen Ort des Signal-Pressefestes 1999 in Engel-Anselfingel gekannt. Trotzdem hätte sich der Staatsschutz bei dem Betreiber des Gasthauses »Krone« gemeldet, woraufhin Rouhs gekündigt wurde. Er schliesst seine Anschuldigungen gegen Mahler mit der Feststellung: »Bei Mahlers Schriftsätzen lacht aus jeder Zeile der nackte, offensichtliche Irrsinn«.[19]

Open end...

Ein Ende der Flügelkämpfe innerhalb der ältesten deutschen Neonazipartei ist vorerst nicht in Sicht. Diese werden von Innen und Außen durch die Freien Kamerad-schaften weiter angeheizt. Die Betei-ligten im parteiinternen Gezänk werden sich weiterhin öffentlich bekriegen. Und während sich etwa Aae brav am npdverbotsprozess.de - Forum beteiligt, versorgt der geschasste Steffen Hupka die Öffentlichkeit mit allerlei schmutziger Wäsche aus der NPD. Die internen politischen Differenzen werden jetzt immer deutlicher. Der jahrelange Konsens der verschiedenen politischen Strömungen, der die NPD zur derzeit wichtigsten neonazistischen Partei wachsen ließ, wird weiter bröckeln. Hinzu kommt, dass die NPD als Aktionsplattform längst nicht mehr so wichtig ist wie vor einigen Jahren. Auch wenn sich führende Parteikader derzeit betont kämpferisch und siegessicher angesichts der V-Mann-Affären und der Folgen für das Verbotsverfahren geben, bröckelt die Fassade zusehends. Offenbar herrscht parteiintern durchaus Unsicherheit, ob man das Ganze tatsächlich als Reinigungsprozess sehen sollte, aus dem die NPD gestärkt hervorgeht. Oder ob die NPD aus ihrer selbsternannten Rolle als Anführerin einer »Nationalen Außerparlamentarischen Opposition«[20] – auch wenn Parteichef Voigt Gegenteiliges behauptet[21] – abdanken wird. ■



[2] Genug geredet - dem geschassten NPD'ler Steffen Hupka (rechts) wurde inzwischen ein NPD-Maulkorb verpasst.

12| http://www.spiegel.de/spiegel/0,1518,180484,00.html: Bundesregierung wußte seit 1995 von Holtmann.
13| www.jungle-world.com/2002/07/11a.htm.
14| Aae erklärte eidesstattlich, es habe »zu keinem Zeitpunkt einen Kontakt zwischen dem MAD und mir« gegeben. vgl.: An die Abgeordneten des Innenausschusses im Deutschen Bundestag, 01.02.2002, von Per Lennnart Aae. Auch vier weitere Auskunftspersonen aus dem Spektrum der »Freien Nationalisten«, nämlich Steffen Hupka, Christian Worch, Thorsten Heise und Jürgen Schwab, haben dem Bundesverfassungsgericht vorsichtshalber eidesstattliche Versicherungen geschickt, in denen sie versichern, keine V-Männer zu sein.
15| Presseinformation, 31.01.2002: NPD-Prozeß hier: Ermittlung der vom Militärischen Abschirmdienst (MAD) geführten V-Leute, von Horst Mahler.
16| www.npd.net, 05.02.2002: Parteivorstandsmitglied Aae erneut vom Amt suspendiert.
17| www.stoertebeker.net, 09. 02.2002: Neue Wendung im V-Mann-Skandal.
18| www.npd.net, 11. Februar 2002: Trittbrettfahrer in der V-Mann-Afffäre
19| www.signal-online.de, 04.02.2002, Manfred Rouhs.
20| Deutsche Stimme, Nr.3, 2000, S.3: Speerspitze der nationalen Erneuerung, von Christian Wendt.
21| Deutsche Stimme (Sonderbeilage), Nr.2, 2002, S.3ff: Wiederaufbau der Volksgemeinschaft. Interview mit Udo Voigt.

Neue Runde im V-Mann-Karussell

Fast immer, wenn in Deutschland von Neonazis Organisationen aufgebaut werden, hatten und haben die Sicherheitsbehörden ihre Finger im Spiel. Die Enthüllungen aus dem Innenleben der NPD sind dafür nur ein Beispiel unter vielen. Wenn jetzt Erstaunen über diese Praktiken geäußert wird, deutet das bestenfalls auf grobe Erinnerungslücken hin. Ein Fazit lässt sich ohnehin - unabhängig vom Ausgang des NPD-Verbotsverfahrens und weiteren Enthüllungen im V-Mann-Karussell - schon jetzt ziehen: Die Forderung nach einer Auflösung des Verfassungsschutzes ist heute aktueller denn je.

[1]

[1] Augen zu und durch - kategorisch verteidigt Bundesinnenminister Schily den Einsatz von V-Leuten

» Deutlich wurde in den jüngsten Enthüllungen, was AntifaschistInnen seit mehr als zwei Jahrzehnten betonen:[1] Eine Infiltration der extremen Rechten bedeutet weder, dass deren Organisationen vom Geheimdienst gesteuert werden, noch, dass die dabei gesammelten Informationen sonderlich viel Einfluss auf einen gesellschaftlichen und politischen Umgang mit Neonazis haben. Wäre das anders, hätten die Verfassungsschutzämter schon vor einem Jahrzehnt vor einer zunehmend dynamischen rechtsextremen Bewegung warnen müssen.

Dass sie das nicht getan haben und nach wie vor nur dann tun, wenn AntifaschistInnen und JournalistInnen die Öffentlichkeit über neue Entwicklungen informieren, liegt in der Logik des Apparats, der - um seine eigene Existenz zu rechtfertigen - allzu gerne suggeriert, alles »unter Kontrolle« zu haben. Ein Beispiel hierfür ist das ungestörte Treiben von Blood & Honour in Deutschland über einen Zeitraum von mindestens acht Jahren. Bis kurz vor dem Verbot von B&H stritten die Sicherheitsbehörden trotz diverser Informanten unter den B&H Aktivisten rundweg ab, dass die neonazistische Musikszene in irgendeiner Form organisiert sei oder gar politisch strategisch vorgehen würde.

Dazu kommt, dass für die von ehemaligen Nationalsozialisten aufgebauten bundesdeutschen Geheimdienste und Sicherheitsbehörden über Jahrzehnte nur die radikale Linke im Visier hatten. Auch wenn die Gründergeneration von BKA, BND und Verfassungsschutz inzwischen tot ist, hat deren Selbstverständnis und politische Ausrichtung rechts von der Mitte die Apparate tiefgreifend geprägt.[2] Nicht vergessen werden sollte auch, dass es sich bei deren heutigen Mitarbeitern um Beamte handelt, die mehrheitlich unter der CDU/CSU/FDP-Koalition auf ihre Posten gekommen sind. Es ist illusionär zu glauben, dass eine »neue« Bundesregierung nach den 16 Jahren Kohl-Ära eine tatsächliche Kontrolle über diese Behörden und ihren Kurs ausüben kann. Beeinflusst wird die Auswahl und Bewertung der Informationen auch von der Tatsache, dass zwischen den Informanten und V-Mann-Führern enge persönliche Bindungen entstehen - ihre jeweiligen Karrieren sind schließlich von einander abhängig.

Die strebsamsten Neonazis können auch die besten Informanten sein. Die Beispiele des langjährigen Neonazikaders und Informanten des brandenburgischen Verfassungsschutzes, Carsten Szczepanski, und des Führungskaders des Thüringer Heimatschutzes (THS) und Informanten des Thüringer VS, Tino Brandt, machen dies deutlich:[3] Für Neonazis ist die Zusammenarbeit mit den Sicherheitsbehörden aus verschiedenen Gründen äußerst attraktiv. Zum einen verschafft sie ihnen einen Freibrief zur Verfolgung ihrer politischen Ziele und Schutz vor staatlicher Verfolgung; zum anderen dient sie bei Informantenhonoraren zwischen 500 und 1.000 D-Mark schlichtweg der individuellen Existenzsicherung, die es den »politischen Soldaten« ermöglicht, ihren neonazistischen Aktivitäten »fulltime« nachzugehen.

Daher ist das Ergebnis des NPD-Bundesparteitags am 16./17. März 2002 in Königslutter auch nicht weiter verwunderlich. Die Enttarnung der V-Männer hat die meisten NPD-Aktivisten nicht sonderlich erschüttert. Für die älteren unter ihnen ist die Zusammenarbeit mit den Sicherheitsbehörden eine Praxis, die ihnen seit langem lieb und teuer ist. Und die Jüngeren nehmen sie offenbar unter →

1| Vgl. AIB Nr. 51/2.2000, »Mehr Nutzen als Schaden - Informanten des Verfassungsschutzes« S. 38ff.
2| Vgl. »Auf dem rechten Auge blind. Die braunen Wurzeln des BKA«, Dieter Schenk, Kiepenheuer & Witsch, 2001
3| vgl. AIB Nr. 51/2.2000, S. 13ff. »Anstandshalber starker Staat«, AIB Nr. 53/Sommer 2001, »Neonazi als V-Mann enttarnt«, S. 20ff



[1] Desinformation auf der einen, die schützende Hand auf der anderen Seite - Das Bundesamt hätte gern alles unter Kontrolle

➔ dem Aspekt hin, dass damit die Existenz der Partei gesichert werden kann. Schlichtweg lächerlich ist hier die pseudo-radikale Kritik an der NPD aus Kreisen der »Freien Kameradschaften«. Gerade dieses Spektrum bietet für die Sicherheitsbehörden ein riesiges Reservoir von Informanten; sei es in Form alter Kader der verbotenen Nationalistischen Front (NF), in der es von V-Männern nur so wimmelte, oder durch Androhung von Repression.

Drei Jahrzehnte V-Mann-Affairen

Einige Beispiele aus diversen V-Mann-Affairen: Während es heute neben der NPD vor allem Freie Kameradschaften und nach dem Prinzip des sogenannten führerlosen Widerstands agierende Gruppen gibt, die auf dem Sprung in den »nationalen Untergrund« sind, existierten zwischen Mitte der 70er bis Ende der 80er Jahre eine Vielzahl von regional und überregional aktiven Wehrsportgruppen, die auf jegliche »legale« Tarnung verzichteten und gezielte Bomben- und Brandanschläge verübten. Häufig mit dabei: Der Verfassungsschutz. So bastelte Ende der 70er Jahre der V-Mann des niedersächsischen Verfassungsschutzes Hans-Dieter Lepzien, Mitglied in der NSDAP/AO, selbst die Bomben für die Anschläge der in Niedersachsen agierenden Neonazitruppe Gruppe Otte.[4]

Zu den bekannteren Fällen gehören auch die V-Männer in der Nationalistischen Front (NF). Norbert Schnelle, Bernd Schmitt und Michael Wobbe. Bernd Schmitt leitete die Kampfsportschule Hak Pao in Solingen, in der die Anwärter des Nationalen Einsatzkommandos (NEK) der NF trainiert wurden. Im »kanakenfreien Training« von Hak Pao trainierten auch die Brandstifter von Solingen. Erst nach dem Brandanschlag am 29. Mai 1993 wurde Schmitts eineinhalbjährige Tätigkeit für den nordrhein-westfälischen Verfassungsschutz bekannt.[5]

Anfang 1996 outete sich dann der »Sicherheitschef« der NF, der ehemalige Neonazi Michael Wobbe, als Informant des niedersächsischen Verfassungsschutzes.[6] Angesichts des Interesses der Sicherheitsbehörden an der NF gab es in der Neonaziorganisation detaillierte Anweisungen, wie nach ersten Kontaktaufnahmen von Verfassungsschützern zu verfahren sei. Der angeworbene Neonazi sollte sich mit seinem jeweiligen Gruppenleiter darüber verständigen, was er seinem VS-Führungsbeamten mitteilen sollte und was nicht. Das Geld, das der Verfassungsschutz für die »Informationen« zahlte, sollte in die Organisationskasse fliessen. So wie es beispielsweise Norbert Schnelle tat, von 1983 bis 1985 V-Mann des nordrheinwestfälischen Verfassungsschutzes. Auch Schnelle beteiligte sich an Straftaten, warnte die NF-Strukturen vor Hausdurchsuchungen und ließ einen großen Teil seines VS-Honorars in die NF-Parteikasse fliessen.[7] Inwieweit die angeworbenen Neonazis mit diesem Doppelspiel überfordert waren und doch mehr preisgaben als abgesprochen, lässt sich nur in Einzelfällen rekonstruieren. Als gesichert gilt jedoch, dass ein derartiger Umgang in der 1995 verbotenen FAP genauso üblich war.[8]

Auch der NPD hat die Zusammenarbeit mit dem Verfassungsschutz mehr genutzt als geschadet. Schliesslich wurde und wird finanzielle und strukturelle Aufbauhilfe geleistet. Das oft genannte Argument, die Behörden müssten mit zwielichtigen Quellen arbeiten, um »Schlimmeres« zu verhindern, ist angesichts der im Vorfeld mit NPD-Funktionären abgesprochenen Weitergabe der Informationen absurd. Die »Aufklärungsarbeit« des Verfassungsschutzes, die zutreffender mit »Desinformationspolitik« beschrieben werden kann, hat weder zehntausende von rechtsextremen Straftaten noch den Tod von über 100 Menschen seit 1990 verhindern können. Es ist an der Zeit, daraus die logische Konsequenz zu ziehen: Dass der Kampf gegen Rechtsextremismus nicht mit »Law & Order« zu gewinnen ist. ■

4| Bürgerrechte & Polizei, CILIP 66, Nr. 2/2000, Juli 2000, Berlin, S. 65f.
5| Drahtzieher im braunen Netz, Hamburg, 1996, konkret Literaturverlag, S. 47f.
6| Die tageszeitung, 13. Mai 1996
7| Bürgerrechte & Polizei, CILIP 66, Nr. 2/2000, Juli 2000, Berlin, S.65f
8| a.a.O.

Ein Diener wird geopfert



[1] Die JN-NRW marschiert - mit dem V-Mann Udo Holtmann vorneweg.

Unter den »enttarnten« V-Männern des Verfassungsschutzes in der NPD dürfte der Vorsitzende der NPD-NRW, Udo Holtmann aus Oberhausen, der wohl Ranghöchste in der Partei gewesen sein. Er arbeitete von 1978 bis Ende Januar 2002 für das Bundesamt für Verfassungsschutz.

» Holtmann ist nur ein, wenn auch das krasseste Beispiel für hochkarätige V-Männer in der NPD, die an führender Stelle die Partei steuerten. Ein Umgang, der selbst gegen die Dienstvorschriften des VS verstösst, die besagen, dass V-Leute weder die Zielsetzung noch die Tätigkeit des Beobachtungsobjektes entscheidend mitbestimmen dürften. In NRW arbeitete von 1993 bis mindestens 1995 mit Holtmann und dem Solinger Wolfgang Frenz sogar die komplette Landesspitze der NPD gleichzeitig für den VS. Beide erhielten regelmässige Zahlungen, die ihnen Freiräume für ihre zeitaufwändige politische Arbeit verschafften. Der Wert der gelieferten Informationen, insbesondere wenn sie mit der Parteiführung abgestimmt waren, dürfte - wenn überhaupt - gering gewesen sein. Frenz hatte sein »Material (...) mindestens bis in die 80iger Jahre mit den Führungskreisen der Partei abgestimmt«.[1] So hatte beispielsweise der damalige JN-Landesvorsitzende Thorsten Crämer, zugleich auch Beisitzer im NPD-Landesvorstand, am 9. Juli 2000 einen Angriff auf eine 15köpfige KZ-Gedenkstättenveranstaltung der VVN-BdA in Wuppertal angeführt. Wenige Stunden nach der Tat telefonierte Crämer von seinem Handy aus mit Udo Holtmann. Der Inhalt des Gespräches zwischen Crämer und Holtmann wurde nicht in den folgenden Prozess eingeführt. Anscheinend war der Schutz einer V-Mann-Identität wichtiger als die gründliche Aufklärung eines Überfalles auf AntifaschistInnen, darunter auch Überlebende des Nationalsozialismus.

Mit 14 schon dabei

Eigenangaben der NPD zufolge[2] war der 1937 in Duisburg geborene Holtmann schon als 14jähriger »Mitglied einer vaterländischen Jugendgruppe«. Mit 18 sei er dann der »Deutschen Reichspartei« (DRP) beigetreten. Wie Wolfgang Frenz zu berichten wusste, gehörte Holtmann dem »sozialistischen Flügel der Deutschen Reichspartei an, trennte sich aber von dieser (...) um (...) die Deutsche Freiheitspartei zu gründen - ein Unternehmen, das keinen Bestand hatte«. 1966 fand Holtmann den Weg zur NPD und übernahm von Beginn an führende Funktionen. Bereits ein Jahr später wurde er als stellvertretender Kreisvorsitzender der NPD-Duisburg geführt, noch im selben Jahr übernahm er den Vorsitz.[3] Schon 1968 war er Mitglied des Landesvorstandes und führte »in dieser ‚Sturm-und- Drang-Zeit' der noch jungen NPD die Referate Propaganda und OD-Leitung«, wie es der Parteivorsitzende Udo Voigt 1999 ausdrückte. Als Leiter des NPD-«Ordnungsdienstes« (OD) in NRW war der ehemalige Zeitsoldat und heutige Oberfeldwebel der Reserve auch für die persönliche Sicherheit des damaligen NPD-Bundesvorsitzenden Adolf von Thadden bei dessen Wahlkampftour 1969 verantwortlich. Aus den Reihen des OD in NRW entstand kurze Zeit nach dem Scheitern der NPD bei den Bundestagswahlen 1969 die terroristische »Europäische Befreiungsbewegung« (EBb, auch »Europäische →

1| So Frenz in einem Brief an »seine Freunde« vom 31. Januar 2002, laut dem Rundbrief oppositioneller NPD-Kräfte Nr.1/2002

2| Sämtliche in diesem Artikel nicht anderweitig gekennzeichneten Angaben der NPD über Holtmann sind dem Buch von Apfel, Holger (Hrsg.): Alles Große steht im Sturm. Tradition und Zukunft einer nationalen Partei. 35 Jahre NPD - 30 Jahre JN, Stuttgart, 1999, entnommen worden.

3| Vgl. zu Holtmanns Werdegang: JungdemokratInnen/Junge Linke (Hg.): Duisburg – rechts um!? Neonazismus im Großraum Duisburg/Oberhausen, Duisburg 2002

→ Befreiungsfront«). Diese wurde von dem kommissarischen Duisburger Kreisvorsitzenden Helmut Blatzheim geleitet. Die NPD hatte die Gruppe nach deren Scheitern an den Wahlurnen abgeschrieben. Nun ging es darum, einen angeblich seit der Bundestagswahl 1969 auf die BRD ausgeweiteten »europäischen Kommunistenblock« zu »liquidieren«. Ein Jahr später wurden bei Hausdurchsuchungen bei Gruppenmitgliedern »13 Gewehre ..., 17 Pistolen und verschiedene Sprengkörper sowie Hieb- und Stichwaffen; ca. 3.000 Schuß Munition« gefunden.[4] Der NPD-Landesvorstand will erwartungsgemäß von der Existenz der Truppe nichts gewußt haben, eine Behauptung, die angezweifelt werden darf, da auf der beschlagnahmten Liste der Organisation auch ein Landesvorstandsmitglied der NPD - vermutlich Holtmann persönlich - gestanden hat.



[1] Udo Holtmann war einst gern gesehener Redner bei NPD-Veranstaltungen. Das hat sich wohl geändert.

1977 wurde Holtmann als Beisitzer in den NPD-Bundesvorstand gewählt, dem er bis zu seiner »Enttarnung« angehörte. Kurze Zeit später wurde er offensichtlich vom VS angeworben. »1982 machte er sich selbständig und betreibt eine eigene Druckerei, mit der er der NPD schon oft aus der ,Patsche' half«, schrieb Udo Voigt 1999 in seiner Laudatio auf das »'Fossil' im amtierenden Parteivorstand«. Bei der Druckerei handelt es sich um die Firma »Offset-Express« in Oberhausen. Laut NPD-Rivale Steffen Hupka hingegen hat Holtmann vor über zehn Jahren Parteigelder in fünfstelliger Höhe zur Sanierung seiner privaten Firma veruntreut.[5]

1993 stieg Holtmann in der NPD NRW vom stellvertretenden- zum Landesvorsitzenden auf. Im selben Jahr wurde er auch zum stellvertretenden Bundesvorsitzenden gewählt. Erstere Funktion bekleidete er bis zu seiner »Enttarnung«, zweitere bis zum Bundesparteitag 2000, bei dem er nicht wieder für dieses Amt antrat, statt dessen aber wieder als Beisitzer in den Bundesvorstand gewählt wurde. Von 1995 bis 1996 leitete er nach der Amtsenthebung von Günter Deckert und bis zur Wahl von Udo Voigt sogar zusammen mit Ellen-Doris Scherer kommisarisch die Bundespartei. Lange Jahre bis August 1999 war er laut Impressum »Chef vom Dienst« und »Verantwortlicher in Sinne des Presserechts« der bundesweiten NPD-Zeitung »Deutsche Stimme«. Ebenfalls presserechtlich verantwortlich zeichnet er für die Monatszeitschrift »Deutsche Zukunft NPD-Landesspiegel Nordrhein-Westfalen« und im Oktober 2001 für das verbotene antisemitische NPD-Wahlplakat mit dem Spruch: »Den Holocaust hat es nie gegeben...«[6]

Als die Aufmarschwelle der NPD auch in NRW begann, war Holtmann einmal mehr an vorderster Front dabei. Bei der Demonstration am 12. September 1998 in Münster trat er als Redner und Versammlungsleiter in Erscheinung. Danach ließ er sich aber auf Demonstrationen in NRW nicht mehr blicken. Statt dessen übernahm er federführende Funktionen bei der Organisation bundesweiter Großveranstaltungen. Parallel zu seiner Arbeit für die Bundespartei führte er einen Landesverband, der in den letzten drei Jahren über 200 Mitglieder dazu gewinnen konnte.

Holtmann wurde zuletzt am 16. September 2001 beim Landesparteitag in Essen mit 100% der Stimmen in seinem Amt bestätigt. Bei der Nominierung der NPD-KandidatInnen für die NRW-Landesliste zur Bundestagswahl im Jahr 2002 überließ er Voigt den ersten Platz und gab sich selbst mit dem zweiten zufrieden.

Holtmann, so fasste es Udo Voigt zusammen, sei »ein lebendes Beispiel für das alte preußische Prinzip: ,Ich diene!´« Dass Voigt nichts von seinen Spitzeldiensten gewusst hat, ist zwar nicht auszuschliessen, aber höchst unwahrscheinlich. Nachdem sich Holtmann dem argwöhnischen Partei-Anwalt Horst Mahler laut »Der Spiegel« 6/2002 freiwillig und gegen den Willen seines V-Mann-Führers zu erkennen gegeben hatte, präsentierte er ein an sich gerichtetes Schreiben des ehemaligen NPD-Anwalts Wolfgang Huber vom 16. März 1978 zu der »Ihnen angebotenen nachrichtendienstlichen Tätigkeit«. Hierin teilte Huber mit, »der Herr Vorsitzende« (Martin Mussgnug) habe ihn ins »Vertrauen gezogen«. »Da wir nichts zu verbergen haben ... erteilt der Herr Vorsitzende Ihnen die Zustimmung. ... Es wurde vereinbart, daß Sie durch dieses Schreiben abgesichert werden sollen.«[7] Auch Mussgnugs Nachfolger Günther Deckert bekundete, von Holtmanns V-Mann-Tätigkeit gewusst zu haben. Folgerichtig teilte Holtmann am 26. Januar 2002 Udo Voigt schriftlich mit, dass er sich »keiner Schuld bewußt« sei. »Bis zur vollständigen Klärung« trete er trotzdem von seinen Parteiämtern zurück. Am Folgetag erklärte das NPD-Präsidium in einer Presseerklärung, »die enttarnten Verfassungsschutzspitzel Udo Holtmann und Wolfgang Frenz aus der Partei auszuschließen.« Dabei waren Frenz VS-Kontakte bereits 1997 Thema auf einer Parteivorstandssitzung, er wurde deswegen 1998 auf dem Bundesparteitag in Stavenhagen nicht mehr für den Vorstand vorgeschlagen.[8]

Im Gegensatz zu Frenz, der sich 1999 aus der Parteiarbeit zurückzog, dürfte der Ausschluss von Holtmann für die NPD einen herben Verlust bedeuten. Zu halten war der langjährige »Diener« nach dem öffentlichen Bekanntwerden seiner Spitzeltätigkeit offensichtlich nicht. Ein Eingeständnis von Voigt, von der V-Mann-Tätigkeit Holtmanns gewusst und diese gedeckt zu haben, wäre der ohnehin schon verunsicherten und von den »Freien Kameradschaften« agitierten Parteibasis kaum vermittelbar gewesen. Und so musste eben ein Opfer für »Partei und Reich« gebracht werden. ■

4| Bericht des Landesamts für VS NRW an den Hauptausschuß des Landtages NRW (Berichtstand: 21.11.1970)
5| Rundbrief oppositioneller NPD-Kräfte Nr.1/2002
6| Presserklärung MdB Carsten Hübner vom 18. Februar 2002
7| Vgl.: »Focus« 6/2002
8| Rundschreiben an alle Mitglieder von Udo Voigt, 4. Februar 2002, laut Rundbrief oppositioneller NPD-Kräfte Nr.1/2002

Rund 1.200 Nazis konnten am 2. Februar 2002 Dank der Polizei weitgehend unbehelligt durch Bielefeld marschieren. Dennoch war der Marsch von internen Streitigkeiten überschattet.



Sperrzonen für Naziaufmärsche

Aktive Ignoranz durch die Stadt

» Die ostwestfälische Naziszene agierte mit einer umfangreichen Kampagne gegen die sogenannte Wehrmachtsausstellung. Seit Mitte 2001 bereitete ein rechtes Bündnis die Verbreitung von Flugblättern und Plakaten vor, und die Burschenschaft Normannia-Nibelungen beteiligte sich durch eine Veranstaltung mit Franz Uhle-Wettler. Nachdem zwei regionale Aufmärsche im Vorfeld an Verboten gescheitert waren, folgten am 2. Februar rund 1.200 Neonazis dem Aufruf des örtlichen Landesverbandes der NPD. Der überwiegende Teil der Teilnehmer kam jedoch aus den Freien Kameradschaften - auch elf Kreisverbände der DVU waren vertreten.[1]

Der letzte Marsch von NPD und freien Kameraden?

Offen wurden hierbei die Widersprüche zwischen NPD und Freien Kameraden ausgetragen. Anlass war das Outing der V-Leute in der NPD, vor allem das des nordrhein-westfälischen NPD-Kaders Udo Holtmann. Noch vor der Kundgebung ergriff Steffen Hupka das Wort und griff aufgrund seines Ausschlussverfahrens aus der NPD die Parteiführung scharf an. Die NPDler unternahmen über einen eigenen Lautsprecherwagen Störversuche, indem sie zuerst Volkslieder abspielten und dann zur Gegenrede ansetzten. »Freie Kameraden« umstellten den NPD-Wagen und brachten ihn zum Schweigen.

Der Zwischenfall zeigt die anhaltenden Spannungen von Teilen der NPD und den Freien Kameradschaften um den Führungsanspruch. Wenige Tage zuvor hatte das »Widerstandsbüro« der örtlichen Kameradschaft erklärt, der Aufmarsch werde »wohl für geraume Zeit der letzte Marsch sein, bei dem sich die NPD in NRW auf die Unterstützung freier Aktivisten verlassen« könne. Insbesondere die Tatsache, dass die V-Leute der Parteiführung teils bekannt waren, wurde als Verrat an der Basis gewertet. Der Text endete kategorisch: »Keine Absprachen mit Verrätern und ihren Helfern«.[2]

Ablehnung und Aktive Ignoranz der Ausstellung durch die Stadt

Gegen die NPD protestierten rund 10.000 Menschen, die einem breit unterstützten Aufruf des DGB folgten. Mit einem Sternmarsch sollte der Naziauflauf durch die Bielefelder Innenstadt verhindert werden. Dies erlaubte den Nazis im Osten der Stadt umso unbehelligter marschieren zu können. Bielefeld ist bislang die einzige Stadt, in der die sogenannte Wehrmachtsausstellung aufgrund einer privaten Initiative gezeigt wird, die weder finanzielle noch politische Unterstützung durch die Stadt erhält. Die Ratsmehrheit aus CDU, FDP und einer ultrarechten »Bürgergemeinschaft für Bielefeld« (BfB) hatte es abgelehnt, die Ausstellung auch nur zu begrüßen.

Die Reaktionen bestanden aus klarer Ablehnung durch die BfB und aus aktiver Ignoranz durch die CDU. Damit hatte gerade diese Koalition dazu beigetragen, ein für die Nazis politisch günstiges Klima zu schaffen, auch wenn der CDU-Oberbürgermeister den Aufruf gegen den Naziaufmarsch unterschrieb.

→



[1] Thorsten Heise aus Northeim

→ **Polizei dominiert Gegenaktionen**

Polizeistrategie im Vorfeld des Aufmarsches war der Versuch, die Diskussion in Bielefeld durch permanente Pressearbeit zu dominieren. An AnwohnerInnen waren Flugblätter verteilt worden, und der Polizeipräsident selbst stand im Viertel zu Gesprächen bereit. Allein zehn Polizeiteams waren abgestellt worden, um Veranstaltungen an Bielefelder Schulen abzuhalten, was wohl eine Reaktion auf die Vortrags- und Gesprächsangebote von AntifaschistInnen an SchülerInnenvertretungen und Jugendzentren war. Massiv waren Polizeibeamte auch auf Gegenkundgebungen vertreten und versuchten diese durch das Verteilen von Flugblättern und Buttons inhaltlich und optisch zu dominieren. Ziel war es letztendlich, den Nazis jeden Protest in Sicht- und Hörweite zu ersparen und keine Blockaden zuzulassen.

Proteste von AnwohnerInnen trotz bedrohlicher Polizeipräsenz

Das Konzept ging nur bedingt auf. Gemäß der sogenannten NRW-Linie im Umgang mit Aufmärschen wurde ein altes Arbeiterviertel im Bielefelder Osten hermetisch abgesperrt und den Nazis eine Marschroute zugewiesen. Der Marsch begann auf einer ehemaligen Aufmarschstrecke der Nazis aus den 30er Jahren, der früheren »Schlageterstraße«. Die BewohnerInnen hatten entlang der Route Plakate gegen die Nazis in die Fenster gehängt und mit der Wohnungsbaugenossenschaft »Freie Scholle« für flächendeckende Plakatierung gesorgt. Nur wenigen AntifaschistInnen gelang es, in die »Sperrzone« zu kommen. Eine Gruppe von rund 100 Antifas, die den Aufmarsch der Nazis am Ostbahnhof blockieren wollten, wurde von der Polizei vertrieben. Es kam es lediglich zu kleineren Störversuchen, wie von einigen antirassistischen Skins, die sich unter die Nazis gemischt hatten und antifaschistische Parolen riefen. An einer Absperrung wurden Flaschen in Richtung Nazis geworfen.

Mit einem Sonderzug direkt zum Aufmarschplatz wurde die reibungslose Anreise der Nazis organisiert. Lediglich Friedhelm Busse, bekannt für volksverhetzende Ansprachen, bekam Redeverbot. Christian Worch und der Anmelder Timo Pradel von der NPD wurden von der Veranstaltung ausgeschlossen, nachdem sie »Ruhm und Ehre der Waffen-SS« skandiert haben sollen.

So verblieben die Redner Thomas Wulff, Holger Apfel und Hartmut Wostupasch. Die Nazis konnten sich ohne Probleme bewegen und Flugblätter an PassantInnen verteilen. Sie wurden von wenig Polizeikräften begleitet, die sich vor allem der Aufrechterhaltung der weiträumigen Absperrung widmeten. Bürgerinitiativen und drei Kirchengemeinden beschwerten sich später in einem offenen Brief: »Die Polizeipräsenz hat auf uns eher bedrohend als beruhigend gewirkt.« Man habe die Situation als »extreme Belastung« empfunden und sich »eingesperrt« gefühlt.

Skinheads gegen Nazis

Ein weiterer Naziaufmarsch fand am 2. März 2002 statt. Diesmal mit Christian Worch als Anmelder. Aufgrund der Auseinandersetzungen zuvor waren diesmal nur wenige NPD-Fahnen zu sehen. Lediglich sehr eng mit den Freien Kameradschaften verbundene regionale Verbände waren vertreten. Im Gegensatz zum ersten Aufmarsch hatte die Polizei versucht, die Veranstaltung zu verbieten, war aber in letzter Instanz vor dem Bundesverfassungsgericht gescheitert. Die kurzfristige Entscheidung trug sicherlich zu der Teilnehmerzahl von rund 500 Nazis bei. Sie hatte allerdings auch Auswirkungen auf die Gegenmobilisierung, die mit rund 3.000 TeilnehmerInnen ebenfalls geringer ausfiel. AntifaschistInnen konnten diesmal An- und Abfahrt der Nazis sowie den Marsch selbst stärker stören.

Vor allem 30 Sharp-Skins[3] gelang es, in die »Sperrzone« zu kommen und sich dort den Nazis entgegenzustellen. Eine Blockade von TeilnehmerInnen eines DGB-Demonstrationszuges bewirkte eine Verzögerung der Anreise der Nazis. Für die regionale Naziszene waren die Aufmärsche in Bielefeld ein Erfolg. Obwohl die ostwestfälischen Nazis in der Vergangenheit eine umfangreiche Reisetätigkeit entwickelt haben, konnten sie ihrem Klientel bis dato keine öffentlichen Auftritte bieten. ■

1| Vgl. Deutsche Stimme Nr.2/02, Seite 1

2| Vgl. Erklärung des Widerstandsbüros vom 29. Januar 2002, Homepage des Widerstands West, 26.2 2002

3| SHARP = Skinheads against racial prejudice (Skinheads gegen rassistische Vorurteile)

Das Ende vom Lied

Für die Produktion von insgesamt 8.000 Landser-CDs »Ran and den Feind« und 3.000 CDs »Deutsches Volk erwache« der Band D.S.T. (Deutsch-Stolz-Treu) kassierte der Inhaber von H.A. Records, Mirko Hesse, eine zweijährige Haftstrafe. Vermutlich wird er jedoch schon im Juli 2002 nach Verbüssung von 2/3 der Strafe wieder auf freien Fuß kommen. Das Landgericht Dresden hatte den Hammerskin-Aktivisten am 21. Dezember 2001 wegen Volksverhetzung, verbotenem Waffenbesitz in zwei Fällen und Aufforderung zu Straftaten verurteilt. Der Prozess warf trotz des eher geringen Aufklärungsinteresses des Gerichts einige interessante Schlaglichter auf die Produktion von indizierter Neonazimusik.

» Ausgangspunkt für den Prozess gegen Hesse war das §129-Ermittlungsverfahren gegen die Berliner Neonazi-Band »Landser«.[1] Im Zuge dieser Ermittlungen war es dem Landeskriminalamt Sachsen-Anhalt gelungen, Strichcodes auf der Landser CD »Ran an den Feind« wiederherzustellen. Daraufhin konnten die Beamten den Code der Firma »digicom« in Baden-Württemberg zuordnen und wurden dort vorstellig. »Digicom« lässt ihre CDs in Dänemark pressen, und über ein Rechtshilfeersuchen der Bundesanwaltschaft in Karlsruhe wurde schließlich die Master-CD für »Ran an den Feind« im dortigen Presswerk beschlagnahmt. Dabei stießen die Ermittler auch auf die Spur des Auftraggebers für die »heiße Ware«: Mirko Hesse. Der hatte unter dem Namen und der Telefonnummer seines Freundes Thorsten Lietze sowie dem Firmennamen »High Age Records« im März 2001 – unmittelbar vor der Indizierung von »Ran an den Feind« durch die Bundesprüfstelle - zum wiederholten Mal eine Marge von 1.000 CDs der Landser-Produktion in Auftrag gegeben. Mit Telefonüberwachung stellten die Sicherheitsbehörden fest, dass Hesse die Nummer seines Freundes nutzte. Und anstelle der fertigen CDs tauschten Polizeibeamte den Inhalt der Lieferung gegen CD-Rohlinge und sandten diese an den als Paketempfänger angegebenen Sebastian Krause nach Sachsen. Krause behauptete im Prozess, nichts vom Inhalt des Pakets gewusst zu haben; er habe Mirko Hesse lediglich einen Freundschaftsdienst erweisen wollen. Sein Lohn: Ein paar läppische CDs. Damit endete die dritte und letzte Produktion von Landser für Hesse.

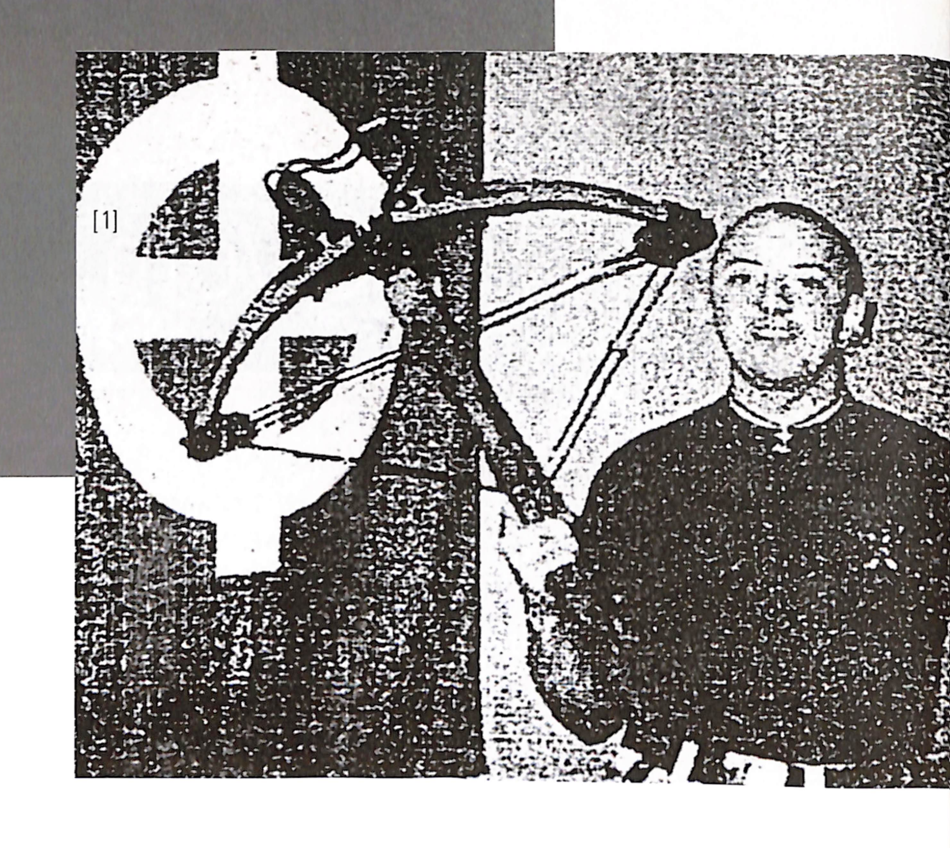
Das Muster bei der Produktion von »heißen« CDs wurde im Prozess deutlich. So trat der 26jährige Hesse nie als Empfänger der frischgepressten Ware in Erscheinung. Bereits bei den beiden vorangegangen Lieferungen der Landser-CD »Ran an den Feind« hatte er Mittelsmänner eingesetzt. Am 2. Oktober 2000 unterschrieb Hesse unter dem Namen und der Adresse seines Freundes Torsten Lietze den Auftrag für 5.000 Stück »Ran an den Feind« bei »digicom«, die am 16. Oktober 2000 geliefert wurden. Über den Zeitraum eines Monats schliff Hesse dann in Handarbeit die IFPI-Nummern aus den CDs, um den Hersteller zu verschleiern.[2] Über SMS-Kontakte wurden anschließend die Übergaben der CDs an Weiterverkäufer und Zwischenhändler vor einem Einkaufspark in Dresden vereinbart.

Hesse selbst will Anfang September 2000 auf einer Party in Berlin von einer ihm unbekannten Person gefragt worden sein, ob er eine CD pressen lassen könnte. Als er bejahte, wurde ihm die Master-CD von »Ran an den Feind« und das Geld für die Produktion übergeben. Bei ihren Vernehmungen nach ihrer Festnahme hatten Mitglieder von Landser erklärt, dass es sich bei dem großen Unbekannten um Jan Werner aus Chemnitz gehandelt habe.[3] Als Vermittlungsgebühr sollte Hesse 500 CDs zur eigenen Verwendung behalten dürfen. Wenig glaubwürdig schien Hesses Versuch, vor Gericht jegliche Kenntnis vom Inhalt der CD-Texte zu leugnen. Die Sicherheitsbehörden jedenfalls gehen davon aus, dass Hesse wochenlang das Cover, Textbooklet und die Rückseite von »Ran an den Feind« auf seinem Computer gespeichert hatte und das Cover gestaltete. Auch seine Bekanntschaft mit »Landser« dürfte inniger sein als er im Prozess zugab. Schließlich war die Telefonnummer von Landser-Drummer Christian Wenndorf unter der Bezeichnung »Christian Landser« in seinem Telefon abgespeichert.



[1] Leidenschaft für martialische Posen - Mirko Hesse

→



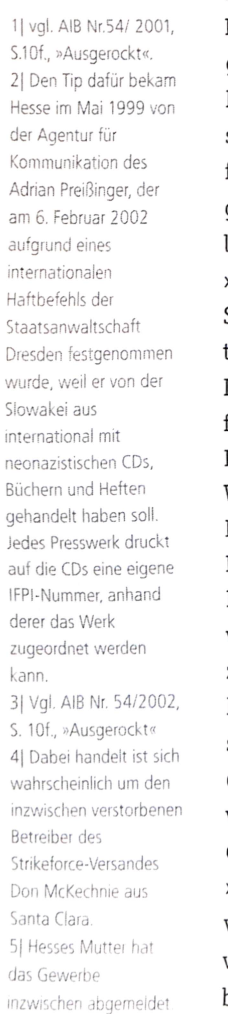
[1] Der Herausgeber der »Hass-Attacke« als Wilhelm Tell für Anfänger?

Die zweite Lieferung von 2.000 Landser-CDs im Dezember 2000 sprach Hesse mit der Band nicht mehr ab. Die Nachfrage nach Landser-CDs war so groß, dass Hesse unautorisiert Bootlegs von »Ran an den Feind« herstellen ließ. Ein Don aus Kalifornien, für den Hesse schon im August des gleichen Jahres 3.000 Stück der mittlerweile ebenfalls indizierten CD »Deutsches Volk erwache« vom Dr. Sommer Team pressen liess, hatte ihn telefonisch um Nachschub gebeten.[4] Lieferadresse für die Pakete mit den frischgesressten Landser-CDs aus Dänemark war dieses Mal Sandro Wagner in Bautzen, der von Thorsten Lietze vermittelt wurde. Die Bezahlung des Auftrags lief in diesem Fall über eine Gutschrift, die Hesse vom Presswerk erhalten hatte. Denn zwischen der ersten und zweiten Landser-Lieferung wurde im dänischen Presswerk durch einen Zufall der Inhalt eines anderen Auftrages von H.A. Records bekannt. Aufgrund des rassistischen Inhalts einer CD der »White Aryan Rebels« wurde diese von den Dänen eingestampft, das vorab gezahlte Geld aber gutgeschrieben. Wie schon erwähnt erreichte die dritte Lieferung von 1.000 Stück »Ran an den Feind« den von Hesse vorgeschalteten Empfänger Sebastian Krause nicht mehr.

Am 11. Juli 2001 hatte Hesses vom Land Sachsen und der EU mit 12.000 D-Mark Existenzgründerhilfe geförderte Karriere dann ein vorläufigen Ende. Ein Dutzend Beamte der LKAs Sachsen und Berlin durchsuchten das Einfamilienhaus von Hesses Eltern in Langburkersdorf bei Sebnitz. In der ersten Etage residierte Sohn Mirkos Firma »H.A. Records«, die er 1997 als Geschäft zur »Produktion und Vertrieb von Tonträgern und Merchandising« angemeldet hatte.[5] Die Beamten stießen auf ca. 10.000 CD`s, einen Schlagring mit Hakenkreuz, eine Präzisionsschleuder mit Stütze, ein Imitat eines Maschinengewehrs und eine geladene, schussfähige Halbautomatikpistole sowie Computer. In fast jedem Raum, im Keller und auf dem Dachboden des Hauses waren CDs gelagert. Ein Sprengstoffhund förderte schließlich noch mehrere hundert Schuss Munition zu Tage. Hesse wurde verhaftet und aus der Untersuchungs-haft im Prozess vorgeführt.

Polizei und Gericht attestierten Hesse, dass er die CDs aus Überzeugung produzierte. Seine über zehnjährige Nazi-Karriere begann 1992 in der Nationalen Offensive (NO); nach Gastspielen bei der DVU und der Freiheitlich Nationalen Partei (FNP) landete er bei den Hammerskins. Und obwohl letzteres »allgemein bekannt« ist, wie Zeuge Sandro Wagner aussagte, wurde dieses Hauptaktionsfeld Hesses im Prozess nur beiläufig erwähnt. Die Produktion des Fanzines »Hass Attacke« spielte gar keine Rolle.

Alles in allem ist Hesse mit einem blauen Auge davon gekommen. Die Staatsanwaltschaft hatte 3 Jahre und 8 Monate Haft gefordert, doch auf Empfehlung des Richters wurden die Anklagepunkte bezüglich der sichergestellten Soft-Air Maschinenpistole, der Präzisionsschleuder und der Munition wegen »relativer Bedeutungslosigkeit« eingestellt. Die Urkundenfälschung wurde in der Klageschrift schlicht vergessen. Da Hesse auf die sichergestellten 3.000 DM Bargeld verzichtete, schränkte er mögliche Folgen wegen Steuerhinterziehung zumindest ein. Spannender dürfte die Frage sein, ob der Zorn der derzeit nicht sonderlich mobilen Landser-Bandmitglieder über das Bootlegging bei Hesses Haftentlassung schon verraucht ist. ■



1| vgl. AIB Nr.54/ 2001, S.10f., »Ausgerockt«.
2| Den Tip dafür bekam Hesse im Mai 1999 von der Agentur für Kommunikation des Adrian Preißinger, der am 6. Februar 2002 aufgrund eines internationalen Haftbefehls der Staatsanwaltschaft Dresden festgenommen wurde, weil er von der Slowakei aus international mit neonazistischen CDs, Büchern und Heften gehandelt haben soll. Jedes Presswerk druckt auf die CDs eine eigene IFPI-Nummer, anhand derer das Werk zugeordnet werden kann.
3| Vgl. AIB Nr. 54/2002, S. 10f., »Ausgerockt«
4| Dabei handelt ist sich wahrscheinlich um den inzwischen verstorbenen Betreiber des Strikeforce-Versandes Don McKechnie aus Santa Clara.
5| Hesses Mutter hat das Gewerbe inzwischen abgemeldet

Neonazi-Fluchtwege

Die dreiwöchige Flucht des Sauerländer Neonazis Christoph Schulte, der einen Griechen halb tot schlug und am 1. Januar 2002 zu einer fünfjährigen Jugendstrafe verurteilt wurde, ist ein Paradebeispiel für die Vernetzung der Nazi-Szene, bis in das Spektrum der Burschenschaften.



[1] Schläger und NPD-Kandidat Christoph Schulte

» Tatort München, 13. Januar 2001: Auf Einladung von Reiner Mehr und Martin Wiese feierten ca. 60 Gästen in der Gaststätte »Burg Trausnitz«. Vor dem Nazitreff wird ein Grieche von der 17jährigen Maria Anna von Papen aus dem sauerländischen Arnsberg angegriffen und mehrere Naziskins schlagen und treten auf ihn ein. Türkische Passanten verhindern, dass Artemios T. lebensgefährlich verletzt oder gar getötet wird. Es werden 18 Neonazis festgenommen, anderen gelingt mit Hilfe des Wirtes die Flucht aus der Kneipe. Gegen 14 TäterInnen wird Anklage erhoben. Gegen von Papen, ihren geflüchteten, damals 19jährigen Freund Schulte aus dem sauerländischen Plettenberg und den 18jährigen Dominic Brodmerkel aus dem bayrischen Olching wegen versuchten Mordes, gegen die anderen wegen Körperverletzung. Am 2. Februar wird Schulte in der Rotterdamer Region festgenommen.

Schläger und NPD-Kandidat

Der als Schläger bekannte und als Ordner eingesetzte Schulte gehört dem Spektrum der »Freien Kameradschaften« an, trotzdem kandidierte er 1999 für die NPD. Am Tattag machte sich Schulte gemeinsam mit von Papen und dem Lüdenscheider NPDler Marc Miekeley auf den Weg, um den 25. Geburtstag des ehemaligen Lüdenscheiders Reiner Mehr zu feiern. Dieser ist der jüngere Bruder des 1997 zusammen mit den SAF-Führern Thomas Kubiak und Andree Zimmermann bei einem Autounfall ums Leben gekommenen Nazikaders Harald T. Mehr. Reiner Mehr zog zuvor nach München, wo er die Homepage des »Nationalen Widerstands Bayern« betreibt und aktives Mitglied der »Burschenschaft Danubia« ist. Ebenfalls vor Ort war sein Freund Norman Bordin, der im nordrhein-westfälischen Velbert das »Nationale Forum Niederberg« aufgebaut hatte, 1999 ins bayrische Freilassing verzog und dort das »Aktionsbüro Nationaler Widerstand Freilassing« gründete und heute im »Aktionsbüro Süd« in München aktiv ist.

Auf der Flucht

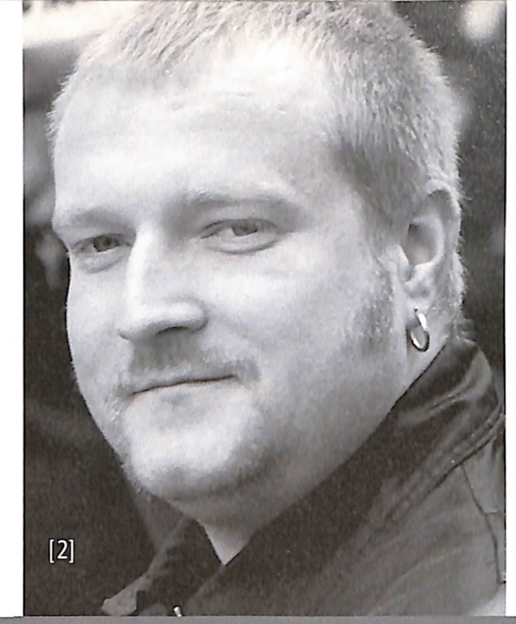
Nachdem Schulte vom Tatort verschwand, quartierte ihn Michael Müller von der »Burschenschaft Teutonia Regensburg« im Danubenhaus ein, Mehr besorgte ihm unauffällige Kleidung und Miekeley fuhr ihn Tags darauf zu Verwandten ins Sauerland. Einige Tage später wurde er von Carsten Köppe, Chef der »Ruhrpott-kameradschaft Dortmund/ Witten«, beherbergt, bevor er sich ins niederländische Arnheim absetzte, wo er vom Ex-SAFler Michael Krick übernommen und bei »Gabber Piet« in Dreumel bei Arnheim untergebracht wurde. Eine Hausdurchsuchung dort verlief erfolglos, da Schulte bereits nach Spijkenisse bei Rotterdam weiterzog. Als er dort festgenommen wurde, wollte er gerade ins belgische Antwerpen aufbrechen.

Schultes und Kricks internationalen Kontakte verwundern keineswegs. Seit Jahren sind auf vielen Nazidemonstrationen in Deutschland niederländische und auch belgische Neonazis anzutreffen. Besonders gute Kontakte bestehen seitens der »Freien Kameraden« aus Nordrhein-Westfalen und den »Norddeutschen Nationalisten« zur Nederlandse Volks-Unie (NVU), die von dem Arnheimer Constant Kusters geführt wird. Insbesondere zu dem in Rotterdam lebenden Freund Kricks, Ed Polmann, und dem aus Arnheim / Westervoort stammenden NVU-Aktivisten Chris Smit. Spätestens seit dem FAP-Verbot 1995 geben sich deutsche Neonazis in den Niederlanden die Klinke in die Hand. Diverse gemeinsame Aktionen und Demonstrationen zeugen von dieser Kooperation. Bei den niederländischen Kommunalwahlen 1998 initiierte Martijn Freling, Gründer des niederländischen ANS/NA-Ablegers, die Kandidatur von zwei Deutschen für die Partei CP'86. Aufgestellt wurden Maria Luise Malcoci, Betreiberin des »Thule Multimedia Verlags« in

→

[1] Reiner Mehr und Martin Wiese [2] luden zu der Feier in die Burg Traussnitz
[3] Auch Norman Bordin vom »Aktionsbüro Süd« gehörte zu den Gästen







➔ Heinsberg, sowie Andree Zimmermann, der es allerdings aufgrund seines Todes nicht bis ins Wahljahr schaffte. Die NVU stellte zwischenzeitlich den Ex-Mann von Maria-Luise, Christian Malcoci auf.

Federführend bei der Kooperation betätigten sich Andree Zimmermann und Thomas Kubiak. Ihre Rolle übernahm ab 1999 Krick, der sich seit Anfang 2001 ständig in den Niederlanden aufhielt, da er in Deutschland mit mehreren Haftbefehlen gesucht wurde. Er wurde im Februar 2002 bei der Ausreise zu einem Blood & Honour Konzert in Oldham, England, festgenommen. Das Erbe seiner SAF-«Führer« konnte er erst 1999 antreten, da er zu ihrer Beerdigung 1997 eine Hakenkreuzfahne mitgebracht hatte, was ihm mit anderen Straftaten eine Haftstrafe bescherte. Nachdem er sich zunächst zurücknahm, trat er im Mai 2001 in Nijmwegen auf einer NVU-Parteiversammlung vor laufender Fernsehkamera mit den Worten auf: »Greift das System und seine Knechte an, wo immer es geht! (...) Staatsschutz, Staatsanwälte und Richter haben Namen, Adressen und Familien«.

Kontakte nach Norddeutschland

Im Fall Schulte gab es eine Reihe von Wohnungsdurchsuchungen und Festnahmen, durchsucht wurde auch das Anwesen der norddeutschen Nazikader Thomas Wulff und Michael Grewe im niedersächsischen Amholz sowie die Wohnung von Jürgen Witt im nahegelegenen Hagenow. Die Annahme, dass sich Schulte dort aufhalten könnte, verwundert niemanden, da es zwischen den norddeutschen und sauerländischen Nazis eine jahrelange Zusammenarbeit gibt. Als Redaktionssitz der lange Zeit von Hamburg aus erschienenen Propagandapostille »Zentralorgan«, das 1997 verschiedene Sauerländer Nazi-Blätter zusammenführte, war das hochsauerländische Winterberg vorgesehen - der Wohnort von Kubiak, Zimmermann und Krick. Der Hamburger Kreis um Wulff und Tobias Thiessen übernahm dann die Redaktionsleitung und 2000 wurde die Redaktionsanschrift zu Klaus Bärthel nach Ludwigslust in Mecklenburg-Vorpommern verlegt. Als presserechtlich Verantwortlicher fungiert aktuell der fast 80jährige Niederländer Wim Danen aus Heumen, ehemals Mitglied in der SS und der »Nationaal-Socialistische Nederlandse Arbeiders Partij« (NSNAP). Jürgen Witt, ein Freund Krick's aus dem sauerländischen Balve, zog 1999 nach Hagenow bei Ludwigslust und verstärkt seitdem die »Zentralorgan«-Mannschaft bzw. unterstützt Worch und Wulff bei der Organisation von örtlichen Demonstrationen.

Fazit

Bei derartigen Kontakten verwundert es nicht, dass Schulte auf genügend Fluchthelfer, Verstecke und Fluchtrouten zurückgreifen konnte. Vielmehr ist es erstaunlich, dass es ihm gelang, sich den Fahndern drei Wochen lang zu entziehen. Stunden nach dem Angriff marschierte Schulte in das Münchner Polizeipräsidium, fragte nach seiner Freundin - und ging dann wieder. Sämtliche oben aufgeführten Verbindungen waren vor dem Angriff in München bekannt. Als äußerst geschickt kann die Fluchtroute, das Versteck bei nahen Verwandten und die Wahl der Fluchthelfer nicht bezeichnet werden. Dass es dennoch für drei Wochen gereicht hat, spricht weniger für die Nazis als gegen ihre Verfolger. ■

Synergie-Effekte?

Der Zusammenschluss von Gruppen der sogenannten »Neuen Rechten« soll Synergie-Effekte hervorbringen. Er zeigt aber auch Schwächen und die schwindende Bedeutung des Spektrums. Für den 15. bis 17. März und den 26. bis 28. April diesen Jahres hat die deutsche Sektion der »Synergies Européenne« ihre Frühjahrstagungen im Raum Osnabrück angekündigt.

Die »Neue Rechte« und die »Synergies Européenne«

» Der Begriff »Neue Rechte« bezeichnet eine Strömung der extremen Rechten, die nach der Wahlniederlage der NPD Ende der 60er Jahre in parteipolitischem Engagement keine Perspektive mehr sah. Stattdessen sollte das Auftreten und Erscheinungsbild der extremen Rechten modernisiert werden. Dazu gehörte auch, sich nicht mehr auf Hitler oder andere führende Personen des Faschismus zu beziehen, sondern auf Vertreter der sogenannten »Konservativen Revolution«. In dieser Strömung der 20er Jahre waren die Ideen und das Weltbild der extremen Rechten angelegt. Ihr Wirken war konstitutiv für den Faschismus, trotzdem konnte sie nach 1945 nur bedingt durch ihre Verstrickung in Nationalsozialismus stigmatisiert werden. Die Gruppen der »Neuen Rechten« bildeten keine Parteien, sondern orientierten sich organisatorisch an der außerparlamentarischen Opposition der Linken. Nicht Wahlen waren ihr erklärtes Ziel, sondern die Beeinflussung des sogenannten »vorpolitischen Raumes«, der Kultur und des geistigen Überbaus.

In ihrer Entwicklung orientierten sich die deutschen Gruppen an der französischen »Nouvelle Droite« von Alain de Benoist und deren wichtigster Organisation GRECE (Groupement de recherche et d'etudes pour la civilisation européenne - Forschungs- und Studiengruppe für die europäische Zivilisation). Die Hochzeit ihres Wirkens und Einflusses lag in den 70er Jahren, als sie tatsächlich in den öffentlichen Diskurs eingriff und zumindest punktuell an die neuen sozialen Bewegungen anknüpfte. In den 80er Jahren differenzierte sich die »Neue Rechte«, deren klassische Organisationen wie das Kasseler »Thule Seminar« oder das nationalrevolutionär orientierte Zeitungsprojekt »Wir Selbst« fast in Bedeutungslosigkeit versanken. Die aus diesem Bereich stammende »Junge Freiheit« suchte dagegen zunehmend eine realpolitische Orientierung im Spannungsfeld zwischen dem rechtem Rand der CDU und den »Republikanern«.

Die Abspaltung von Synergon

International führte die schwindenden Bedeutung zu Streit und Auseinandersetzungen über den weiteren politischen Kurs. 1993 verließ der Belgier Robert Steuckers die GRECE. Er kritisierte die fehlende geopolitische Orientierung[1] und mangelnde »verfassungsrechtliche Alternative«[2]. Steuckers gründete mit weiteren Abtrünnigen die »Synergies Européenne« (Europäische Synergien), die sich auch »Synergon« nennt.

Die inhaltliche Ausrichtung verdeutlichte die Charta, in der die »Schaffung einer Synergie selbstbewußter Kräfte zur Umsetzung der Einheit Europas mit einem wirklichen Machtwillen« gefordert wird. »Die Verwurzelung« sei der »entscheidende Faktor des Gleichgewichts und der Entwicklung im Leben der Völker und Einzelpersonen.«[3] In ethnozentristischem Größenwahn sprechen sie von der »herausragenden Stellung des europäischen Geistes, die dieser seit den Zeiten unserer heidnischen Vorfahren bis zu den heutigen Tagen besitzt.« Steuckers propagierte auch das »Reich« als Ordnungskonzept, →

[1]

Sven Henkler (Dresden)





Olaf Neubauer (Thüringen)

Markus Fernbach (Rheinland)



[1] Sven Henkler vom Dresdner Verlag »Zeitenwende« und Markus Fernbach (Referent über japanische Samurai) vertreten einen völkischen Anthroposophismus, der zu Spannungen bei Synergon führt. (Faksimilie aus Hagal) →

legitimiert durch spirituelle Eliten. Dieses ist den Gedankengebäuden des italienischen Wegbereiter des Faschismus, Julius Evola, entlehnt, der die moderne Welt, als deren Ausdruck er vor allem den Gleichheitsgedanken sah, zugunsten eines antik imperialen Reichs überwinden wollte. Die Anhänger von Synergon begreifen diesen Mythos als Überbau für ihre geopolitische und imperialistische Orientierung. Schon kurz nach der Gründung entstanden Sektionen in Belgien, England, Frankreich, Italien, Lettland, Österreich, Portugal, Rußland, Spanien und der Schweiz.

Die deutsche Sektion als Sammelbecken

Die deutsche Sektion wurde 1995 gegründet. Die Sommeruniversität fand im gleichen Jahr nahe der tschechischen Grenze statt. Sie war von dem Burschenschaftler und Witikobund-Funktionär Hans-Ulrich Kopp organisiert worden, der zuvor auch Redakteur der Jungen Freiheit war. Kopp führte den ehemalige Sprecher der Hamburger Burschenschaft Germania, Marc Lüdders, ein, der zum Kopf der deutschen Sektion avancierte. Weitere Personen aus dem Umkreis der »Freien deutschen Sommerakademie« der Jungen Freiheit, denen diese zu »konservativ« war, traten bei. 1997 fusionierte Synergon Deutschland mit der »Deutsch Europäischen Studiengesellschaft« (DESG), die sich 1972 aus den seit Anfang der 60er Jahre stattfindenden Strategie- und Koordinierungstreffen des nationalrevolutionären Spektrum konstituierte. Vor einem Jahr schloß sich eine weitere Gruppierung an, der Dresdner Verlag »Zeitenwende«. Hinter dem Verlag steht ein völkisch/heidnisch ausgerichteter Personenkreis um Steffen Behnke und Sven Henkler, der ideologisch maßgeblich von dem im Herbst 2000 verstorbenen Altnazi Werner Georg Haverbeck beeinflusst wurde. Er vermittelte nicht nur viele Kontakte, sondern auch den Zugang zur verquasten Ideologie einer völkischen Anthroposophie und eines arischen Christentums.[4] Die junge Dresdener Gruppe übernahm die Durchführung der Seminare und Tagungen von Synergon und brachte die Zeitschrift »Hagal« heraus.

Inhaltliche Spannungen auf der Sommeruniversität 2001

Durch die Zusammenführung der unterschiedlichen Kreise wurden aber nicht nur die geplante Bündelung der Kräfte - also der »Synergie-Effekt« - erreicht, sondern auch bestehende Unterschiede ignoriert. Die verschiedenen inhaltlichen Orientierungen führten zu zunehmenden Spannungen innerhalb von Synergon, die sich etwa in den Themen der Sommeruniversität 2001 widerspiegelten:

In dem Vortrag von Robert Steuckers (»Geschichte und Geopolitik der Beziehungen zwischen Europa und den Türkvölkern«) kam die geopolitische und praktische Orientierung zum Ausdruck. Ebenso in den Beiträgen von Jorge Roberto Diaz (»Die neue Geopolitik Indiens für das 21. Jahrhundert«) und Frédéric Valentin (»Die Lehre der Regulation in der Wirtschaftstheorie und -praxis der aktuellen französischen Volkswirtschaftler«).

Die Referate von Kurt Ravyts (»Der Einfluß von Gabriele d'Annunzio und Léon Bloy auf der Persönlichkeit und der Religiosität des jungen Joris Van Severen«) und Thierry de Damprichard (»Wie Ezra Pound die 'Beat Generation' beurteilte«) zeigten eher einen Rückgriff auf die »Konservative Revolution«.

Die Beiträge der Referenten aus dem Spektrum von Zeitenwende und Hagal spiegelten hingegen eine Mischung aus Anthroposophie und Esoterik wieder. Angekündigt waren Sven Henkler (»Mensch und Tier - Eine zerstörte Verbindung. Reflexionen zu BSE, MKS und Tierquälerei«), Andreas Ferch (»Leben und Werk Werner Haverbecks: Von der Jugendbewegung zur Anthroposophie, Friedensbewegung und Ökologie«) und Markus Fernbach (»Kendo & Shinto - Kriegertum und Spiritualität der japanischen Samurai«).

Nur ca. 35 Personen aus den Frankreich, Belgien und Deutschland nahmen im letzten Jahr an der Sommeruniversität teil. Die bedeutenden Sektionen aus Spanien und Italien waren nicht vertreten. Zunehmend ist in der deutschen Sektion eine Verlagerung von der nationalrevolutionären Orientierung der Hamburger Fraktion (DESG) zu einem von der Dresdener Fraktion getragenen völkischen Romantizismus zu beobachten. Seit einiger Zeit finden die Seminare von Synergon im Collegium Humanum in Vlotho statt. Das extrem rechte Schulungszentrum war von dem NS-Funktionär und rechtem Antroposophen Werner Georg Haverbeck mitgegründet worden, der auch als Mentor der Dresdner Gruppe bezeichnet werden kann.

Widersprüche und Verfallserscheinungen

Die Auftritte der Musikgruppen Gesta Bellica (Skinhead Rechts-Rock) und Camerata Mediolanense (Avantgarde Musik aus der Dark-Wave Szene) bei der Sommeruniversität 2000, an der noch 150 Personen teilnahmen, schienen eine Offenheit gegenüber anderen Ausdrucks- und Erscheinungsformen der extremen Rechten anzudeuten. In Deutschland fand dieses Interesse zwar Gegenliebe im rechten Teile der Dark-Wave-Neofolkszene, nicht jedoch bei der Synergon Sektion. Entweder ist der Blick zu eingefahren und das Verständnis, was zur »Rechten« gehören kann, zu eingeschränkt, oder in den Reihen von Synergon orientiert man sich inzwischen auf andere Optionen als die der Einflußnahme mittels (Jugend)-Kultur.

Auch die Teilnahme von Personen wie dem Bielefelder Neonazi Meinhard Otto Elbing an den Tagungen kann nicht im Sinne einer »Neuen Rechten« sein, die versucht aus dem Schatten des Nationalsozialismus herauszutreten.

Es scheint unklar, wie sich Synergon und speziell Synergon Deutschland weiterentwickeln: Ob es einen weiteren gemeinsamen Weg der verschiedenen Strömungen gibt, oder ob die einzelnen Gruppen nicht mehr bereit sind, ihre Kräfte in ein solches, sie nicht wirklich befriedigendes Projekt zu stecken und die Arbeit einfach einstellen. Vor wenigen Wochen gab die Deutsch-Europäische Studiengesellschaft, eine der ältesten und wichtigsten Organisationen der »Neuen Rechten« bekannt, dass sie ihren seit 1985 bestehenden Nachrichtendienst desg-inform einstellen wird - unübersehbare Verfallserscheinungen.

»Neue Rechte« – Quo Vadis?

Diejenigen Gruppierungen, die Ende der 60er Jahre aufgebrochen waren, die extreme Rechte zu modernisieren, haben inzwischen Sektencharakter. Ihre reale politische Bedeutung tendiert zur Zeit gegen Null. Viele inhaltliche Punkte, die durch die »Neue Rechte« vorbereitet wurden, wie der Antiamerikanismus oder eine pro-palästinensische Haltung mit extrem rechtem Hintergrund werden inzwischen von der NPD/JN und auch den sogenannten »Freien Kameradschaften« vertreten. Der Versuch, mittels Mimmikri und intellektueller Erneuerung in breitere Kreise vorzustoßen, muss jedoch als gescheitert bewertet werden. Erfolgreicher scheint hier eher der Ansatz der Jungen Freiheit, die eine Mischung aus klassischen extrem rechten Positionen, Rechtskonservatismus und »Neuer Rechten« präsentiert. Auch wenn die Zeitung ohne die Geldgeber im Hintergrund und die alten Strukturen aus dem burschenschaftlichen und gildenschaftlichen Spektrum wohl kaum noch existieren würde, schafft es das Blatt immer wieder, etablierte Interviewpartner aus allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens zu gewinnen. In dieser Strategie der »Neuen Rechten« liegt eine nicht zu unterschätzende Gefahr. ■

1| Geopolitik ist eine Mischung aus ethnischen, militärischen, ökonomischen,rassistischen, demographischen, historischen und politischen Ideen als pseudo-wissenschaftliche Begründung von Imperialismus. Vgl. Neumann, Franz: Behemoth, Frankfurt, 1984, S.185ff
2| Hagal, Nr.4, 1999, S.7f: Im Gespräch: Robert Steuckers
3| Flugblatt »Synergon - Die neue Schule Europas«
4| Vgl. Hagal, Nr.4, 1999, S.2: Gute Heimreise Werner!, von der Hagal Redaktion



Expansion oder Schill-Out?

Schill ist in aller Munde, oder doch zumindest das vermeintliche Kokain in seiner Nase. 100 Tage nach dem mit 19,4% erdrutschartigem Wahlerfolg bei dem Hamburger Landtagswahlen wird vor Ort eine erste ernüchternde Bilanz gezogen, die Pöstchengeschacher, Geldverschwendung und maßlose Selbstüberschätzung ans Licht bringt. Derweil weitet die Schillpartei »PRO – Partei Rechtsstaatliche Offensive« ihre Aktivitäten aus. Im Osten soll neben Mecklenburg Vorpommern Sachsen – Anhalt der Testballon für den Erfolg der Partei im Osten sein. Dort finden im April Landtagswahlen statt. Ein guter Grund, einen genaueren Blick auf die regionalen Entwicklungen zu werfen.

» Nichts ohne den Chef – die Aufbauphase

Begleitet von einem kontroversen Medienecho konstituierte sich Mitte Dezember vergangenen Jahres in Magdeburg der erste Kreisverband der Schill Partei »PRO« in Sachsen Anhalt. Von hier aus wurde mit einiger Verzögerung der Aufbau des Landesverbandes vorangetrieben. Nach eigenen Angaben hat die Partei rund siebenhundert Mitglieder im Land. Interesse an einer Mitgliedschaft bekundeten auch jetzige Landtagsabgeordnete. Im Januar trat die CDU-Abgeordnete Gudrun Schnirch aus ihrer Fraktion aus und zur Schillpartei über. Als Motiv für ihren Übertritt nannte sie die verkrusteten Strukturen in der Landes-CDU und die Aufbruchstimmung, die von der Schillpartei ausginge. Der wahre Grund dürfte jedoch die Tatsache sein, dass Frau Schnirch von der CDU nicht wieder als Landtagskandidatin aufgestellt wurde. Schon vor der offiziellen Gründung des Landesverbandes führten die Schill-Anhänger eine Auseinandersetzung um den Parteiaufbau und das Führungspersonal in Sachsen Anhalt. Nach dem Hamburger Wahlerfolg hatte zunächst der Oberstleutnant Norbert Hoizcyk aus der Altmark landesweit Interessenten gesammelt und sich Schill für die Gründung des Landesverbandes empfohlen. Dieser lehnte jedoch die Eigeninitiative und die damit verbundene »wilde«, aus Hamburg nicht genehmigte, Gründung von Kreisverbänden ab. Die Aktivisten der ersten Stunde sprachen von undemokratischem Vorgehen beim Aufbau der Partei und gründeten die »Rechtsstaatliche Bürgerpartei«. Als Koordinator für den Parteiaufbau wurde der Millionär Ulrich Marseille eingesetzt. Er ist Mitinhaber einer gleichnamigen Klinik AG, die auch in Sachsen-Anhalt mehrere Altenheime und Krankenhäuser betreibt. Gegenwärtig führt er gegen das Sozialministerium des Landes mehrere Prozesse, um die Kostenumlagen für die von seiner AG betriebenen Einrichtungen zu erhöhen. Schon einmal hatte sich Ex-CDU-Mitglied Marseille in der sachsen-anhaltinischen Politik versucht. Im Kommunalwahlkampf vor zwei Jahren unterstütze er in Halle/Saale die Wählervereinigung »Miet & Bürgerliste«. In den regionalen Medien wurde damals spekuliert, Marseille wolle über die Wählervereinigung im Stadtrat Druck auf die kommunale Wohnungsgesellschaft der Stadt Halle/Saale ausüben. Von dieser hatte er im Jahr 1996 Plattenbauwohnungen in Halle Neustadt erworben. Als diese nicht die kalkulierten Mieteinnahmen erbrachten, forderte Marseille Schadenersatz und verlor. So macht Marseille bisher regional vor allem als arroganter Wessi-Profiteuer Schlagzeilen. Dennoch pries ihn Schill vor der Presse in Magdeburg als »Lichtgestalt für das Land und den Mittelstand«. Auf dem Gründungsparteitag des Landesverbandes Anfang Februar in Halle/Saale wurde Marseille zum Spitzenkandida-

ten gewählt. Großspurig kündigte er an, er könne sich vorstellen, Ministerpräsident zu werden.

Die Mannschaft und das Ziel

Das politische Personal, mit dem Marseille die Partei im April zur Regierungsbeteiligung führen will, setzt sich in seiner Mehrheit aus Mittelständlern und Kommunalpolitikern der großen Parteien zusammen, die den Karrieresprung in die Landespolitik verpasst haben. Auf der Landesliste finden sich ehemalige, hochrangige Polizisten, Wirtschaftsprofessoren und Kleinunternehmer. Als Ziel hat man eine Koalition mit CDU und FDP im Auge. CDU-Landeschef und Spitzenkandidat Böhmer kann sich unter Umständen eine solche Koalition vorstellen. Die FDP gibt sich zunächst skeptisch. Die Wahlchancen der Schillpartei real einzuschätzen, ist schwierig. Laut Umfragen können sich rund 20 Prozent der Wähler vorstellen, die Partei zu wählen. Bei der sogenanten Sonntagsfrage erzielte die Schillpartei im Dezember und Januar jedoch nur noch 3 Prozent. Auf dem Landesparteitag in Halle deutete Schill dieses schlechte Ergebnis als semantischen Fehler bei der Fragestellung. In Umfragen werde nach der »PRO-Partei« gefragt, die unter dieser Bezeichnung niemand kenne. Würde die Partei nach ihrem Namensgeber bezeichnet, so Schill, sähen die Umfragewerte anders aus.

Ihre Anhänger und Wähler

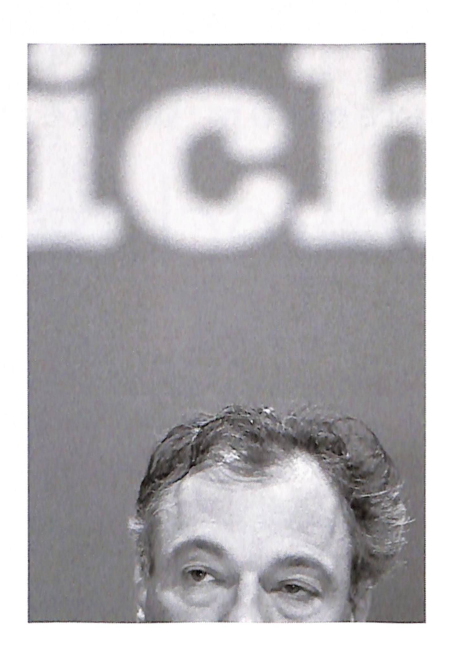
In erster Linie seien bisherige Nicht-Wähler und DVU-Wähler für die Schillpartei mobilisierbar, so die Demoskopen. Doch auch für die Wähler der drei großen Parteien SPD, PDS und CDU ist die Schillpartei attraktiv. Der rechtspopulistische Erfolgsschlager »Stärkung der Inneren Sicherheit« wird in Sachsen Anhalt allerdings durch die rigide Politik von SPD-Innenminister Püchel bei der Kriminalitätsbekämpfung vorgetragen. Doch nicht wenige Wähler sind ähnlich wie 1998 über rassistische und sozialdarwinistische Assoziationsketten von »Sozialschmarotzern« und »drogendealenden Ausländern« ansprechbar. Um diese Themen im Wahlkampf aufzurufen, braucht es nur eines äußeren, medial stark vermittelten Anlasses. Auf die Gefahr, Wähler an die »PRO« zu verlieren, reagieren die Parteien offiziell mit Beschwichtigungen.

Doch dass die Schillpartei für die großen Parteien ein Angstgegner ist, zeigt die Tatsache, dass SPD, CDU und PDS im Vorfeld der heißen Wahlkampfphase an Argumentationsbausteinen basteln, um potentielle Wähler der Schillpartei zurück zu gewinnen. Sie hoffen auch darauf, dass Marseille alle ostdeutschen Klischees vom Westdeutschen bedient und so die antiwestlichen Ressentiments unter den Wählern mobilisiert.

Law, Order und Privatbesitz

Im Mittelpunkt des Wahlprogramms in Sachsen Anhalt steht die Wirtschaftspolitik. So finden sich nahezu alle Schlüsselbegriffe neoliberaler Deregulierungsansätze: radikaler Abbau der AB–Maßnahmen, Investitionsprogramme für den Mittelstand, Entbürokratisierung der Verwaltung und Abbau der kommunalen sozialen Leistungen. Gesellschaftspolitisch steht man für autoritäre Konzepte.

Der Vorschlag, wie zu DDR Zeiten in der Schule wieder Kopfnoten für Ordnung und Disziplin einzuführen, kann sich der Zustimmung quer durch alle Parteilager gewiss sein. Ohnehin setzen mit Ausnahme der PDS, die größte Schwierigkeiten hat, ihre emanzipatorischen Inhalte an die linksautoritäre Basis zu vermitteln, und der politisch bedeutungslosen GRÜNEN, programmatisch alle anderen Parteien auf hierarchische, ordnungsstaatliche Konzepte ostdeutscher Einfärbung. Als Wahlkampfthema wird die Schillpartei die schwierige wirtschaftliche Lage im Land thematisieren. Unermüdlich weist Marseille darauf hin, dass Sachsen–Anhalt bei Arbeitslosigkeit und Investitionen in den neuen Ländern die rote Laterne trägt. Dies ändere sich mit einer Regierungsbeteiligung schnellstens, so Schill auf dem Parteitag in Halle. Marseille werde über seine Kontakte Investoren ins Land holen.



Neoliberale Ostidentität?

Ein Erfolg der Partei bei den Wahlen im April hängt davon ab, ob es der Schillpartei gelingt, thematisch mit ostdeutscher Identitätspolitik, unterschwelligen rassistischen Ressentiments und neoliberalen Wirtschaftskonzepten Wähler sowohl aus dem unternehmerischen Mittelstand als auch unter der von der Politik enttäuschten Bevölkerung zu gewinnen. Dass dies allein mit personellen Westimporten nicht zu erreichen ist, dürfte Marseille klar sein. Bleibt abzuwarten, ob die bisher farblosen Kandidaten Charisma gewinnen und es ihnen gelingt, die autoritäre ostdeutsche Karte auszuspielen. Bis zum Wahltermin kann sich in der im Stimmungstief befindlichen Landespolitik noch einiges tun. ■

Studienzentrum Weikersheim:

Ganz Rechts um, kehrt Marsch

Eine »bemerkenswerte Schwenkung zurück ins konservative und national-freiheitliche Lager« erkennt das völkische »Ostpreußenblatt« beim Studienzentrum Weikersheim (SZW) und selbst die neofaschistische Monatszeitschrift »Nation & Europa« hat »Erwartungen«: Der ultrarechte Politikprofessor Klaus Hornung und langjährige SZW-Referent hat im Mai den Vorsitz des Studienzentrums übernommen. Er löst den CDU-Bundestagsabgeordneten Wolfgang von Stetten ab, unter dessen Führung das SZW – so das »Ostpreußenblatt« – wegen der »Austauschbarkeit seiner Themen fast aus der Öffentlichkeit verschwunden« sei. Nun heisst die Devise also: Back to the roots.

» Nach Jahren des Niedergangs des ehemals einflussreichen Think Tanks des rechten Rands der CDU soll nun offenbar der Versuch unternommen werden, dem SZW wieder das seit dem Ende der Kohl-Regierung zunehmend gesunkene Ansehen zu verschaffen: Der neue Vorsitzende Klaus Hornung vertritt einen Konservatismus, für den die vermeintlichen Übel der Moderne mit der Französischen Revolution anfangen. Hornungs Sympathien gelten statt dessen Männern wie dem jüngst von ihm biografierten Gerhard von Scharnhorst, dessen »Leistung« darin besteht, den deutschen »Volkskrieg« gegen Frankreich und gegen die Errungenschaften der Französischen Revolution im Jahr 1813 massgeblich mit vorbereitet und dabei der völkischen Ideologie im späteren Deutschland zum Durchbruch verholfen zu haben. Hornungs politische Aktivitäten und seine zahlreichen Beiträge für Zeitungen und Zeitschriften Rechts der Union haben ihm auch in der radikalen Rechten weithin Akzeptanz verschafft. Die Mehrheit der übrigen Mitglieder des neuen SZW-Vorstands sind CDU-Parteifunktionäre, wie die SZW-Vizepräsidenten Philipp Jenninger[1] und der brandenburgische Innenminister Jörg Schönbohm. Hornungs Attraktivität innerhalb der radikalen Rechten soll also offenkundig für deren Anbindung an die CDU sorgen. Entsprechend ist schon jetzt der Starredner für den SZW-Jahreskongress 2002 – rechtzeitig zum Bundestagswahlkampf – auf der SZW-Website angekündigt: Der Hoffnungsträger des rechten CDU-Flügels, der hessische Ministerpräsident Roland Koch.

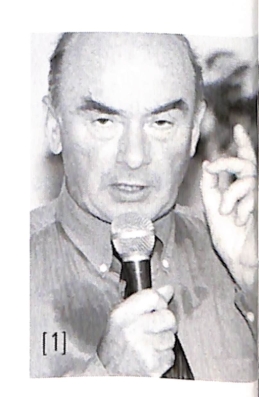
Konzipiert wurde das SZW ursprünglich als Denkfabrik nach dem Vorbild konservativer Think Tanks in den USA. Sein Gründer, der 1913 geborene Jurist Hans Filbinger, hatte 1978 den Job des baden-württembergischen Ministerpräsidenten an den Nagel hängen müssen, nachdem mehrere Unrechtsurteile bekannt wurden, die er noch 1945 als Militärrichter des Nazistaates verhängt hatte.

Die Denkfabrik SZW sollte vor allem einen Konservatismus stärken, der sich aus den reaktionärsten Quellen christlicher Tradition, Militarismus und völkisch-deutschem Nationalismus speist. Förderung deutsch-nationaler Identität und Politik gegen MigrantInnen, Verschärfung des §218, eine machtvolle Bundeswehr zur Durchsetzung aussenpolitischer Interessen, Einsatz für klerikale Moralvorstellungen und starker Staat sind Programmpunkte, für die »Weikersheim« steht.

Kein Wunder also, dass auf SZW-Veranstaltungen gelegentlich REPs, ehemalige NPDler oder Mitarbeiter des »Nation Europa«-Verlages anwesend waren, und dass manche SZW-ReferentInnen punktuell mit NeofaschistInnen zusammenarbeiten. Der emeritierte Politikprofessor Hans-Helmuth Knütter etwa, der ein Bündnis aller Rechten auf der Basis des Anti-Antifaschismus anstrebt, referierte nicht nur in Weikersheim, sondern auch bei der neofaschistischen »Gesellschaft für Freie Publizistik«. Wolfgang Strauss, rechter Russlandspezialist, schwärmte in Weikersheim ebenso wie in »Nation & Europa« für die Gedankenwelt der russischen Rechten. Die Liste liesse sich problemlos verlängern.

Fest an der Seite der Eliten

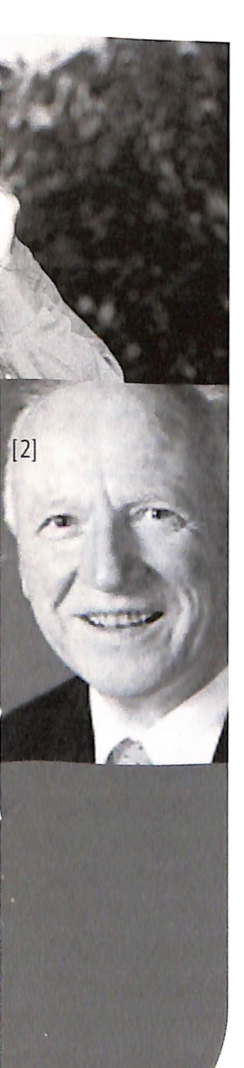
Für die guten Kontakte zur Bundeswehr sorgt SZW-Gründungsmitglied Heinz Karst, der in den 80er Jahren zum Bundesvorstand der Pan Europa Union Deutschland gehörte.


[1]

[1] Vizepräsident des SZW, Jörg Schönbohm
[2],[3] SZW-Präsidiumsmitglieder Dr. Erwin Vetter, MdL aus Karlsruhe, und Michael Gahler, MdEP aus Frankfurt/M.


[3]





[2]

Brigadegeneral a.D. Karst – an den Überfällen der deutschen Wehrmacht auf Polen und auf die Sowjetunion beteiligt und seit 1952 beim Aufbau der Bundeswehr dabei – steht für das Interesse des SZW an »der Truppe«. Nachdem er 1970 aus Protest gegen die sozialliberale Militärpolitik die Bundeswehr verlassen hatte, fand er im SZW-Präsidium ein neues Betätigungsfeld; u.a. organisierte er die »Offizierstagungen« des SZW. Heute findet der Dialog der »WeikersheimerInnen« mit der Bundeswehr im Rahmen der jährlich stattfindenden »Wehrpolitischen Tagungen« statt.

Grosses Interesse hatte »Weikersheim« – bis die Geschäftsstelle des Studienzentrums 1998 Stuttgart verließ – auch an der baden-württembergischen Wirtschaft. Bis in die 90er Jahre veranstaltete das SZW in Zusammenarbeit mit den Neckarwerken jährlich Wirtschaftssymposien, bei denen rechte Konzepte mit »Führungskräften aus dem Neckarraum« besprochen wurden. Daimler-Benz dankte mit grosszügigen Spenden, die Badenia Bausparkasse wurde Ende 1991 gar (zahlendes) Mitglied des SZW, das Ende 1992 auf immerhin 23 Firmenmitgliedschaften verweisen konnte. Doch auch Bundesmittel flossen in die Weikersheim-Kasse. Von der Bundeszentrale für politische Bildung (BpB) gab es zwischen 1992 und 2001 insgesamt 193.255 D-Mark für »Veranstaltungen der Erwachsenenbildung«. Vom Bundespresse- und Informationsamt (BPA) wurde das SZW zwischen 1991 und 1998 mit mehr als 217.000 D-Mark gefördert.[2] Die Eröffnung des Berliner Büros erfolgte 1999 im Gebäude der Dresdner Bank am Pariser Platz. Zu den geladenen Gästen, die Hans Filbinger lauschten, gehörten u.a. die CDU-Politiker Heinrich Lummer, Günter Nooke und Rupert Scholz. Auch Hermann Kreutzer, Vorsitzender des Kurt-Schumacher-Kreises der SPD, erschien. Zu diesem Zeitpunkt zählte das Studienzentrum deutschlandweit 634 Mitglieder.[3]

Seine grösste Bedeutung hatte das SZW zwischen 1989 und 1992, als es die Umbrüche in Ost- und Südosteuropa im Sinne deutscher Interessen begleitete. Zahlreiche, meist konservative OsteuropäerInnen nutzten es als Diskussionsforum und als Kontaktbörse. Tiit Matsulevits, estnischer Separatist und ab 1991 estnischer Botschafter in Bonn, konnte 1990 als Redner beim Jahreskongress des SZW - ebenso wie übrigens bei der PEU Deutschland - Kontakte aufbauen, die ein Jahr später von grossem Nutzen waren, als deutsche Konservative - darunter der spätere SZW-Präsident Wolfgang von Stetten - die Loslösung Estlands von der Sowjetunion unterstützten. France Bucar, slowenischer Separatist und 1991 erster Präsident des unabhängigen slowenischen Parlaments, knüpfte seine Kontakte nach Deutschland nicht nur über die PEU, sondern auch über das SZW, an dessen Jubiläumskongress er 1989 teilnahm. Ähnlich lief es mit den kroatischen Separatisten Marko Veselica und Zarko Domljan[4], die beide noch während der Vorbereitungsphase zur Zerschlagung Jugoslawiens durch Treffen der PEU Deutschland und des SZW geschleust wurden. ■

1| Jenninger musste nach seiner revisionistischen Rede zum 9. November 1988 als Bundestagspräsident zurücktreten.

2| Deutscher Bundestag, 14. Wahlperiode, Drucksache 14/7931

3| Der Tagesspiegel, 11.04.1999, und taz, 12.04.1999

4| Zarko Domljan war 1991 erster Präsident des unabhängigen kroatischen Parlaments

... in der mitte angekommen

... in der mitte angekommen - rechtsextremismus und gesellschaftliche gegenaktivitäten in mecklenburg-vorpommern, Januar 2002, Hrsg. Argumente - Netzwerk antirassistischer Bildung e.V.

Die erste Broschüre von Argumente e.V. vermittelt auf 80 Seiten eine umfangreiche Analyse der aktuellen Situation in ausgewählten Regionen Mecklenburg-Vorpommerns. In den einzelnen Kapiteln ergänzen Reportagen und Erlebnisberichte die Hintergrundinformationen zu den Schwerpunktthemen »MigrantInnen«, »Jugendarbeit zwischen Erwartungsdruck und Ohnmacht«, »Netzwerke - Bündnisse - Initiativen - Aktivitäten gegen Rechts« sowie »Braunes Mecklenburg-Vorpommern - Rechtsextremismus und Neonazismus«. Als Reiseführer für den Ostsee-Urlaub unbedingt zu empfehlen - unabhängig davon, ob man und frau unangenehmen Begegnungen auf Campingplätzen aus dem Weg gehen oder den »Kameradschaftsboom im Norden« genauer unter die Lupe nehmen möchte.

rat - reihe antifaschistischer texte, c/o Schwarzmarkt, Kleiner Schäferkamp 46, 20357 Hamburg, 3 Euro plus 1 Euro Versandkosten

... nicht vom Himmel gefallen

... nicht vom Himmel gefallen - Rechtsextremismus in Jena, April 2001, Hrsg. Broschüregruppe

Auf 40 Seiten beschäftigt sich diese schon im Frühjahr 2001 erschienene Broschüre mit den Entwicklungen der neonazistischen Szene in Jena und Umgebung. Ein besonderes Augenmerk gilt dabei der NPD in Thüringen und dem Thüringer Heimatschutz. Dazu kommen Berichte von Flüchtlingen und linken Jugendlichen, die Opfer rassistischer und rechtsextremer Gewalt wurden. Ergänzt wird die Recherche durch einen fundierten Artikel über rechte Burschenschaften in der Universitätsstadt und eine Dokumentation rechter Gewalttaten. Wer nachlesen möchte, warum die jüngsten Angriffe auf ausländische Gastdozenten in Jena keine Einzelfälle sind - und wohl auch nicht bleiben werden - dem sei diese Broschüre empfohlen.

JAPS Jena, Schillergäßchen 5, 07745 Jena, e-mail: broschuere@japs-jena.de

Auf der Suche

Auf der Suche nach der Zivilgesellschaft - Recherchebroschüre Rechtsextremismus, Uckermark, Ende 2001, Hrsg. AutorInnenkollektiv »Pfeffer und Salz« e.V.

Schon zum zweiten Mal erscheint von »Pfeffer und Salz« eine Recherchebroschüre zu den Neonazistrukturen und den sie umgebenden gesellschaftlichen Bedingungen in der brandenburgischen Uckermark.
Dabei geht es in der 50seitigen Broschüre nicht nur um die Strukturen des Kameradschaftsbunds Uckermark oder des NPD-Kreisverbands Barnim-Uckermark, sondern auch um Ursachenanalyse und die Auseinandersetzung mit den Lebensbedingungen von MigrantInnen in einer als »fremdenfeindlich« geltenden Umgebung.
Ausführlich beschäftigt sich das AutorInnenkollektiv auch mit Gegenstrategien und den Chancen und Grenzen akzeptierender Jugendarbeit am Beispiel der »Bruchbude« in Milmersdorf sowie den Erfolgen und Grenzen von »Bürgerbündnissen gegen Rechts«.

Pfeffer und Salz e.V., Postfach 1119, 16272 Angermünde, e-mail: pfefferundsalz-ev@gmx.net, 3 Euro

Duisburg - rechts um?!

Duisburg - rechts um?!, Januar 2002, Hrsg. JungdemokratInnen/Junge Linke - KV Duisburg

Ein 150 Seiten starkes Hand- und Lesebuch, das helfen soll, sich ein Bild von Neonazis und deren Umfeld in der »Kulturstadt« Duisburg und im Großraum Duisburg/Oberhausen zu machen. Neben Kapiteln mit umfangreicher Recherche gibt es Untersuchungen zur rechten Musikszene, Fußball als Rekrutierungsfeld der extremen Rechten, zur Bedeutung von Frauen in der Neonazi-Szene und Rassismus in Duisburg. Zusätzlich findet sich in dem Buch eine Selbstdarstellung linker Gruppen und Initiativen. Ausgestattet ist es mit etlichen Fotos und einem praktischen Organisationen- und Personenregister. Ein Umstand mehr, der das Buch auch außerhalb der Region lesenswert macht.

JungdemokratInnen/Junge Linke, KV Duisburg, Gravelottestr. 28, 47053 Duisburg, Schutzgebühr 5 Euro. E-mail: duisburg@jungdemokratinnen.de

Stop Lifestyle of Hate

Stop Lifestyle of Hate, Januar 2002, Hrsg. Antifa West Bielefeld, Argumente und Kultur gegen Rechts

Auf 50 Seiten wird hier das Spektrum der extremen Rechten in der Region Ostwestfalen-Lippe beleuchtet. Neben gut recherchierten Schwerpunkten wie »Rechtsrock in der Region«, »Freie Kameradschaften in Ostwestfalen« und dem »Collegium Humanum in Vlotho« werden u.a. auch Interviews mit AntifaschistInnen aus Kleinstädten und vertiefende Artikel zu neonazistischer Ästhetik und der Geschichte der Wewelsburg geboten. Das Ganze ist leserInnenfreundlich layoutet und macht deutlich, dass Neonazis sich auch mitten im westlichen Wohlstandsgürtel wohlfühlen können.

Antifa West c/o BI Bürgerwache, Rolandstr. 16, 33615 Bielefeld, 3 Euro

Veit Harlan



Vor 50 Jahren: 1952 kommt es in zahlreichen Städten zu heftigen Zusammenstößen zwischen AntifaschistInnen und Anhängern Veit Harlans. Die Geschichte der Auseinandersetzungen um diesen wohl prominentesten Filmregisseur des »Dritten Reichs« verdeutlicht die weite Verbreitung antisemitischer und rechtsextremer Einstellungen in der bundesdeutschen Nachkriegsgesellschaft, verweist aber auch auf die Existenz einer politisch äußerst heterogenen antifaschistischen Bewegung.

Die Auseinandersetzungen um den »Jud-Süß«-Regisseur in der frühen Bundesrepublik

Im Hamburger Landgericht spielten sich am 14. April 1950 tumultartige Szenen ab. Verhandelt wurde gegen Veit Harlan, der Vorwurf lautete: Mit dem unter seiner Leitung 1940 gedrehten antisemitischen Propagandafilm »Jud Süß« habe Harlan dazu beigetragen, den Holocaust ideologisch vorzubereiten und sich somit eines »Verbrechens gegen die Menschlichkeit« schuldig gemacht. Der Regisseur, der während der NS-Zeit mit finanzieller und logistischer Unterstützung durch das Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda (RMfVP) über 20 Filme gedreht und eine immense Popularität erreicht hatte, behauptete vor Gericht, er sei von Josef Goebbels gezwungen worden, an »Jud Süß« mitzuwirken. Er leugnete grundsätzlich den antisemitischen Charakter des Films und gab sich das Image eines »patriotischen«, aber im Grunde unpolitischen Künstlers.

Freispruch für Harlan

Als nun an jenem 14. April die jüdische Zeugin Karena Niehoff, die in der Filmabteilung des RMfVP gearbeitet hatte, angab, Harlan habe das Drehbuch für »Jud Süß« abgeändert, um die antisemitischen Aussagen des Films zu verschärfen, kam es im Zuschauerraum von Anhängern Harlans zu Zwischenrufen und Beschimpfungen der Zeugin. Noch im Justizgebäude wurde Niehoff unter Rufen wie »Judensau, mach, daß du aus Deutschland rauskommst!« bedroht. Sie stellten den Anfang einer ganzen Reihe antisemitischer Ausschreitungen dar, die in den folgenden Jahren die Auseinandersetzungen um Veit Harlan begleiteten. Zwei Wochen nach den von der Presse aufmerksam verfolgten Tumulten im Landgericht wurde der Regisseur schließlich freigesprochen. Richter Walter Tyrolf, der, wie später bekannt wurde, im Nationalsozialismus als Staatsanwalt des Sondergerichts Hamburg an zahlreichen Todesurteilen mitwirkte, erklärte, Harlan habe »Jud Süß« nicht freiwillig produziert, sondern sich in einem »Notstand« befunden, der ihm keine Wahl gelassen hätte. Zwar könne der Film durchaus als antisemitisch charakterisiert werden, dennoch, so der zynische Hinweis des Richters, sei »Antisemitismus an sich« nicht strafbar. Mit dieser juristischen Absolution stand einem Comeback Harlans als Regisseur nichts mehr im Wege.

Eine Protestbewegung entsteht

Veit Harlans erstes Nachkriegsprojekt war die Verfilmung des Melodrams »Unsterbliche Geliebte« mit seiner Frau Kristina Söderbaum in Hauptrolle. Noch bevor der Film anlief, kam es zu weiteren juristischen Auseinandersetzungen. Erich Lüth, Beamter der staatlichen Pressestelle in Hamburg, hatte anläßlich der »Woche des deutschen Films« 1950 zum Boykott Harlans aufgerufen, da »dessen ganzes Wirken [...] die Mordhetze der Nazis und die Massenvernichtung für Andersdenkende und Andersrassige« gefördert habe. Gegen den Boykottaufruf beantragten die Göttinger Produktionsfirma Domnick

und der Herzog-Filmverleih eine einstweilige Verfügung, der eine Zivilkammer des Hamburger Landgerichts stattgab. Der Rechtsstreit, ob Lüth gegen das Beamtenrecht verstoßen habe, zog sich über Jahre hin. Im Januar 1958 entschied das Bundesverfassungsgericht zu dessen Gunsten und im Sinne der grundrechtlich garantierten Meinungsfreiheit.

Trotz der einstweiligen Verfügung forderten zahlreiche Personen und Organisationen ebenso dazu auf, den »Jud Süß«-Regisseur zu boykottieren. Vor allem in den Jahren 1951 bis 1954 kam es anläßlich der Vorführungen von Veit Harlan Filmen in der BRD, in Österreich und der Schweiz zu Demonstrationen, Stör- und Blockadeversuchen. Sie gingen in der Regel von Gruppen wie der VVN, der »Notgemeinschaft der durch die Nürnberger Gesetze Betroffenen«, der Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit, verschiedenen jüdischen Gemeinden, den Gewerkschaften und zum Teil auch der SPD aus. Massive Proteste gab es zudem in den meisten Universitätsstädten.

Antisemitische Exzesse

Es formierten sich neben den Harlan-Gegnern auch dessen Anhänger, die aus ihrer aggressiv-antisemitischen Einstellung oftmals keinen Hehl machten. In einigen Städten kam es zu gewalttätigen Übergriffen auf demonstrierende AntifaschistInnen. So in Freiburg im Januar 1952. Als dort Harlans zweiter Nachkriegsfilm »Hanna Amon« anlief, verteilten Mitglieder des SDS und Angehörige der »Christlich-Demokratischen Hochschulgruppe« Flugblätter vor den Kinos. Dort rückte ein Überfallkommando der Polizei an, das unter dem Applaus der Passanten einige DemonstrantInnen festnahm. StudentInnen, die am folgenden Tag erneut protestieren wollten, wurden von einer Menschenmenge mit Parolen wie: »Judensöldlinge!«, »Ich würde heute noch Heil Hitler rufen!« und »Juden raus!« bedroht. Die Polizei schritt, begleitet vom Gejohle der Harlan-Anhänger, ausschließlich gegen die StudentInnen ein. Ähnliche Szenen spielten sich eine Woche später auch in Göttingen ab. Vor dem Kino, in dem »Hanna Amon« anlaufen sollte, demonstrierten ca. 100 Personen mit Transparenten wie »Friede mit Israel« oder »Wir wollen keine Harlans mehr!«. Ihnen standen 300 Harlan-Anhänger gegenüber, die lautstark »Juden raus«, »Schlagt die Judenlümmel doch zusammen!«, »Niederknüppeln!« oder »Aufhängen« skandierten. Am Abend wurden in der Innenstadt Anti-Harlan-DemonstrantInnen gezielt angegriffen, wobei 23 Menschen verletzt wurden. Werner Schwier beschrieb die Szenerie in der »Zeit« folgendermaßen: »Im Verlauf des Nachmittags wurde die Haltung der Menge immer drohender und radikal antisemitisch [...] die Straße bot haargenau den Anschein wie einst in der Kampfzeit, als des Führers treueste Garde den Nationalsozialismus mit brutaler Gewalt praktizierte [...] die systematisch aufgeputschte Menge kennt kein Halten mehr.« In der Göttinger Lokalpresse, die einseitig gegen die Anti-Harlan-AktivistInnen polemisierte, wurden diese Vorfälle verschwiegen. Erst als sich 48 Göttinger Professoren mit den DemonstrantInnen solidarisch erklärten, erwähnte das Göttinger Tageblatt in einem Nebensatz, dass es zu »verurteilenswerten« antisemitischen Übergriffen gekommen sei. Die schlimmsten Exzesse mit pogromartigem Charakter hatten sich schon im April 1951 in Östereich ereignet. In Salzburg protestierten ca. 100 jüdische DemonstrantInnen, vor allem »Displaced Persons«, mit Zwischenrufen während des Films »Unsterbliche Geliebte«. Daraufhin durchkämmten bereitstehende Polizisten unter grosser Anteilnahme des Publikums den Kinosaal und nahmen Personen in Gewahrsam, die ihrer Meinung nach »jüdisch« aussahen. Vor dem Gebäude wurden Harlan-Gegner mit antisemitischen Sprechchören beschimpft. Am folgenden Tag ging die Polizei mit Schlagstöcken und der Unterstützung eines tausendköpfigen, Steinewerfenden Mobs gegen eine kleine Gruppe von DemonstrantInnen vor, der keine andere Wahl blieb, als sich in die Räume der jüdischen Gemeinde zu retten, die daraufhin mit Steinhagel attackiert wurde. Die Ereignisse in Freiburg, Göttingen und Salzburg, aber auch in anderen Städten lassen erahnen, wie weit verbreitet antisemitische Einstellungen innerhalb der deutschen (und österreichischen) Gesellschaft in den Nachkriegsjahren waren. In einer Umfrage des Allensbacher Instituts für Demoskopie im Herbst 1949 gaben 48 Prozent der Befragten an, Juden reserviert bis feindlich gegenüberzustehen. 53 Prozent wollten als zentrale Ursache für den Antisemitismus die »Eigenheiten jüdischer Volksgruppen« wie »Profitgier«, »Verschlagenheit« und »Schmuddeligkeit« sowie deren »fremdrassiges Wesen« ausgemacht haben. Die Auseinandersetzungen um den »Jud Süß«-Regisseur dienten Teilen der Bevölkerung augenscheinlich als willkommene Gelegenheiten, ihre nach 1945 mehr oder weniger inkriminierten Ressentiments offen auszuleben. Zwar gingen gewalttätige Übergriffe oftmals von organisierten Gruppen, wie z.B. Studentenverbindungen aus. Hoch war jedoch die Bereitschaft »normaler« Bürger, an den Ausschreitungen teilzunehmen oder sich lautstark zu Antisemitismus und Nationalsozialismus zu bekennen. Unter solchen Umständen scheint die Existenz einer breiten, in sozialer wie politischer Hinsicht äußerst heterogenen Protestbewegung, die zudem die Kontinuität und das Fortbestehen antisemitischer Denkformen anprangerte, umso bemerkenswerter. ■

Revisionisten-Kongress in Moskau

Vom 26. bis zum 27. Januar 2002 versammelten sich in der Sozialwissenschaftlichen Akademie in Moskau international bekannte Holocaust-Leugner zu einer Konferenz unter dem Motto »Globalisierung und Probleme der Zeitgeschichte«.



[1] Revisionisten und Holocaustleugner in Reih & Glied: vorne v.l.n.r.: Ahmed Rami (Marokko/ Schweden), Russ Granata (USA), Jürgen Graf (CH, Weissrussland), Fredrick Toben (AUS) und V. Siderov (BG), hintere Reihe v.l.n.r.: Rene-Louis Berclaz (CH), Gerhoch Reisegger (A), David Duke (USA), R. Krege (AUS) und Michael Piper (USA).

» Organisiert wurde die Konferenz von dem Verlagshaus »Enzyklopädie der Russischen Zivilisation«, der us-amerikanischen Zeitschrift »Barnes Review«, dem russischen Holocaust-leugner Oleg Platonov[1] und seinem us-amerikanischen Kollegen Willis Carto[2]. Letzterer gehörte auch zu den Geldgebern für das Treffen.

Der inhaltliche Schwerpunkt der Zusammenkunft konzentrierte sich vor allem auf ein neues antisemitisches Themenfeld: Die angeblichen Zusammenhänge zwischen Aspekten der Globalisierung und dem sogenannten »zionistischen Faktor«.

»Revisionisten unter sich«

Eröffnet wurde die Konferenz von dem Rektor der Sozialwissenschaftlichen Akademie, während der Schweizer Holocaust-Leugner Jürgen Graf die Leitung des Treffens übernahm. Neben Graf, der Vorsitzender der rechtsextremen Vereinigung »Verité et Justice« ist, hatte sich auch deren Generalsekretär, Rene-Louis Berclaz, als Referent eingefunden.

Als Starredner wurden jedoch vor allem zwei bekannte us-amerikanische Rechtsextremisten gefeiert: Der ehemalige Gouverneurskandidat von Louisiana und »Grand Dragon« der Knights of the Ku-Klux-Klan, David Duke, der über den »zionistischen Faktor in den USA« referierte. Und der neonazistische Autor Russell Granata, dessen Rede allerdings ein abruptes Ende fand, als er am Rednerpult von einem Herzinfarkt heimgesucht wurde. Einen aufgrund seiner positiven Bezüge zu einem radikalen Islam mit mehr Skepsis aufgenommenen Beitrag lieferte der Auschwitzleugner und Gründer von »Radio Islam«, Ahmed Rami. Der gebürtige Marokkaner und schwedische Staatsbürger schmeichelte seinen Zuhörern mit der Bemerkung, Russland sei das einzige Land, das die »böse Globalisierung« stoppen könnte.

Ähnliche Thesen vertrat auch der als österreichischer Katholik und Schriftsteller vorgestellte Gerhoch Reisegger. Er trat für eine Einheit des Westens, der islamischen Welt und der russischen Orthodoxie im Kampf gegen den »gemeinsamen Feind« ein. Die Stärkung der Zusammenarbeit zwischen der relativ jungen, aber wachsenden russischen Holocaust-Leugner-Bewegung und ihren »grossen Brüdern« dürfte das wesentlichste Ergebnis der Konferenz gewesen sein. Was die russischen Rechtsextremisten dabei von den ausländischen Neonazis unterscheidet ist die Tatsache, dass sich in ihren Reihen viele ehemals hochrangige Vertreter der sowjetischen Kommunisten befinden.[3] Diese seltsame Mischung aus »Roten« und »Braunen« macht für alle Fehler und das Scheitern der sowjetischen Ära eine angebliche »jüdische Verschwörung« verantwortlich und sucht damit - im Gegensatz zu den ausländischen Holocaust-Leugnern - nach einem Weg, das untergegangene System zu rehabilitieren. Dass eine derartige, explizit antisemitische Konferenz völlig ungestört über die Bühne gehen konnte, in der »Pravda« begeistert darüber berichtet wurde und sich - jenseits von engagierten AntifaschistInnen und Bürgerrechtsorganisationen - niemand dagegen aussprach, macht das gegenwärtige Klima in Russland deutlich. ■

Der Artikel wurde dem AIB von AntifaschistInnen aus Sankt Petersburg zur Verfügung gestellt.

1| Platonov stand auf der TeilnehmerInnenliste der letztendlich aufgrund internationaler Proteste abgesagten »Revisionismus und Zionismus«-Konferenz in Beirut im Jahr 2001 und sitzt im Beirat des »Journal of Historical Review«, der wichtigsten us-amerikanischen Zeitschrift der Holocaust-Leugner.

2| Carto war 1979 Gründer des revisionistischen Institute for Historical Review. Vgl.: ID-Archiv im ISSG (Hg.): Drahtzieher im braunen Netz. Der Wiederaufbau der NSDAP, Berlin/Amsterdam O.J., S.15ff.

3| So verwundert die positive Berichterstattung zur Konferenz im ehemaligen Zentralorgan der russischen Kommunistischen Partei, der Pravda, nicht. Zu Graf: Er »analysierte kritisch die offizielle Version von Treblinka« Vgl.: http://english.pravda.ru/main/2002/02/01/26146.html

EU-weite Repression - Freiheit

Alle Fotos zeigen die Hardcore-Band KOP





Mitte Januar 2002 wurde der aus Barcelona stammende linksradikale Aktivist und Sänger der Hardcore Band KOP, Juan Ramon Rodriguez, in Holland festgenommen. Ihm wird vorgeworfen, Informationen über spanische Neonazis an die ETA geliefert zu haben. Juan Ra gilt deshalb jetzt als ETA-Terrorist. Sein Auslieferungsprozess an die spanische Justiz soll am 23. April beginnen.

» Bereits am 24. August 2001 wurden mutmaßliche Mitglieder des commando Gorbea de ETA in Barcelona festgenommen. Bei den Beschuldigten handelt es sich um Menschen, die teilweise in der linksradikalen Szene Barcelonas aktiv waren. In den spanischen Medien wurde daraufhin das Konstrukt aufgebaut, diese Szene habe enge Kontakte zur ETA. Aufgrund dieser Festnahmen kam es zu weiteren Ermittlungen und Inhaftierungen. Kurze Zeit darauf wurde in den Medien bekannt, dass auch nach dem Sänger der linksradikalen Hardcore Band KOP, Juan Ramon Rodriguez, gefahndet würde. KOP hatte sich in den letzten Jahren zu einer der bekanntesten linksradikalen Bands in Spanien entwickelt und wurde durch ihre europäische Solitour für deutsche AntifaschistInnen auch in Deutschland bekannt. In den von Juan Ra verfassten Musiktexten und auf den Konzerten der Band hatte der Sänger immer wieder seine Kritik an den herrschenden Verhältnissen und seine Verbundenheit mit linken Kämpfen weltweit zum Ausdruck gebracht.

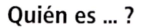
Das erste Opfer der EU-Verfolgsbehörden

Am 16. Januar diesen Jahres wurde Juan Ra schließlich in Amsterdam von einer holländischen Antiterroreinheit in einem Supermarkt festgenommen. Nach einem ersten Verhör der Amsterdamer Polizei wurde er zunächst in den Hochsicherheitstrakt in das niederländische Gefängnis Vught überstellt. Mittlerweile befindet er sich im Normalverzug, unterliegt jedoch speziellen Haftauflagen. Die Festnahme von Juan Ra war die erste, die im Zusammenhang mit der seit Januar 2002 aktiven EU-Institution Eurojust stattfand. Die Abkürzung steht für »european justice – europäische Justiz«; de facto stellt Eurojust die Koordination der EU-Staatsanwaltschaften dar und soll die Keimzelle einer gemeinsamen europäischen Staatsanwaltschaft sein.

Die schnelle Einführung von »Eurojust« ist eine der Folgen der Anschläge am 11. September 2001 in den USA. Die Festnahme von Juan Ra erfolgte aufgrund eines am 31. Dezember 2001 vom bekannten spanischen Richter Baltasar Garzón ausgestellten internationalen Haftbefehl. Der ehrgeizige Richter hat inzwischen einen Rekord im Verbot von angeblichen Vorfeldorganisationen der ETA aufgestellt. In dem Haftbefehl wird Juan Ra vorgeworfen, das ETA Kommando Barcelona unterstützt zu haben, in dem er diesem Informationen über die neonazistische CEDADE[1] und über deren Vorsitzenden Pedro Varela Geiss und über das Gründungsmitglied Jorge Mota Arás an das Kommando geliefert haben soll.

für Juan Ra!







Quién es ... ?

Bei der CEDADE handelt es sich um die wichtigste neonazistische Vereinigung Spaniens. Sie wurde 1966 in Barcelona gegründet und propagierte von Beginn an einen radikalen Falangismus und paneuropäischen Faschismus. Die Gründungsmitglieder der CEDADE setzten sich aus den Reihen der Guardia de Franco und exilierten deutschen Alt- und Neonazis sowie italienischen Faschisten zusammen. Nach wie vor verfügt die CEDADE über weitreichende Kontakte zu Alt- und Neonazis in aller Welt. Jorge Mota Arás war einer der jüngsten Gründungsmitglieder und avancierte in den ersten Jahren zum Sprecher der Sección Juvenil (SJ) der CEDADE. Darüber hinaus ist er Verfasser einflussreicher neofaschistischer Schriften und fühlt sich dem Neowagnerianismus verbunden. Pedro Valera Geiss ist der Besitzer der Buchhandlung Europa der CEDADE in der Calle Seneca 12 in Barcelona und seit 1993 Vorsitzender der CEDADE. In der Buchhandlung werden eine Vielzahl von in Europa verbotenen neonazistischen Publikationen verkauft, die vom eigenen Verlag herausgegeben werden und in mehrere Sprachen übersetzt sind. Während einer Durchsuchung der Buchhandlung im Jahre 1996 wurde eine Liste mit den Namen von Mitgliedern der jüdischen Gemeinde Spaniens, ihren Wohnorten und weiteren personenbezogenen Daten gefunden.

Hay justicia ...?

Die Vorwürfe gegenüber Juan Ra beruhen auf Aussagen des angeblichen ETA-Kommando Mitglieds Fernando Jodrá, der während eines Verhörs ausgesagt haben soll, dass die Informationen über die CEDADE, Pedro Varela und Jorge Mota Arás, die auf einem Zettel in einer Wohnung eines angeblichen ETA Mitglieds gefunden worden sind, von Juan Ra stammten. Darüber hinaus gab Jodrá an, dass Juan Ra jede weitere Zusammenarbeit mit dem Kommando abgelehnt hätte. Vor Gericht widerrief Jodrá später allerdings die Aussage, dass Juan Ra die Informationen geliefert hätte und erklärte, seine Aussage sei unter Folter erzwungen worden. Diverse Menschenrechtsorganisationen wie amnesty international bestätigen in ihren Berichten, dass die postfranquistische guardia civil nach wie vor - vornehmlich politische - Gefangene foltert, um Geständnisse und Aussagen zu erpressen. Dennoch ist die Aussage Jodrás das einzige Beweismittel, aufgrund dessen der spanische Richter Baltasar Garzón den internationalen Haftbefehl und inzwischen auch die Auslieferung von Juan Ra beantragt hat. Wurde Juan Ra im internationalen Haftbefehl noch vorgeworfen, er hätte sich mit der angeblichen Informationsbeschaffung der »Unterstützung der ETA« schuldig gemacht, wird dasselbe Delikt im Auslieferungsbescheid zur »Mitgliedschaft in der ETA« und »Vorbereitung zum Mord« heraufgesetzt und eine Haftstrafe von 22 Jahren gefordert. Eine Auslieferung von Juan Ra ohne Auflagen der holländischen Justiz würde zur Folge haben, dass Juan Ra – wie andere vor ihm - von der guardia civil gefoltert werden würde, um Geständnisse und Aussagen zu erzwingen. ■

1| Circulo Espanol de Amigos de Europa, vgl. u.a. AIB Nr. 46/ Januar/Februar 1999, S. 62f.

Der Artikel wurde dem AIB von der »Coordinadora de Grups de suport Pres Politic Juan Ra« zur Verfügung gestellt. Kontakt und aktuelle Informationen unter: http://www.freejuanra.org

Die Unentbehrlichkeit des Auserwählten

Jörg Haiders Machtspiele

Jörg Haider setzte mal wieder alles auf eine Karte: Im Februar 2002 drohte er damit, sich aus der Bundespolitik zurückzuziehen und forderte seine MinisterInnen auf, ihre Ämter niederzulegen. Die Kärntner FPÖ drohte, sich von der Bundespartei abzuspalten. Seine von Führerlosigkeit bedrohte Partei reagierte panisch, und auch die Öffentlichkeit schien Haider ernst zu nehmen. Lediglich die Opposition bemerkte, dass Haider taktisch handelt, um die Auflösungstendenzen in der FPÖ seit ihrer Regierungsbeteiligung aufzuhalten.

» Zuvor hatte Haiders Ego arge Kränkungen erfahren. Mit dem FPÖ-Fraktionschef im Parlament, Peter Westenthaler, und dem FPÖ-Finanzminister Karl Heinz Grasser gingen zwei seiner politischen Ziehsöhne öffentlich auf Distanz zu ihm. Gleiches gilt für die Neue Kronen Zeitung, die ihn jahrelang medial förderte und sich nun von ihm abwendet. Den unmittelbaren Anlass bot Haiders Reise zum irakischen Diktator Saddam Hussein, dem er »Hilfsgüter«, »solidarische Grüsse des österreichischen Volkes« sowie den Wunsch nach tieferen Beziehungen zwischen der FPÖ und der Baath-Partei überbracht haben soll. Das Gefühl, Opfer eines »Komplotts der USA und des Zionismus« zu sein, ist hier scheinnbar gemeinsame antisemitische Grundlage. Zurück in Österreich zeigte sich Haider über die Kritik an seiner Reise überrascht. Als Reaktion darauf war sein Schein-Rückzug - bei aller Taktik - auch authentisch. Gleichzeitig erklärte sich Haider jedoch zur »Symbolfigur für den zivilen Widerstand gegen das Establishment in Österreich und Europa«[1]. Und mal wieder zum Retter der eigenen Partei. Nur er könne den Abwärtststrend der FPÖ aufhalten. Das hatte er zuvor durch autoritär-populistische Oppositionsgehabe versucht, war jedoch zunehmend auf Widerstand in seiner Partei gestossen. In der feindlichen Umklammerung durch die ÖVP und einigen Medien hatten einige FPÖ-Regierungsmitglieder und Abgeordnete begonnen, sich von Haiders national-sozialer Politik zu emanzipieren. Der Verselbstständigung eines neoliberalen Flügels wollte Haider vorbauen. Die Partei sollte sich entscheiden müssen zwischen ihm und den PragmatikerInnen. Nach zwei Tagen folgte eine medialen Versöhnung, die die öffentliche (Selbst)-Erniedrigung Westenthalers zur Bedingung hatte. Auf Dauer jedoch werden die Widersprüche nicht zu unterdrücken sein. Noch am Tag der FPÖ-Krisensitzung verlangte Haider eine Steuerentlastung bis zu 1,82 Milliarden Euro – eine offene Kriegserklärung an den eigenen Finanzminister und den Koalitionspartner ÖVP. ■

Vom Österreich-Korrespondenten des AIB

Haiders Ausflug zu Saddam Hussein hatte der in St. Veit ansässige Iraker Abdul M. Jebara eingefädelt. Er war in München zu einer über sechsjährigen Haftstrafe u.a. wegen Waffenschmuggels von Kampfhubschraubern für den Irak[2] und Geheimdiensttätigkeit[3] verurteilt worden. Zwei Mithäftlinge Jebaras flohen aus Deutschland zur irakischen Botschaft in Wien. Diese lehnte die Umsetzung von Plänen Jebaras - u.a. sollte ein Anschlag auf einen Richter dazugehören[4] - ab, Jebara wurde vorzeitig entlassen und zog 1990 nach Österreich. Bereits im März 1991 erhielt er einen Gewerbeschein, ausgestellt vom damaligen FPÖ-Landeshauptmann in Kärnten, Haider. Ein späteres Aufenthaltsverbot der Fremdenpolizei wurde nach wenigen Monaten »auf Druck höchster Stellen«[5] wieder aufgehoben. Jebara organisiert mit Rechtsextremisten aus Österreich und Deutschland Solidarität mit Saddam Husseins Regime über die Aktion »S.O.S Irak«.

1| Interview im Tagesspiegel, 14. Juni 2000
2| AFP, 16. Februar 2002
3| Parlamentarische Anfrage, 1794/J, 26. Januar 2001
4| Süddeutsche Zeitung, 3. Februar 1988
5| laut Peter Pilz, in DER STANDART. 22. Februar 2002

Abonniert

das antifaschistische info blatt

Antifaschistisches info Blatt

Nr. 55 | Frühjahr 2002 | 3,10 Euro

Schwerpunkt

Der Nazis neue Kleider

Zwischen Mainstream und politischem Bekenntnis

NS-Szene

Zwischen Wahn und Wirklichkeit - Die NPD vor dem Verbot

Geschichte

Veit Harlan - Die Auseinandersetzung um den »Jud Süß«-Regisseur

Abokonditionen

Preise*

→ für 5 Ausgaben im Abo — 15,50 Euro

Weiterverkauf

→ ab 3 Exemplaren je — 3,10 Euro

→ ab 5 Exemplaren — 20% Rabatt

→ ab 50 Exemplaren — 25% Rabatt

* Alle Preise inklusive Porto und Verpackung

Mit der letzten Ausgabe erhältst Du eine Rechnung für die nächsten Ausgaben. Wenn Du bezahlst, läuft das Abo weiter, ansonsten nicht.

Für alle Bestellungen, außer dem Weiterverkauf, gilt Vorkasse. Egal ob bar, per Verrechnungsscheck oder mit Überweisung.

Bitte bei allen Zahlungen auf unser Konto deutlich schreiben, von wem und wofür das Geld ist.

Back Issues

Fünfzehn Jahre Antifa in einem Blatt. Entwicklungen und Diskurse - nachlesen und nachvollziehen. Das eigene Archiv komplettieren. Alles kein Problem. Einfach die vorherigen Ausgaben des AIB bestellen.

Lieferbare Ausgaben

14 | 17 | 18 | 23 bis 53

Preise sind abhängig von der gewünschten Ausgabe (1,50 bis 3,10 Euro)

Pakete

Paket	Ausgaben	Preis
Info-Paket A	14 | 17 | 18 | 23 bis 26	7,70 Euro
Info-Paket B	27 bis 33	11,30 Euro
Info-Paket C	34 bis 40	11,30 Euro
Alle Info-Pakete		25,60 Euro

Das AIB wird unterstützt von 

Impressum

Antifaschistisches Info Blatt
16. Jahrgang
Nummer 55 | 1. 2002

Preis 3,10 Euro

Redaktion
Antifaschistisches Info Blatt
Gneisenaustraße 2a | 10961 Berlin
e-mail aib@mail.nadir.org

Das AIB wird von einem Redaktionskollektiv herausgegeben

V.i.S.d.P. M. Heinlein (Adresse s.o.)

Konto AIB
Konto-Nr. 3 251 800
BLZ 100 205 00
Bank für Sozialwirtschaft, Berlin

AbsenderIn

____

____

____

____

Ich abonniere das AIB ab der Ausgabe

Ich will das AIB weiterverkaufen und bestelle Ausgaben.
Ich erhalte die Hefte mit beiliegender Rechnung. Den Betrag überweise ich auf euer Konto.

Ich bestelle folgende Ausgaben des AIB nach

EmpfängerInnen

Antifaschistisches Info Blatt

Gneisenaustraße 2a

10961 Berlin